

AfD-Mann Krah soll China-Spion beschäftigen

Vierter mutmaßlicher Agent in zwei Tagen verhaftet. Vorwurf: Er habe EU-Interna verraten

Agenten versuchen traditionell, sich der öffentlichen Wahrnehmung zu entziehen. Doch bereits Anfang dieser Woche flogen gleich vier mutmaßliche Spione der chinesischen Geheimdienste auf, die durch Kontakt zu Spitzenpolitikern, Geschäftsleuten und Wissenschaftlern gesucht hatten – und in Kauf nahmen, dabei selbst ins Rampenlicht zu geraten.

VON LENNART PFAHLER,
DIRK BANSE UND UWE MÜLLER

Am Dienstag nahm der Generalbundesanwalt (GBA) einen Mitarbeiter des AfD-Eurospitzenkandidaten Maximilian Krah fest. Laut Informationen von WELT hatten die Sicherheitsbehörden das Umfeld von Krah bereits seit mindestens einem Jahr wegen auffälliger Kontakte nach China im Blick. Es ist ein Fall von höchster politischer Brisanz: Denn dem Mitarbeiter, Jian G., wird vorgeworfen, Interna aus dem Betrieb des Europäischen Parlaments im Januar 2024 an die chinesischen Geheimdienste weitergegeben zu haben. Zudem spähte der deutsche Staatsbürger laut einer Mitteilung des GBA für Peking chinesische Oppositionelle in Deutschland aus. G. war im April 2023 erstmals zum Gegenstand medialer Be-

fassungsschutz dem chinesischen Sicherheitsapparat zugerechnet.

Im Mai 2012 war Jian G. im Alter von 31 Jahren Geschäftsführer einer in Dresden ansässigen Handelsfirma für elektronische Waren geworden, die später unter Leodus GmbH firmierte. Gegenstand des Unternehmens war auch die „transkulturelle Kommunikation zwischen Deutschland und China“. Im Handelsregister ist ein Abschluss aus dem Jahr 2016 hinterlegt, in dem G. sich als Kaufmann bezeichnet. Den Posten als GmbH-Lenker legte er dann im September 2019 nieder. Der AfD-Europaabgeordnete Krah engagierte ihn danach als einen seiner fünf „Assistenten“. Krah lobte seinen „in China geborenen Mitarbeiter“ in einem Tweet überschwänglich: G. sei „deutscher Staatsbürger, AfD-Mitglied, er hat in Dresden studiert und spricht fließend Deutsch und Englisch“.

Krahs Kollegen aus der Fraktion Identität & Demokratie, der die AfD angehört und mit denen WELT gesprochen hat, haben von dem Mitarbeiter Jian G. ein anderes Bild gewonnen. Ihnen kam der Deutsch-Chinese suspekt vor. Dieser sei selten im Parlament zu sehen gewesen, spreche nur ungenügend Deutsch sowie Englisch und verfüge über keine nachvollziehbaren Qualifikationen. „Manchmal hat man den Eindruck, dass Krah nicht seinen Assistenten steuert, sondern dass es umgekehrt ist“, sagte ein AfD-Politiker dieser Zeitung. Krah gab sich am Dienstag überrascht. Über seinen Mitarbeiter sagte er: „Sollten sich die Vorwürfe als wahr erweisen, würde dies die sofortige Beendigung des Dienstverhältnisses nach sich ziehen.“

In deutschen Sicherheitskreisen wird seit Jahren davor gewarnt, dass sich deutsche Politiker leichtgläubig für chinesische Zwecke einspannen ließen. Selten jedoch brachte der GBA derartige Fälle zur Anklage. Die chinesischen Dienste gelten als geschickt, ihre Spionagetätigkeiten sind oft auf Jahre angelegt. Immer wieder, das erfuhren WELT aus Sicherheitskreisen, würden Ermittlungen eingestellt, wenn eine Verurteilung mit einem empfindlichen Strafmaß unwahrscheinlich sei. Stattdessen käme es vor, dass Aufenthaltsgenehmigungen verdächtiger chinesischer Staatsbürger entzogen würden.

Der Fall Jian G. ist nun aber der vierte hochkarätige Spionagefall mit China-Bezug in zwei Tagen, der wohl vor Gericht landen wird. Schon am Montag hatte der GBA drei mutmaßliche Agenten des chinesischen Geheimdienstes MSS festnehmen lassen. Das Ehepaar Ina und Herwig F. sowie ihr Geschäftspartner Thomas R. sollen für Peking unter anderem Wissen über militärisch nutzbare Technologie beschafft haben. Dabei nutzten sie eine Firma, die mit anderen Unternehmen kooperierte und an Hochschulen Partnerschaften anbahnte.

Seite 11

”

NIEMAND GLAUBT,
DASS ER HIER IST,
UM DIE ZIELE
DER AfD
VORANZUBRINGEN

NICOLAUS FEST,
AfD-Europaabgeordneter

richterstattung geworden. Das in Ungarn ansässige Magazin „The European Conservative“ thematisierte Vorwürfe, G. würde im EU-Parlament aggressiv für die Kommunistische Partei Chinas lobbyieren. Der ehemalige AfD-Politiker Nicolaus Fest sagte demnach, G. sei selten auf den Fluren des Parlaments zu sehen. „Niemand weiß, was er macht, niemand hat Kontakt mit ihm, niemand glaubt ernsthaft, dass er hier ist, um die Ziele der AfD voranzubringen.“ Im Oktober 2023 verdichteten sich die Verdachtsmomente gegen G.

Eine Recherche von „T-Online“ zeigte, dass Krah zusammen mit G. im November 2019 China bereiste. Dort stand demnach ein Treffen mit dem International Department of the Communist Party of China (IDCPC) auf dem Programm. Das IDCPC wird vom Bundesamt für Ver-

Die deutsche Jugend ist so pessimistisch wie noch nie. Das ist das Ergebnis der Studie „Jugend in Deutschland 2024“. Selbst nach den Versailler Verträgen, Stalingrad oder dem Tod von Jimi Hendrix waren deutsche Jugendliche nicht so pessimistisch wie heute. Statt mit Elan und Enthusiasmus für die Renten ihrer Eltern, Großeltern und Urgroßeltern zu arbeiten, sind die Jugendlichen schiefe drauf und machen sich Sorgen um ihre eigenen Renten, die, wenn überhaupt, erst in 50 bis 60 Jahren fällig werden. Ob diese miesepetrigen, initia-

tivlosen jungen Menschen jemals in der Lage sein werden, einen Cannabis-Club zu gründen und ordnungsgemäß zu führen, muss man genauso bezweifeln wie, dass sie ständig ihr Geschlecht neu definieren. Die Verfasser der Studie glauben, der Jugend fehlt es an Resilienz, sie sieht alles nur noch schwarz oder sogar blau, denn viele junge Menschen würden AfD wählen, weil die auch so herrlich schlechte Stimmung verbreitet. Experten schlagen vor, der Zahnpasta und dem Trinkwasser stimmungsaufhellende Mittel beizufügen und ein Gute-Laune-Gesetz zu erlassen.

ZIPPERT
ZAPPT

Menschen würden AfD wählen, weil die auch so herrlich schlechte Stimmung verbreitet. Experten schlagen vor, der Zahnpasta und dem Trinkwasser stimmungsaufhellende Mittel beizufügen und ein Gute-Laune-Gesetz zu erlassen.



Welcome

Er war lange in Deutschland erwartet worden: Rishi Sunak ist seit Oktober 2022 britischer Premierminister, am Dienstag besuchte er Polen und sprach im Flugzeug dorthin mit Journalisten (Foto), heute nun soll sein Antrittsbesuch in Berlin

stattfinden. Kanzler Olaf Scholz (SPD) empfängt ihn im Kanzleramt. Bei den Gesprächen soll es auch um die Lage in der Ukraine und im Nahen Osten gehen. Zuletzt hatte Sunak die Außenpolitik weitgehend Minister David Cameron überlassen.

Union greift in Karlsruhe die Wahlrechtsreform an

Vor dem Verfassungsgericht wird die Rechtmäßigkeit des Ampel-Gesetzes verhandelt

Friedrich Merz (CDU) und Alexander Dobrindt (CSU) stehen am Dienstagmorgen im Foyer des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe. Man sei heute hier, sagt Merz vor Pressevertretern, weil man „leider“ gegen das von der Ampel im vergangenen Jahr beschlossene Wahlrecht klagen „müsse“. Es verletze in „geradezu grober Weise“ die Chancengleichheit der politischen Parteien. Möglich wäre, dass die CSU künftig alle Wahlkreise in Bayern gewinne, aber kein einziges Mandat antreten könne. „Offensichtlich rechtswidrig, verfassungswidrig, rechtsmissbräuchlich von der Koalition“, sagt Merz. Noch eine Spur schärfer wird Dobrindt: Das Wahlrecht entwerfe die Erststimme und greife unzulässig in den Wettbewerb der Parteien ein, sagt er. Er sei hier, um die „Ampel-Manipulation des Wahlrechts“ zu „stoppen“.

VON RICARDA BREYTON
AUS KARLSRUHE

Es ist eine der wichtigsten Verhandlungen des Jahres, die an diesem Dienstag und Mittwoch vor dem Verfassungsgericht stattfindet. Im vergangenen Jahr änderte die Ampel-Koalition das Wahlrecht – gegen den Willen der Opposition. Sie tat das, um den zuletzt stetig gewachsenen Bundestag zu verkleinern, wie ihre Fachpolitiker erklärten. Unter anderem die Parteien CSU und Linke kritisieren allerdings, dass es der Ampel auch um den eigenen Macht-erhalt gehe. Sie sei nicht nur in eigener Sache, sondern auch „für“ die eigene Sache tätig geworden, erklärt Dobrindt später im Gerichtssaal. Der Prozessvollmächtigte der Linken im Bundestag, Gregor Gysi, formuliert es vor Gericht so: Er glaube, dass eine Mehrheit des Bundestags ihre Mehrheit „missbraucht“ habe, um zwei Parteien, nämlich CSU und Linke, aus dem Bundestag zu schicken.

Vor allem zwei Aspekte des neuen Gesetzes will das Gericht prüfen. Zum einen die sogenannte Zweitstimmendeckung, die die Ampel neu einführt. Sie sieht vor, dass nicht mehr jeder Gewinner eines Wahlkreises automatisch in den Bundestag einzieht – sondern nur dann, wenn seine Partei auch genügend

Zweitstimmen erzielt hat. Vor allem Parteien wie die CSU wären davon negativ betroffen. Sie hat in der Vergangenheit mehr Direktmandate gewonnen, als ihr nach den Zweitstimmen zustünden. Zum anderen geht es um die sogenannte Grundmandatsklausel, die die Ampel abschaffte. Sie ermöglichte es Parteien, auch dann in den Bundestag einzuziehen, wenn sie weniger als fünf Prozent der Zweitstimmen erzielten. Voraussetzung war, dass in mindestens drei Wahlkreisen direkt gewonnen. Davon profitierte in der Vergangenheit die Linke.

Es sei zu klären, „ob die Zweitstimmendeckung und die Fünf-Prozent-

Sperre ohne das Korrektiv der Grundmandatsklausel mit grundlegenden Wahlrechtsgrundsätzen und der Chancengleichheit der Parteien vereinbar“ seien, sagt die Vorsitzende des Zweiten Senats, Doris König. Auch müsse geprüft werden, wie weit die Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers reiche. Klar ist schon jetzt: Kommt das neue Wahlrecht wie beschlossen, könnte sich die Zusammensetzung des Bundestags erheblich ändern.

Die Linke wäre nach dem neuen Wahlrecht draußen, wenn man die Ergebnisse der Bundestagswahl 2021 zugrundelegt. In Bayern blieben sieben von 46 bislang meist von der CSU er-

obernten Wahlkreisen unbesetzt, rechnet der bayerische Innenminister Joachim Herrmann (CSU) vor. Es dränge sich der Verdacht bei Teilen der Koalition auf, „dass man unliebsame Wettbewerber hier auf jeden Fall dezimieren wollte“, sagt er WELT am Rande der Verhandlung. Noch folgenreicher wäre es, wenn die CSU künftig unter fünf Prozent der Stimmen bliebe. Sie könnte dann keinen Kandidaten der zuletzt 45 gewonnenen Wahlkreise nach Berlin schicken.

Sachverständige, die am Nachmittag vor dem Gericht sprechen, erklären zwar, dass die Direktwahl in ihrer Bedeutung tendenziell überhöht werde. Vielen Wählern seien die direkt antretenden Kandidaten gar nicht bekannt, sagt etwa der Parteienforscher Frank Decker. Allerdings könne es gegen das Gerechtigkeitsempfinden der Wähler verstoßen, wenn Wahlkreise nicht zugeteilt werden, obwohl sie gewonnen wurden. Immer wieder fragen König und die anderen Richter am Dienstag nach. Etwa ob die Linke-Fraktion überhaupt ein Rechtsschutzbedürfnis habe, da sie doch inzwischen gar nicht mehr als Fraktion existiere.

Heftig diskutiert wird am Dienstag die Frage, ob es ein Problem ist, dass die Ampel ihr Wahlrecht in letzter Minute noch änderte. Im ursprünglichen Gesetzentwurf zum Wahlrecht war von einer Streichung der Grundmandatsklausel noch nichts zu lesen. Erst kurz vor der entscheidenden Abstimmung im März 2023 ergänzte die Ampel das Gesetz entsprechend. Die komplette Abschaffung der Grundmandatsklausel habe die Unionsfraktion „komplett überrascht“, sagt Merz in der Verhandlung. Er habe die Ampel-Fraktion förmlich darum gebeten, die Abstimmung zu vertagen, um die Tragweite der Rechtsänderung zu bedenken. Ihm selbst sei diese Tragweite mit Blick auf die CSU in dem Moment gar nicht klar gewesen. Diesem Ansinnen sei die Ampel aber nicht nachgekommen.

Eine der Prozessvollmächtigten des Bundestags, Jelena von Achenbach, erklärt, dass das Gesetzgebungsverfahren im Einklang mit den Regeln der Geschäftsordnung des Parlaments stattgefunden habe. Die Abgeordnetenrechte seien trotz kurzer Frist gewahrt worden.

KOMMENTAR

Ein Traditionsbruch

Das Bundesverfassungsgericht schickt sich an, über die Reform des Wahlrechts zu urteilen. Bevor es entscheidet, hören sich die Richter das Für und Wider der Parteien an. Welchen Schluss der zweite Senat des Verfassungsgerichts aus der mündlichen Verhandlung zieht, wissen am Ende nur seine Mitglieder.

Eines ist heute schon klar: Die Änderung des Wahlrechts ist eine Machtfrage. Das Gesetz legt das Wahlverfahren fest und trägt maßgeblich zur Bildung von Mehrheiten bei, die für die Bildungen von Regierungen nötig sind. Insofern war es ein schlechter Stil der Ampel-Koalition, eine Reform des Wahlrechts zu beschließen, ohne die Opposition einzubeziehen. Mehr als das: Es ist ein Bruch mit der Tradition.

In Grundsatzfragen haben die bundesdeutschen Parteien stets den Konsens untereinander gesucht – zum Wohl der politischen Stabilität. SPD, FDP und Grünen haben diese Sitte vom Tisch gewischt.

Wie auch immer das Bundesverfassungsgericht urteilen wird, das Wahlrecht kann von der nächsten

Bundesregierung mit der denkbar knappsten Mehrheit verändert werden. Die Opposition von heute ist die Regierung von morgen – und umgekehrt.

Doch die Aussicht darauf, dass fragwürdige Gesetze verbessert werden können, ist nicht befriedigend. In einer Zeit, in welcher die repräsentative Demokratie von nicht wenigen Zeitgenossen zu Unrecht infrage gestellt wird, ist es verhängnisvoll, wenn die rot-grün-gelbe Bundesregierung die Erststimme gezielt abwertet. Hat eine Partei künftig mehr Wahlkreise gewonnen, als ihr Sitze nach dem Zweitstimmenanteil zustehen, bekommen die Wahlkreissieger mit den „schlechtesten“ Wahlergebnissen keinen Platz im Bundestag. Vor allem die CSU und die Linkspartei hätten das Nachsehen. Ist mit dieser Regelung der Gleichheitsgrundsatz gewahrt? Ist die Reform gerecht? Sie ist es nicht, kann zumindest politisch so nicht stehen bleiben. Und juristisch? Was für alle Gerichte gilt, gilt auch in Karlsruhe: Vor Gericht und auf hoher See ist man in Gottes Hand.

jacques.schuster@welt.de

PLATZ DER REPUBLIK

CHRISTOPH KAPALSCHINSKI



Unternehmer loben das Lieferkettengesetz

Wäre die Bielefelder Oetker-Gruppe die Erfindung eines Drehbuchautors, würde der Film wegen Klischee-Häufung floppen. Der Pudding-Konzern verkörpert wie kaum ein anderes Unternehmen den klassischen Mittelstand. Das Stammwerk liegt nur eine Straßenbahn-Station hinter einer von der Inhabersfamilie gestifteten Kunsthalle. Empfängt die Geschäftsleitung Gäste zum Kamingespräch, trägt das Tafelsilber die Initialen des Firmengründers August Oetker – leicht verfremdet als „Alpha“ und „Omega“.

Das alles signalisiert: Der Anspruch des Unternehmens an sich und andere ist hoch. Familienoberhaupt Rudolf Louis Schweizer und sein Geschäftsführer Albert Christmann fällt daher im Kaminesgespräch mit Fachjournalisten nicht ein, in die Kritik der Wirtschaftsverbände am von der EU auf den Weg gebrachten Lieferkettengesetz einzustimmen. Oetker verfolge bereits seit zehn Jahren die Spur seiner Lieferanten bis hin zum Ursprung, sagt Christmann. Schließlich sei Nachhaltigkeit neben digitaler Kompetenz der wichtigste Zukunftsfaktor. Beim Lieferkettengesetz geht es um Grundsätzliches. Die Wirtschaft ist gespalten bei der Frage, wie stark der Staat sie in die Pflicht nehmen soll. Ein großer Teil der Manager ist auf der ablehnenden Linie der Verbände: Europa schade sich selbst und überschätze seinen Einfluss in der Welt, wenn es auf dem ganzen Globus Dinge wie Kinderarbeit und Umweltfrevel ausschließen wolle. Vor allem die Aussicht, für Zulieferer und deren Lieferanten haften zu müssen, sorgt für Widerstand. Oetker und andere stehen für die Gegenposition, oft vertreten durch bekannte Konsum-Marken. Sie können sich keine Skandale um ihre Produkte leisten und müssen daher längst sicherstellen, dass Zutaten und Arbeitsbedingungen in Ordnung sind. Dazu kommen Unternehmer, die sich um die Zuverlässigkeit ihrer Lieferketten sorgen: Unsicherheit geht meist mit schlechten Arbeits- und Umweltstandards einher. Wer wenig über den Ursprung seiner Rohstoffe wissen will, kann Risiken kaum einschätzen oder streuen.

Und natürlich gibt es auch authentisch ethische Beweggründe. Unternehmerfamilien wie die Oetkers und viele Aktionäre möchten schlichtweg nicht, dass ihr Wohlstand auf der Arbeit in Höllenlöchern fußt. So haben sich etwa Tchibo, Ritter Sport, Nestlé Deutschland und Hapag-Lloyd früh für das deutsche Lieferkettengesetz ausgesprochen, das – anders als die EU-Variante – eher auf Anreize als auf Strafen setzt. Die Hoffnung derjenigen Unternehmen, die ihre Lieferketten unter Kontrolle haben, ist: Wenn alle dem Thema Aufmerksamkeit und Geld widmen müssen, gibt es gleiche Voraussetzungen für alle. Gut geführte Firmen müssen sich wenig Sorgen wegen der neuen Vorschriften machen. Die übrigen sollten jetzt im Eigeninteresse handeln. Im Falle Oetker trifft das auf konkurrierende No-Name-Produzenten zu, die sich um ihr Marken-Image nicht kümmern müssen.

IMPRESSUM

Verleger AXEL SPRINGER (1985*)

Herausgeber: Stefan Aust
 Chefredakteur: Dr. Ulf Poschardt
 Stellvertreter des Chefredakteurs: Oliver Michalsky
 Chefredakteure in der Welt-Gruppe: Dr. Jan Philipp Burgard, Dagmar Rosenfeld, Jennifer Wilton
 Stv. Chefredakteur: Robin Alexander
 Geschäftsführender Redakteur: Thomas Exner
 Redaktionsleiter Digital: Stefan Frommann
 Leitung Editionsteam: Christian Gaertner
 Creative Director: Cornelius Tittel
 Artredaktion: Juliane Schwarzenberg
 Politik: Claudia Kade, Dr. Jacques Schuster
 Forum: Eva Marie Kogel
 Investigation/Reportage: Tim Röhn
 Außenpolitik: Klaus Geiger, Caroline Turzer
 Wirtschaft und Geld: Jan Dams, Olaf Gersemann, Thomas Exner (Senior Editor)
 Feuilleton: Dr. Mara Delius, Andreas Rosenfelder
 Stil/Reise/Leben: Heiko Zwirner
 Sport: Matthias Brügelmann
 Wissen: Sonja Kastilian
 Nachrichten/Gesellschaft: Leonhard Landes, Robert-Christian Tannenberger
 Community/Social: Franziska Zimmerer
 CVD/Produktion: Patricia Plate
 Foto: Stefan A. Runne
 Infografik: Karin Sturm
 Cheffotografie: Dr. Dorothea Siems
 Auslandskorrespondenten: Athen: Carolina Dritzen
 Brüssel: Dr. Christoph Schiltz
 Kroatien: Christian Putsch
 London: Mandoline Rutkowski
 Marrakesch: Alfred Hackenberg
 Moskau: Pavel Lokshin
 New York: Hannes Stein
 Paris: Martina Meister
 Tel Aviv: Christin Kensch
 Warschau: Philipp Fritz
 Washington: Stefanie Bolzen
 Ständige Mitarbeit: Prof. Michael Strüder
 Autoren: Henryk M. Broder, Peter Huth, Alan Posener, Hans Zipper
 WELT kooperiert mit „El País“ (Spanien), „Gazeta Wyborcza“ (Polen), „La Repubblica“ (Italien), „Le Figaro“ (Frankreich), „Le Soir“ (Belgien), „Tages-Anzeiger“ und „Tribune de Genève“ (beide Schweiz)
 Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Seite 1/Auf einen Blick: Christian Gaertner
 Deutschland: Jennifer Wilton
 Ausland: Klaus Geiger
 Forum: Eva Marie Kogel
 Wissen: Sonja Kastilian
 Wirtschaft und Geld: Nando Sommerfeldt
 Sport: Matthias Brügelmann
 Feuilleton: Andreas Rosenfelder
 Alle c/o Axel Springer Deutschland GmbH, Axel-Springer-Straße 65, 10888 Berlin.
 Anzeigen: Judith Umlauf, Media Impact GmbH & Co. KG, 10888 Berlin

Verlag: Axel Springer Deutschland GmbH
 Geschäftsführung: Claudius Senst, Christoph Eck-Schmidt, Carolin Hulshoff Pol
 COO WELT: Bettina Formen
 Stv. Verlagsleiter Print WELT: Heiko Rudat
 Anzeigen: Judith Umlauf
 Vertriebsleitung: Ludger Seggewies
 WELT Editorial Studio: Matthias Leonhard
 Druck: Axel Springer SE, Berlin.
 Axel Springer Offsetdrucker: Ahrensburg GmbH & Co. KG, Kornkamp 11, 22926 Ahrensburg
 Axel Springer Druckhaus Spandau GmbH & Co. KG, Brunsbütteler Damm 156-172, 13581 Berlin
 Axel Springer Offsetdrucker Kettwig GmbH & Co. KG, Im Teelbruch 100, 45219 Essen/Kettwig
 Süddeutscher Verlag GmbH, Zamdorfer Straße 40, 81677 München
 Vertrieb: Sales Impact GmbH, alle 10888 Berlin, Axel-Springer-Str. 65, Tel.: 030 / 259 10.
 DIE WELT wird als Zeitung und digital vertrieben. Informationen zum Datenschutz finden Sie unter www.welt.de/datenschutz. Sie können diese auch schriftlich unter Axel Springer Deutschland GmbH, Datenschutz, Axel-Springer-Straße 65, 10969 Berlin anfordern. Alle Rechte vorbehalten (einschließlich Text und Data Mining gem. §44b UrhG). Die Rechte für die Nutzung von Artikeln für elektr. Pressespiegel erhalten Sie über PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG, www.pressemonitor.de. E-Mail: info@pressemonitor.de. Für Syndikationsrechte wenden Sie sich an nachdruck@welt.de. Copyright 2023 Axel Springer Deutschland GmbH
 Abonnementpreis: www.welt.de/produktinfo. Abo-Bestellmöglichkeit auf www.lesershop24.de/die-welt oder unter Kundenservice Tel. 0800 9 358537 (Mo.-Sa.: 7-19 Uhr, kostenfrei), E-Mail: kundenservice@welt.de. ISSN 0173-8437. DIE WELT, USPS No. 0603-590. Es gilt die WELT-Preisliste Nr. 102, gültig ab 1.1.2024, sowie die Preisliste Märkte, Ergänzung zur WELT-Preisliste Nr. 102, gültig ab 1.1.2024. E-Mail: anzeigen@welt.de. Tel.: 030 / 58 58 90. Amtliches Publikationsorgan aller deutschen Wertpapierbörsen. Keine Gewähr für unverfälschte Kursnotierungen. Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.
 Sie erreichen die Redaktion unter: DIE WELT, Brieffach 2410, 10888 Berlin. Tel.: 030/25 910. E-Mail: kontakt@welt.de

THEMA DES TAGES

Rechtsruck in der Generation Z

Jugendstudie: Die 14- bis 29-Jährigen treiben gewaltige Zukunftsängste um. Die parteipolitischen Präferenzen verschieben sich – vor allem zugunsten der AfD

Die Jugend und das junge Erwachsenenalter sind normalerweise eine Zeit, die von Aufbruchsstimmung und Zukunftsoptimismus bestimmt ist. Doch diese Gefühlswelt hat gewaltige Risse bekommen. Aktuell präsentiert sich die Generation Z sorgenvoll, pessimistisch und psychisch angeknackst. Zudem wirkt sich der Frust über ungelöste gesellschaftliche Probleme und Sorgen um die Sicherung des Wohlstandes in einem deutlichen Rechtsruck aus. Das sind einige der zentralen Ergebnisse der siebten Trendstudie „Jugend in Deutschland“, die von den Jugendforschern Simon Schnetzer, Klaus Hurrelmann und Kilian Hampel vorgelegt wurde.

VON SABINE MENKENS

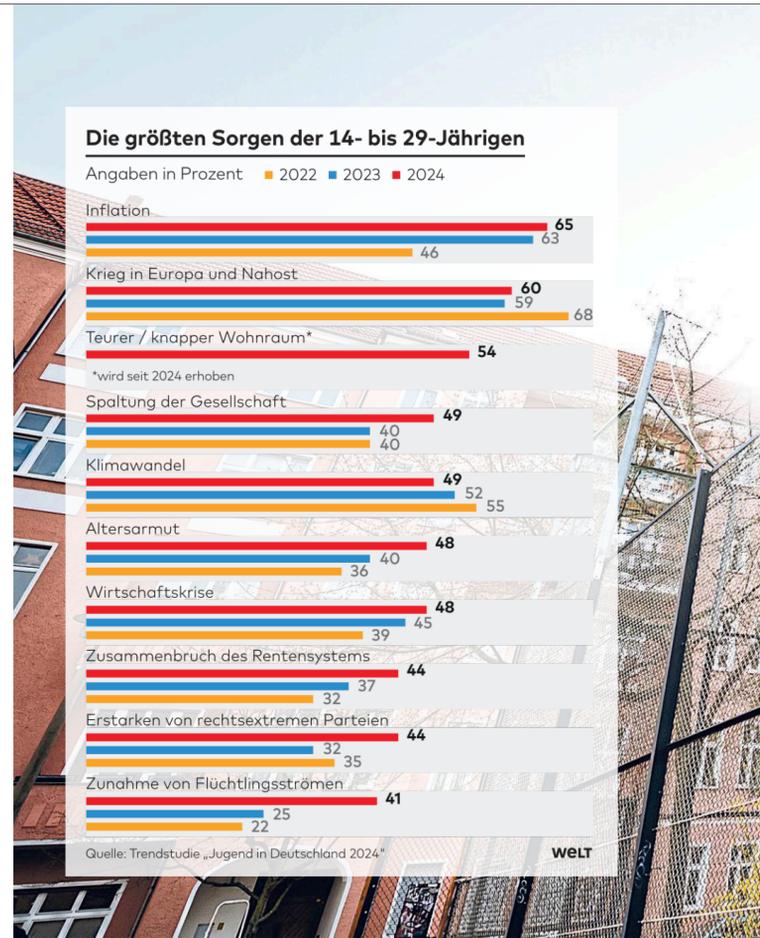
Sie basiert auf einer repräsentativen Befragung von 2042 jungen Menschen im Alter von 14 bis 29 Jahren und wird seit 2020 in regelmäßigen Abständen wiederholt. In den ersten Erhebungen war es vor allem die Corona-Krise, die zu schweren Beeinträchtigungen in der Lebensqualität und psychischen Verfasstheit der Jugendlichen geführt hat. Inzwischen haben sie die Pandemie-Zeit mehrheitlich abgehakt – jetzt stehen wirtschaftliche und politische Sorgen im Vordergrund. Die persönliche Zufriedenheit der jungen Menschen mit ihrer finanziellen, gesundheitlichen, psychischen und beruflichen Lage ist zwar noch schwach positiv, im Vergleich zu den letzten beiden Erhebungen von 2023 und 2022 ist sie aber gesunken. Für die nähere Zukunft erwarten die jungen Menschen zwar eine Verbesserung ihrer persönlichen Lage. Für die wirtschaftliche Entwicklung, den

gesellschaftlichen Zusammenhalt und die politischen Verhältnisse aber sehen sie schwarz. Hier fällt die Bewertung schon jetzt negativ aus, in den nächsten zwei Jahren erwarten die Jugendlichen eine weitere Verschlechterung.

„Unsere Studie dokumentiert eine tief sitzende mentale Verunsicherung mit Verlust des Vertrauens in die Beeinflussbarkeit der persönlichen und gesellschaftlichen Lebensbedingungen“, so Schnetzer. „Die Aussicht auf ein gutes Leben schwindet. Die große Frage für alle Akteure in der Gesellschaft wird sein, wie sie junge Menschen für eine positive Vision im Land begeistern und sie an Veränderungsprozessen beteiligen können.“

Größte Sorgen der Jugendlichen sind demnach: Inflation (65 Prozent), der Krieg in Europa und Nahost (60 Prozent), teurer und knapper Wohnraum (54 Prozent), der Klimawandel und die Spaltung der Gesellschaft mit je 49 Prozent sowie die Wirtschaftskrise und die Angst vor Altersarmut mit je 48 Prozent. Besonders stark zugenommen hat die Sorge vor einer „Zunahme der Flüchtlingsströme“, also der Migration von Asylbewerbern. Hier ist es seit dem vorvergangenen Jahr zu einer Verdopplung der Werte gekommen, von 22 auf 41 Prozent.

Damit habe dieses Thema nun auch die junge Generation erreicht, obwohl sie es mehr noch als die ältere gewohnt sei, in international und multiethnisch geprägten Kreisen zu leben, so die Studienautoren. „Davon unabhängig scheint aber die Sorge zu wachsen, dass zu viele Flüchtlinge ins Land kommen und dies aufgrund des knappen Wohnraums, der sozialen Spaltung und finanziell strapazierter Sozialsysteme Gefahren mit sich bringt.“



Diese Sorge spiegelt sich auch in den politischen Präferenzen. In nur einem Jahr hat die AfD ihren Stimmenanteil bei jungen Menschen fast verdoppelt. Sie steht mit 22 Prozent aktuell an der Spitze der Wählergunst bei den unter 30-Jährigen. „Ganz eindeutig ist es der AfD gelungen, sich als Protestpartei für die Ampel und als Problemlöser für die aktuellen Sorgen anzubieten“, heißt es dazu in der Studie. Etwas abgeschwächt gelte das auch für die CDU/CSU, die gegenüber der Befragung vor einem Jahr deutlich an Zustimmung gewonnen hat und nun mit 20 Prozent an zweiter Stelle steht. Die Ampel-Parteien, vor allem Grüne und FDP, haben bei den Jungwählern stark an Beliebtheit verloren.

Im Vergleich zu der Shell-Jugendstudie von 2019 sei auch die Zustimmung zu politisch konservativen, zuwanderungs- und ausländerfeindlichen Aussagen gewachsen, wie die Forscher anhand gleichlautend gestellter Fragen herausfinden konnten. „Wir können von einem deutlichen Rechtsruck in der jungen Bevölkerung sprechen“, resümierte Forscher Hurrelmann. Ein Grund dafür sei unter anderem, dass die AfD seit ihrer Gründung vor gut zehn Jahren sehr stark in TikTok und Instagram investiere, heißt es in der Studie. Auch Israel-Kritik ist in der jungen Generation weit verbreitet. Nur 26 Prozent stimmten der Aussage zu, dass Deutschland eine historische Verantwortung für Israel und die Juden in Deutschland trage.

INNENPOLITIK

AFD-POLITIKER

Höcke streitet Vorwürfe ab

Die Staatsanwaltschaft wirft Björn Höcke vor, wissentlich eine SA-Parole verwendet zu haben. Der AfD-Politiker hat im Prozess gegen ihn nun vor dem Landgericht Halle seine Unschuld beteuert. „Ich bin tatsächlich völlig unschuldig“, sagte Thüringens AfD-Chef am Dienstag während des zweiten Hauptverhandlungstages. Der Prozess gegen den 52-Jährigen war am vergangenen Donnerstag eröffnet worden. Der Anklage zufolge soll Höcke bei einer Wahlkampfveranstaltung in Merseburg im sachsen-anhaltischen Saalekreis im Mai 2021 „Alles für unsere Heimat, alles für Sachsen-Anhalt, alles für Deutschland“ gesagt haben. Mehr dazu lesen Sie auf Seite 4.

GESUNDHEITSMINISTER LAUTERBACH

Mehr Nierenspenden ermöglichen

Eine Organspende ist für viele Gesunde vor allem eine Frage für die Zeit nach dem Tod. Doch manche Organe wie Nieren können schon zu Lebzeiten entnommen werden und Schwerkranken ersehnte Rettung bringen. Ein prominenter Spender war der heutige Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, der seiner Frau Elke Büdenbender 2010 eine Niere gab. Doch dafür gelten bisher enge Vorgaben, und nicht immer sind Organe dann auch passend. Für Nierenspenden sollen deshalb erweiterte gesetzliche Regeln kommen, wie ein Entwurf des Bundesgesundheitsministeriums von Ressortchef Karl Lauterbach (SPD) vorsieht. Vor dem Hintergrund anhaltend niedriger Organspendezahlen bei Verstorbenen und langer Wartezeiten von bis zu acht Jahren auf eine Nierentransplantation sei eine Novellierung des Transplantationsgesetzes notwendig, heißt es in dem Entwurf, der der Deutschen Presse-Agentur vorliegt. Zentrales Ziel ist es demnach, den Kreis der Spender und Empfänger zu erweitern.

STEUERN

Weniger Einnahmen im März

Die Steuereinnahmen von Bund und Ländern sind im März deutlich gefallen. Sie gingen um 4,5 Prozent zum Vorjahresmonat auf 77,55 Milliarden Euro zurück, wie aus dem Monatsbericht des Bundesfinanzministeriums hervorgeht. Der März ist damit bislang der schlechteste Monat des Jahres. Im Januar und Februar hatte es noch spürbare Zuwächse gegeben. „Die Rezession ist bei den Steuereinnahmen ange-

kommen“, sagte der Ökonom Jens Boysen-Hogrefe vom Kieler Institut für Weltwirtschaft (IfW). Mitte des kommenden Monats werden die mit Spannung erwarteten neuen Prognosen des Arbeitskreises Steuerschätzung veröffentlicht. Sie werden zeigen, wie stark die Bundesregierung bei der vermutlich erneut sehr schwierigen Aufstellung des Haushalts sparen muss.

FARBATTACKE AUF BRANDENBURGER TOR

Bewährungsstrafen für Aktivisten

Nach einer Farbbatacque auf das Brandenburger Tor in Berlin sind drei Mitglieder der Gruppe „Letzte Generation“ wegen gemeinsamer Sachbeschädigung zu jeweils acht Monaten Freiheitsstrafe auf Bewährung verurteilt worden. Die Beschuldigten hätten durch das Aufbringen der Farbe Kosten von 110.000 Euro verursacht, sagte Richter Christine Mathiak am Amtsgericht Berlin. Sie hätten durch die Aktion billiger in Kauf genommen, dass erhebliche Schäden an einem Nationalsymbol entstehen. Bei den Verurteilten handelt es sich um eine 22-jährige Frau sowie zwei Männer im Alter von 28 und 64 Jahren. Sie räumten zuvor ein, gemeinsam mit weiteren Klimaaktivisten am 17. September 2023 mittels präparierter Wasserlöcher gelbe und orange Farbe auf die Säulen des Brandenburger Tors gesprüht zu haben. Ein erster Prozess vor dem Amtsgericht gegen zwei Aktivisten war Ende März im ersten Anlauf gescheitert.

AUSSENPOLITIK

AUF ISRAELISCHE GRENZORTE

Neue Raketenangriffe aus Gaza

Auch 200 Tage nach Beginn des Gaza-Kriegs feuern militante Palästinenser im Gaza-Streifen weiter Raketen auf israelische Grenzorte. In der Grenzstadt Sderot und anderen Orten am Rande des Palästinensergebiets am Mittelmeer heulten am Dienstag erneut die Warnsirenen. Nach Angaben von Sanitätern gab es zunächst keine Berichte über Verletzte. Vier Raketen seien von der Raketenabwehr abgefangen worden, berichteten israelische Medien. Ein Lagerhaus in Sderot sei von Raketen getroffen worden und in Flammen aufgegangen. Die israelische Armee habe die Orte, von denen aus geschossen wurde, mit Artilleriefeuer belegt. Seit Beginn des Gaza-Kriegs am 7. Oktober haben die islamistische Terrororganisation Hamas und andere extremistische Gruppierungen laut israelischen Angaben mehr als 16.000 Raketen auf Israel abgefeuert. Ein Teil davon schlug den Angaben zufolge im Gaza-Streifen selbst ein und verursachte dort auch Opfer. Wie tief das Palästinenserhilfswerk UNRWA von der Hamas unterwandert ist, lesen Sie auf Seite 5.

FREE THEM NOW

Die Geiseln der Hamas

200 Tage werden die beim Angriff der islamistischen Terroristen am 7. Oktober 2023 verschleppten Menschen schon gefangen gehalten.



SPANNUNGEN WEGEN GAZA-PROTESTEN

Online-Lehre an Columbia University

Angesichts der wachsenden Spannungen durch den Krieg zwischen Israel und der islamistischen Palästinenserorganisation Hamas hat die renommierte New Yorker Columbia University die Lehre auf den Onlinebetrieb umgestellt. In den vergangenen Tagen habe es zu viele Beispiele für „einschüchterndes und belästigendes Verhalten auf unserem Campus gegeben“, schrieb Universitätspräsidentin Nemat Shafik in einem offenen Brief. Alle Kurse würden daher nun „virtuell stattfinden“. „Antisemitische Äußerungen, wie auch andere Äußerungen, mit denen Menschen verletzt und verängstigt werden sollen, sind inakzeptabel und es werden entsprechende Maßnahmen ergriffen“, fuhr die Universitätspräsidentin fort. Die Umstellung auf Online-Lehrbetrieb diene der Deeskalation und auch dazu, „um uns allen die Möglichkeit zu geben, über die nächsten Schritte nachzudenken“.

ATOMWAFFEN-STATIONIERUNG

Nato will keine Ausweitung

Die Nato hat laut Generalsekretär Jens Stoltenberg nicht vor, Atomwaffen in weiteren Mitgliedsländern zu stationieren. Es gebe keine Pläne, das bisherige Arrangement der nuklearen Teilhabe auszuweiten, sagte Stoltenberg. Am Montag hatte Polens Präsident Andrzej Duda erneut bekräftigt, sein Land sei offen für die Stationierung von US-Atomwaffen. „Wenn es eine solche Entscheidung unserer Verbündeten geben sollte, Atomwaffen im Rahmen der nuklearen Teilhabe auch auf unserem Territorium zu stationieren, um die Sicherheit der Ostflanke der Nato zu stärken, sind wir dazu bereit“, sagte Duda im Interview mit der Boulevardzeitung „Fakt“. In Polen ist der Präsident Oberbefehlshaber der Armee. Das EU- und Nato-Land Polen ist einer der engsten militärischen Verbündeten der von Russland angegriffenen Ukraine. Es grenzt auch an die russische Exklave Kaliningrad und an Russlands Verbündeten Belarus.



HINTERHAUS PRODUCTIONS/DOV/GETTY IMAGES

frage zufolge auch auf Schule und Job aus. Viele Schulen, Ausbildungsbetriebe und Unternehmen berichteten über einen steigenden Krankheitsstand und vermittelten den Eindruck, die jungen Leute seien weniger belastbar, heißt es in der Studie. Ein Eindruck, der den Umfrageergebnissen zufolge nicht ganz von der Hand zu weisen ist.

Zwar gibt mehr als die Hälfte der Befragten an, im letzten Jahr maximal sechs Tage wegen Krankheit gefehlt zu haben. Mehr als ein Fünftel hatte aber 13 und mehr Krankheitstage, meist wegen körperlicher Krankheiten. Mehr als ein Viertel der Befragten gab aber auch an, wegen mangelnder Lust und Motivation oder dem Gefühl von Überforderung oder Ausgebranntseins nicht zur Schule oder zur Arbeit gegangen zu sein.

Dem oft vermittelten Eindruck, die Gen Z sei nicht mehr so leistungsfähig wie die Generationen zuvor, traten die Forscher dennoch entgegen. Junge Menschen in Deutschland seien grundsätzlich bereit, Verantwortung für die Gestaltung der Zukunft zu übernehmen, so die Forscher. Der Aussage „Ich bin mir bewusst, dass meine Generation für den künftigen Wohlstand in Deutschland verantwortlich ist“ stimmten 63 Prozent voll und ganz oder eher zu. 64 Prozent bewerten ihre Chancen gut, um auf dem Arbeitsmarkt mit ihrer Qualifikation und Erfahrung einen Job zu finden. Das Wichtigste ist ihnen dabei eine gute Arbeitsatmosphäre (64 Prozent), eine gute Balance von Arbeit und Freizeit (56 Prozent) sowie der Sicherheit des Arbeitsplatzes (54 Prozent). Als wichtigste Leistungsmotivatoren werden Geld (51 Prozent), Spaß (41 Prozent) und „Ziele erreichen“ (31 Prozent) genannt.

Doch obwohl das Gehalt im Job der größte Motivator ist, haben materielle Werte als Statussymbol bei der Gen Z ausgedient. Mit „Mein Haus, mein Auto, mein Boot“-Sprüche könne die heutige Jugend nichts mehr anfangen, haben die Forscher festgestellt. Stattdessen sind die fünf wichtigsten Statussymbole demnach: Intelligenz (37 Prozent), beruflicher Erfolg (27 Prozent), Fitness und ein athletischer Körper (24 Prozent), Reisen (21 Prozent) und schönes Aussehen (20 Prozent).

Das abschließende Fazit der Forscher: „Wir sollten uns davor hüten, die Jugend in eine Schublade zu stecken und als faul oder respektlos abzustempeln. Erstens sind junge Menschen nicht faul und zweitens riskieren wir damit, dass die einzige Jugend, die wir haben, am Ende den Glauben an sich selbst und die Zukunft verliert.“

36 Prozent lehnen sie ab, und etwa ein Viertel ist unentschieden.

Schlecht steht es auch um die psychische Verfasstheit der Gen Z. Die Selbstangaben zur Belastung durch Stress, Einsamkeit und Angstzustände sind gegenüber den vorangegangenen Jahren noch häufiger geworden. Die Belastung junger Menschen durch Erschöpfung, Selbstzweifel, Antriebslosigkeit und Gereiztheit befindet sich auf etwa dem gleichen Niveau wie im Vorjahr. Besonders alarmierend: Elf Prozent der Befragten gaben an, aufgrund von psychischen Belastungen aktuell in Behandlung zu sein – 13 Prozent der jungen Frauen und acht Prozent der jungen Männer.

Das gestiegene Ausmaß von psychischen Belastungen wirkt sich der Um-

” DIE AUSSICHT AUF EIN GUTES LEBEN SCHWINDET

SIMON SCHNETZER, Co-Autor der Studie

UKRAINE Russland will Beschuss verstärken

„Wir werden die Intensität der Schläge gegen logistische Zentren und Lager westlicher Waffen erhöhen“. Nach der Ankündigung der neuen US-Militärhilfe für die Ukraine hat Russland einen noch stärkeren Beschuss des von ihm seit mehr als zwei Jahren angegriffenen Nachbarlandes angekündigt. Das sagte Russlands Verteidigungsminister Sergej Schoigu bei einer Besprechung hochrangiger Militärs. Westliche Militärexperten hatten seit Tagen davor gewarnt, dass Russland das Zeitfenster bis zum Eintreffen der neuen Waffen und Munition für die Ukraine für eine Intensivierung seiner Angriffe nutzen könnte. Nach dem US-Repräsentantenhaus sollte am Dienstag der Senat in Washington über das Hilfspaket von 61 Milliarden US-Dollar (rund 57 Milliarden Euro) abstimmen. Danach will US-Präsident Joe Biden es freigeben. Mehr zum russischen Angriffskrieg in der Ukraine lesen Sie auf Seite 6.

WISSEN

CORONA-AUFARBEITUNG Das RKI und die Pandemie

Die Protokolle des Robert-Koch-Instituts (RKI) haben die Corona-Pandemie wieder an die Öffentlichkeit gezerrt. Darin zeigt sich, dass die Fachleute den Sinn verordneter Maßnahmen anzweifeln. Der Epidemiologe Klaus Stöhr wirft dem Institut vor, sich nicht ausreichend von politischen Entscheidungen distanziert zu haben. Das Interview lesen Sie auf Seite 8.

STECHEMÜCKEN Kaltes Wetter schadet nicht

Der Wintereinbruch der vergangenen Tage hat keine größeren Auswirkungen auf die Stechmückenpopulation. „Die Stechmücken verkriechen sich, wenn es kalt wird, und kommen wieder raus, wenn es wärmer wird“, sagte Doreen Werner vom Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung (ZALF) in Müncheberg. „Das gilt für alle Insekten.“ Die Stechmückensaison war in diesem Jahr besonders früh losgegangen. Der Beginn ist witterungsbedingt, oft Anfang Mai. In diesem Jahr legten Hausmücken jedoch schon Anfang April ihre Eier ab, und Wald- und Wiesenmücken schlüpfen schon zu diesem Zeitpunkt, so Werner. Mücken brauchen es zwar feucht und warm, um hohe Populationsdichten aufzubauen, jedoch tue das kalte Wetter der Population keinen Abbruch, sagte Werner nun. Bei Kälte entwickelten sich die Larven einfach nicht so schnell.

WIRTSCHAFT UND GELD

DEFEKTE GERÄTE „Recht auf Reparatur“ kommt

Geräte, die schnell kaputtgehen und nicht repariert werden können, sind ein Ärgernis für die Käufer. Das Europäische Parlament stärkt nun die Rechte von Verbrauchern im Umgang mit beschädigten oder defekten Geräten. Garantiezeiten sollen verlängert, Reparaturen günstiger und Ersatzteile einfacher verfügbar werden. So soll sich auch weniger Müll anhäufen. Das Parlament stimmte am Dienstag einer Richtlinie zu, die Verbrauchern ein Recht auf Reparatur einräumt. Verbraucherschutzministerin Steffi Lemke (Grüne) sprach von einem Meilenstein: „Erstmals wird das Recht auf Reparatur gesetzlich verankert.“ Unter anderem müssen die Hersteller zahlreicher Geräte auch über die gesetzliche Garantie hinaus Reparaturen anbieten. Unabhängige Werkstätten sollen gestärkt werden. Das Gesetz verbietet den Herstellern zudem, Reparaturen etwa durch bestimmte Software-Einstellungen zu erschweren.

NORWEGEN Kritik an Stromspeicherung

Norwegen wird in Deutschland als der Möglichmacher der Energiewende gesehen. Dafür sollen die Skandinavier neben Öl und Gas auch grünen Strom liefern. Zudem soll überschüssiger Ökostrom aus Deutschland in Norwegens Stauseen gespeichert werden – um bei Strommangel wieder zurückzuführen. Doch jetzt regt sich in dem Land Widerstand gegen die ihm zugedachte Rolle als Dienstleister. Denn im nordischen Ökostrom-Paradies wird Elektrizität zunehmend knapp und teuer. Was ein norwegischer Delegierter auf der weltgrößten Industrieschau Hannover Messe dazu sagt, lesen Sie auf Seite 11.

HEIZUNGSBAUER ÜBER WÄRMEPUMPEN Ziel der Regierung „illusorisch“

Das deutsche Sanitär- und Heizungsbauphandwerk rechnet im laufenden Jahr mit einem deutlichen Rückgang bei der Installation von Wärmepumpen. Als Hauptgrund sieht der Zentralverband Sanitär Heizung Klima (ZVSHK) eine Verunsicherung bei der Kundschaft mit Blick auf die Zukunft der Energieversorgung. „Wenn wir Glück haben, schaffen wir vielleicht zwischen 180.000 und 200.000 Geräte“, sagte Verbandspräsident Michael Hilpert. Die von der Bundesregierung für 2024 angestrebten 500.000 Geräte seien „illusorisch, auch im nächsten Jahr“. 2023 verbaute die Branche

nach eigenen Angaben weit mehr als 300.000 Geräte, so viele wie noch nie. Das Bundeswirtschaftsministerium sowie Vertreter von Handwerk, Industrie, Wohnungs- und Energiewirtschaft hatten bei einem „Wärmepumpengipfel“ im November 2022 ein gemeinsames Ziel von 500.000 neuen Wärmepumpen pro Jahr ab 2024 formuliert. Die Geräte sollen eine wichtige Rolle für das Erreichen der Klimaziele im Gebäudebereich spielen.

OPEL EISENACH Grandland-Vorserie läuft vom Band

Im Opel-Werk Eisenach wird die Produktion der neuen voll-elektrischen Variante des SUV Grandland hochgefahren. Am Dienstag rollten dort erste Vorserien-Modelle probeweise vom Band. Ab Mitte des Jahres sollen dort dann auch Autos gefertigt werden, die an Kunden verkauft werden. In dem Werk mit derzeit etwa 100 Beschäftigten baute Opel bislang den Grandland ausschließlich als Verbrenner und Plug-in-Hybrid. Künftig sollen Verbrenner, Hybrid und E-Variante auf einer gemeinsamen Linie gefertigt werden. Einen Vor-Ort-Bericht finden Sie auf Seite 10.

OLAF SCHOLZ AUF DEM BANKENTAG Kanzler unter Freunden

Nachdem am Vortag auf der Hannover Messe der tiefe Graben zwischen Olaf Scholz und der deutschen Industrie sichtbar wurde, traf der Bundeskanzler am Dienstag nur auf freundliche Gesichter. Der Regierungschef präsentierte sich auf dem Deutschen Bankentag als Superreformer und lobte die Geldhäuser für ihre zuletzt guten Taten während der Pandemie. So einhellig war die Stimmung, dass Bankpräsident Christian Sewing, im Hauptberuf Vorstandschef der Deutschen Bank, im Anschluss sagte: „Mehr geht nicht.“ Er habe sich beim Kanzler herzlich bedankt. Lesen Sie den Bericht dazu auf Seite 9.

TAG AN DER BÖRSE Dax wieder über 18.000 Punkten

Nach dem jüngsten Rücksetzer sorgten am Dienstag Kursgewinne im Technologiesektor für frischen Schwung an den europäischen Aktienmärkten. Positiv nahmen Börsianer die Geschäftszahlen von SAP auf: Die Aktie des Walldorfer Softwarehauses zog zwischenzeitlich um bis zu 5,2 Prozent an. Auch der deutsche Leitindex Dax nahm den Schwung mit und beendete den Börsenhandel 1,6 Prozent fester bei 18.138 Punkten. Mehr Kurse finden Sie auf Seite 9.

SPORT

EM-SCHIEDSRICHTER Siebert und Zwayer pfeifen

Zwei deutsche Schiedsrichter sind bei der Heim-Europameisterschaft im Sommer dabei: Daniel Siebert und Felix Zwayer gehören zu den 18 Uefa-Nominierten für das Turnier. Hinzu kommt noch ein argentinischer Referee. Der 39 Jahre alte Siebert ist nach der EM 2021 und der WM 2022 zum dritten Mal bei einer Endrunde bei einem großen Turnier dabei. Für den 42 Jahre alten Zwayer hingegen wird die Europameisterschaft in Deutschland eine Premiere sein. Außer Siebert und Zwayer wurden nach DFB-Angaben auch Jan Seidel, Rafael Foltyn, Stefan Lupp und Marco Achmüller als Schiedsrichter-Assistenten sowie Bastian Dankert, Christian Dingt und Marco Fritz als Video-Assistenten berufen.

CHINA-AFFÄRE „Absoluter Vertrauensbruch“

Mit Ärger und Unverständnis haben deutsche Schwimmer auf Berichte über angeblich nicht geahndete Doping-Fälle im chinesischen Schwimmen reagiert. „Natürlich erschüttert das einen“, sagte Freistilexperte Josha Salchow. „Das ist natürlich ein absoluter Vertrauensbruch. Für mich völlig unverständlich, warum da nicht gehandelt wurde“, sagte Melvin Imoudou, der den deutschen Rekord über 50 Meter Brust hält. Nach Recherchen der ARD-Dopingredaktion und der „New York Times“ sowie einem Bericht der australischen Zeitung „Daily Telegraph“ waren 23 Top-Schwimmer bei einem nationalen Wettkampf in China Anfang 2021 positiv auf das Herzmittel Trimetazidin getestet worden. Die Welt-Anti-Doping-Agentur (Wada) stellte die Ermittlungen allerdings ein. Der chinesischen Anti-Doping-Agentur zufolge sind die positiven Dopingtests auf Verunreinigungen in einer Hotelküche zurückzuführen.

KULTUR UND GESELLSCHAFT

OPERN Was Puccini mit Swift gemein hat

Erst kamen die Opern, dann kam das geradezu visionäre Merchandising. Eine multimediale Puccini-Ausstellung in Berlin erzählt die Geschichte eines schwindelerregenden weltweiten Erfolgs – mit Schellackplatten, Partituren, „Tosca“-Bonbons und „Butterfly“-Porzellanfigürchen. Die Schau zeigt, wie Giacomo Puccini mit den drei Opern „Tosca“, „Madama Butterfly“ und „La Bohème“ und mit Unterstützung seines Verlegers zum Taylor Swift seiner Zeit wurde. Lesen Sie den Bericht dazu auf Seite 16.

DEUTSCHER SACHBUCHPREIS Acht Titel nominiert

Wer bekommt den Deutschen Sachbuchpreis 2024? Die Jury hat acht Titel für die Auszeichnung ausgewählt. Die Bücher gäben Antworten auf die drängenden Fragen der Gegenwart

NACHHALTIGKEIT

Umweltpolitik: Vom Abholzungs-Spitzenreiter zum Vorbild – Costa Ricas grüne Kehrtwende Seite 5

Spitzengastronomie: Warum Gemüse der Fleisch- und Fischküche in nichts nachsteht Seiten 14/15



wie auf die zeitlosen, sagte Jurysprecher Stefan Koldehoff. Die sieben Jurymitglieder haben die Bücher unter 225 Titeln von 115 Verlagen ausgewählt, die seit April 2023 erschienen sind. Der mit insgesamt 42.500 Euro dotierte Preis wird am 11. Juni in Hamburg verliehen. Welche Werke Chancen auf den Preis haben, lesen Sie auf Seite 15.

FRAU DES BRITISCHEN THRONFOLGERS Kate hat wieder fotografiert

Sechs Wochen nach dem Skandal um ein von ihr nachträglich bearbeitetes Foto hat Prinzessin Kate eine neue Aufnahme veröffentlicht. Diese zeigt ihren jüngsten Sohn Louis, der am Dienstag seinen sechsten Geburtstag feierte. Das Geburtstagsfoto mit einem lächelnden Louis wurde auf den Online-Kanälen von Kate und ihrem Mann, dem britischen Thronfolger Prinz William, veröffentlicht. „Alles Gute zum sechsten Geburtstag, Prinz Louis“, schrieb die Eltern und bedankten sich für die zahlreichen Glückwünsche. Als Fotografin angegeben wurde „Die Prinzessin von Wales“. Im vergangenen Monat hatte Kate ein Foto von sich und ihren drei Kindern veröffentlicht, bei dem sich herausstellte, dass es bearbeitet worden war. Dies sorgte für riesige Aufregung, die 42-Jährige sah sich schließlich zu einer Entschuldigung gezwungen.



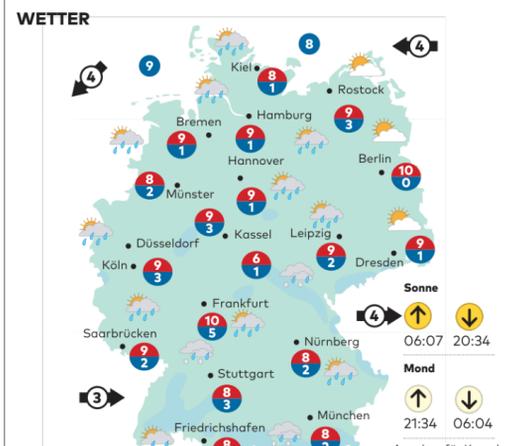
THE PRINCE AND PRINCESS OF WALES/PAPA MEDIA/VOXA

ÜBERS KLEID GESTOLPERT Touristin stürzt in Vulkankrater – tot

Immer wieder sterben Reisende auf der Jagd nach dem schönsten Fotomotiv. Nun ist eine chinesische Touristin in Indonesien so unglücklich auf ihr langes Kleid getreten, dass sie rückwärts gestolpert und in den Krater des Vulkans Ijen gefallen ist. Die 31-Jährige sei nach dem Sturz aus 75 Metern Höhe in den säurehaltigen Kratersee sofort tot gewesen, berichteten indonesische Medien unter Berufung auf die Behörden. Die Frau war mit ihrem Ehemann auf einer geführten Tour, als sie bei Sonnenaufgang am Rand des Kraters für ein Foto posieren wollte, wie die Nachrichtenseite „Kompas.com“ unter Berufung auf den Reiseleiter schrieb. Zunächst habe sie einen Sicherheitsabstand eingehalten, sich dann aber trotz Warnungen rückwärts auf einen Baum zubewegt, um einen schöneren Hintergrund fürs Foto zu haben. Plötzlich sei sie gestolpert und in die Tiefe gestürzt.

FAHRER MIT EIGENBRAUER-SYNDROM Freispruch trotz Trunkenheit

Sein Körper produziert selbst Alkohol: Ein vermutlich am sogenannten Eigenbrauer-Syndrom leidender Mann aus Belgien ist vom Vorwurf der Trunkenheit am Steuer freigesprochen worden. Das entschied ein Gericht in der belgischen Stadt Brügge, wie die Nachrichtenagentur Belga berichtete. Das Syndrom führe dazu, dass sein Körper durch Gärung im Darm Kohlenhydrate in Alkohol umwandle. Ein Rechtsmediziner habe bestätigt, dass das sehr seltene Syndrom höchstwahrscheinlich bei dem Belgier vorliege. Der 40-Jährige wurde bereits einmal wegen Trunkenheit am Steuer verurteilt, 2022 wurde er zweimal – mit 1,63 und 2,09 Promille am Steuer – erwischt. Zudem ist der Antrag der Staatsanwaltschaft, den Mann für lebenslang fahruntüchtig zu erklären, abgewiesen worden.



Regen, Schnee und Glätte
Heute: Im Tagesverlauf gibt es bei rasch wechselnder Bewölkung einige Regenschauer und kurze Gewitter. Erst sorgen Schneefälle zum Teil bis in tiefere Lagen für rutschige Straßen. Später ziehen sich die Schneeschauer auf die Höhen der Mittelgebirge zurück, und in den Alpen schneit es ab 700 bis 1100 Metern Höhe. Mit Höchsttemperaturen von 5 bis 12 Grad bleibt es sehr kühl.
Biowetter: Die aktuelle Wetterlage macht vor allem Rheumakranken schwer zu schaffen. Bei ihnen verschlimmern sich die Schmerzen in den Gliedern und Gelenken. Empfindliche Menschen leiden außerdem verstärkt unter Kopfschmerzen und Migräneanfällen.

Grüner Widerstand gegen ein Kreuzberger Straßenfest

Die Partei will das Berliner Myfest nicht mehr, obwohl es als Beitrag zu einem friedlichen 1. Mai gilt

Seit einem halben Jahrhundert wohnt Halis Sönmez in Berlin-Kreuzberg. Er gehörte zur Hausbesetzerszene und erlebte Jahr für Jahr hautnah die Krawalle am 1. Mai. „Mir hat es irgendwann gereicht. Ich wollte einen Beitrag leisten, die Gewalt einzudämmen.“

VON THOMAS SCHMOLL

Deshalb gründete der Mann mit türkischen Wurzeln 2003 das Myfest. Devise: Wo Menschen friedlich miteinander feiern, gibt es keinen Platz für Zoff. Sönmez stieß, wie er erzählt, auf Widerstand in seinem engeren Umfeld. „Die fragten mich: ‚Wieso machst du das? Das ist doch unser Kriegsschauplatz.‘ Die waren richtig sauer. Aber das war mir egal. Und bald sind mir alle gefolgt, die keine Lust auf Krawalle hatten.“

Der Plan ging auf, was sogar amtlich bestätigt ist. Auf dem offiziellen Internetauftritt des Landes Berlin heißt es: „Der seit 2003 zunehmend friedlichere Verlauf der Kreuzberger Maifeiern wird von Polizei, Politik und Anwohnern in erster Linie dem Myfest zugeschrieben.“ Doch auf der Seite heißt es auch: „Findet 2024 nicht statt.“ Denn die Bezirksbürgermeisterin von Friedrichshain-Kreuzberg, Clara Herrmann von den Grünen, will es nicht. Und Sönmez versteht die Welt nicht mehr.

„Ich kapiere es nicht. Kreuzberg will das Fest. Das Geld dafür kommt vom Senat, den Bezirk kostet es nichts“, sagt der bisherige Veranstalter WELT. Schon 2023 wartete Sönmez vergeblich auf Unterstützung von Herrmann. Das Rathaus des Viertels, das politisch von den Grünen dominiert wird, verweist auf eine Umfrage von 2018. Damals hätten 60 Prozent der Teilnehmer sich für eine Fortführung der Veranstaltung ausgesprochen, jedoch in anderer Form. „Weniger Massenveranstaltung, stattdessen mehr Kiezbezug, kleinere Formate und mit einer stärkeren politischen Ausrichtung“, teilt eine Sprecherin Herrmanns mit. Kritisch gesehen wurden demnach auch Lärm und Kommerz.

Aus Sicht von Sönmez hat die Umfrage nur begrenzte Aussagekraft. „Ich kenne keinen einzigen Anwohner, der mitgemacht hat. So ein Zufall aber



Myfest-Gründer Halis Sönmez

auch“, sagt der Myfest-Gründer. Und zum Ergebnis der Erhebung, die aus zwei Fragen bestand, nämlich was gut und was schlecht ist an der Veranstaltung, sagte er: „Wir sollten es kleiner machen. Der Karneval der Kulturen zählt eine Million Gäste, die keinen Lärm und keinen Müll produzieren“, meinte Sönmez, der seinen Frust immer wieder in Sarkasmus kleidet. Dabei seien Forderungen aus der Befragung erfüllt, das Myfest verkleinert und der Müll verringert worden. Für ihn sei klar: „Frau Herrmann hat schlicht und einfach kein Interesse, dass es stattfindet und legt uns Hindernisse in den Weg, es zu unterbinden.“

Die Sprecherin des Bezirks will die Vorwürfe nicht kommentieren und stellt fest: „Das Myfest wurde nicht abgesagt.“ Es habe „zu keinem Zeitpunkt“ Planungen für 2024 gegeben, kein einziges „Kiezfest“ sei angemeldet worden, sagte sie WELT. Ein solches Anliegen wäre selbstverständlich geprüft worden. „Unser Ziel ist ein friedlicher und politischer 1. Mai in Kreuzberg und im gesamten Bezirk, an dem es um den sozialen Zusammenhalt in unserer Stadt geht.“

Sönmez hält das für Ausreden. Nach eigener Aussage war er im Januar bei der Polizei, die ebenso wie Innensenatorin Iris Spranger (SPD) Unterstützung signalisiert habe. Ohne Hilfe Herrmanns könne er die Veranstaltung schon aus finanziellen Gründen nicht

tiefergehend planen. „Ich kann doch keine Toiletten aufstellen lassen und Firmen für die Sicherheit engagieren, wenn unklar ist, ob ich die Genehmigung bekomme.“ Nach dem Tod seiner Eltern habe er sich in der Türkei um Beisetzung und Grabstätte gekümmert. Angesichts dieser persönlichen Tragödie hätte „nur eine pragmatische und reibungsarme Zusammenarbeit mit dem Bezirksamt“ zum Erfolg geführt. Schon 2023 habe er mehrere Male vergeblich versucht, Herrmann in der Sache zu erreichen. „Sie hatte kein Interesse, mit mir ein Gespräch zu führen.“ Dazu erklärte die Sprecherin: „Es gab im Vorjahr E-Mailkontakt zwischen dem Büro der Bezirksbürgermeisterin und dem Myfest e.V.“

Innensenatorin Spranger – die Sozialdemokratin liegt mit Herrmann schon wegen der geplanten Einzäunung des Görlitzer Parks im Clinch, die die Grünen ablehnen – kritisierte das Verhalten des Bezirks. „Ich bin darüber hoch verärgert“, sagte sie kürzlich im Innenausschuss des Landesparlaments. Das Myfest sei über viele Jahre ein Aushängeschild des friedlichen, vielfältigen und toleranten Miteinanders in Berlin gewesen und habe „der Gewalt buchstäblich keinen Platz geboten“.

In einem Brief an Herrmann verwies die Sozialdemokratin nach WELT-Informationen darauf, dass im Haushalt des Bezirks 265.000 Euro für die „Planung und Durchführung diverser kultureller Veranstaltungen im Rahmen eines Deeskalationsprogrammes zum 1. Mai“ bereitstünden. Mit dem Vorgang vertraute Personen bestätigten einen „Tagesspiegel“-Bericht, wonach Herrmann antwortete: „Stand heute sind die Mittel komplett verplant und werden voraussichtlich verausgabt.“ Der Fokus des Bezirks liege auf dem Bocklerpark und dem Görlitzer Park, „um durch Sauberkeit und Ordnung ein friedliches und entspanntes Umfeld zu schaffen“.

Aber warum stellt sich die Bürgermeisterin überhaupt gegen das Myfest? „Ich habe überhaupt keine Ahnung“, sagte Sönmez. Auch anderswo herrscht Rätselraten über das Motiv. Ulrike von Rekowski, Chefin der CDU-Fraktion im Kommunalparlament Friedrichshain-Kreuzberg, glaubt: „Am meisten stören sich die Grünen daran, dass das Myfest keinen politischen Charakter mehr hat und – aus deren Sicht – eher zu einem Volksfest geworden ist.“ Um das zu kaschieren, nehme man die Anwohner und die Umfrage als Feigenblatt. Bei anderen Veranstaltungen wie dem „Zug der Liebe“, der sich als Protest für mehr Mitgefühl, Nächstenliebe und soziales Engagement versteht, oder dem Christopher Street Day „war es meines Wissens seitens des Bezirksamtes nie Thema, dass der Charakter einer Versammlung nicht ausreichend gegeben sei“. Und auch die verursachten sehr viel Dreck und Lärm.

Der FDP-Abgeordnete Michael Heisel spricht von „einer persönlichen Fehde“ zwischen Herrmann und dem Myfest-Organisationsteam. „Zuletzt wurden Förderzusagen und Genehmigungen immer wieder maximal hinausgezögert, sodass der Betreiber letztlich vor einem unkalkulierbaren Risiko stand.“ Er verstehe die Kritik von Sönmez bestens. Frank Vollmert, Co-Vorsitzender der SPD-Fraktion in Friedrichshain-Kreuzberg, bezeichnete es als „irritierend“, dass die Bürgermeisterin „scheinbar das Myfest ersatzlos und für immer streichen möchte, ohne dieses Vorhaben“ bisher in den parlamentarischen Gremien und damit öffentlich diskutiert zu haben. „Ein merkwürdiges Politikverständnis, aber kein Einzelfall.“

Fest steht: Der Streit, der schon 2023 zum Ausfall des Fests geführt hatte, nachdem die Veranstaltung drei Jahre lang wegen der Corona-Pandemie nicht stattgefunden hatte, wird weitergehen. Sönmez plant für Sommer eine Unterschriftensammlung in der Anwohnerschaft. „Das wird Druck erzeugen. 2025 soll es wieder ein Myfest geben.“ Für dieses Jahr ist es zu spät. Herrmanns Sprecherin verweist auf die anderen geplanten Veranstaltungen in dem Viertel. „Wie bereits in vergangenen Jahren steht der 1. Mai im Görlitzer Park wieder unter dem Motto ‚Ein ganz normaler Tag im Park.‘“ Der „Görlitz“, wie ihn die Berliner nennen, solle „ein Ort der Entspannung für alle Kreuzberg*innen und Gäste sein und in diesem Jahr ganz besonders für Familien. Der Görlitzer Park wird am 1. Mai durch das Parkmanagement intensiv betreut.“



Björn Höcke erklärt sich für unschuldig

Der AfD-Politiker bestreitet vor Gericht, vorsätzlich eine Losung einer nationalsozialistischen Organisation verwendet zu haben

Der Thüringer AfD-Chef Björn Höcke im Landgericht Halle

Am 20. Januar 2018 hielt der damalige und heutige Thüringer AfD-Chef Björn Höcke eine Rede im sachsen-anhaltischen Eisleben. Der AfD-Kreisverband Mansfeld-Südharz hatte den Strippenzieher der völkisch-nationalistischen Parteiströmung eingeladen, um über die „Lage der Nation“ zu sprechen. „Wer die Begriffe prägt, der prägt die Sprache“, sagte Höcke damals. „Wer die Sprache prägt, der prägt das Denken. Wer das Denken prägt, der prägt den politischen Diskurs, und wer den politischen Diskurs prägt, der beherrscht die Politik, egal ob er in der Opposition ist oder in der Regierung.“

VON FREDERIK SCHINDLER
AUS HALLE

Sechs Jahre später steht der Rechtsaußen-Politiker in einem Verhandlungssaal des Landgerichts Halle. Ihm wird vorgeworfen, vorsätzlich eine von zahlreichen Parolen verwendet zu haben, die den politischen Diskurs im Nationalsozialismus prägen: „Alles für Deutschland.“ Es war die Losung der Sturmabteilung (SA), einer militärisch organisierten Schlägerbande der NSDAP. Die Parole war Teil des völkischen Kollektivismus der Nationalsozialisten. Die Interessen und Rechte des Einzelnen wurden damals bedingungslos den Interessen der rassistisch und antisemitisch definierten „Volksgemeinschaft“ untergeordnet.

„Alles für Deutschland“ war Teil einer Wahlkampfreden Höckes im Mai 2021

im sachsen-anhaltischen Merseburg. Eingeladen hatte der Kreisverband von Sachsen-Anhalts AfD-Vizechef Hans-Thomas Tillschneider. Am Dienstag sitzt dieser auf einem der Zuschauerplätze, er ist zur Unterstützung gekommen. Höcke hatte sich mit seinem langjährigen Verbündeten aus dem formal aufgelösten völkisch-nationalistischen Flügel im vergangenen Jahr überworfen. Das Zerwürfnis ist nach WELT-Informationen aber wieder Geschichte, die beiden kurzzeitigen Widersacher sprechen sich wieder ab.

In den ersten eineinhalb Stunden des Verhandlungstags spielt das Gericht ein Videomitschnitt der gesamten Merseburger Wahlkampfveranstaltung ab. Man sieht den Landtagsabgeordneten Daniel Wald, der von „degenerierten Fürsten“ und „abgehobenen Befehlshabern in den Politbüros“ spricht. „Nazis raus“, hört man eine Gruppe von Gegendemonstranten rufen. „Scheißzacken“, ruft ein Teilnehmer der AfD-Versammlung.

Einige Minuten später kommt Höcke auf die Bühne. Der routinierte Redner spricht über eine Verbannung des „volksfeindlichen Ungeists aus Sachsen-Anhalt“, über die Themen Energie- und Mittelstandspolitik und Bevölkerungsrückgang. Über den Nationalsozialismus spricht Höcke nicht. Nicht direkt jedenfalls. Es geht um Strompreise, als Höcke behauptet, dass die etablierte Politik Industrien zerstöre und „nichts anderes“ versuche, als einen „neuen Morgenthau-Plan“ umzusetzen. Der damalige amerikanische Finanzminister

Henry Morgenthau hatte 1944 vorgeschlagen, das Deutsche Reich nach dem Zweiten Weltkrieg in einen völlig entwaflneten Agrarstaat umzuwandeln, um einen erneuten Angriffskrieg Deutschlands zu verhindern. Der Plan wurde wenige Wochen später verworfen, fand aber Eingang in die nationalsozialistische Propaganda und den rechtsextremen Geschichtsrevisionismus nach Ende des Kriegs.

Die Videoaufnahme ist fast zu Ende, als Höcke kurz vor Schluss seiner Rede den Satz sagt, in dem die Staatsanwaltschaft ein strafbares Verwenden von Kennzeichen einer nationalsozialistischen Organisation sieht: „Im Brustton der Überzeugung sage ich: Alles für unsere Heimat. Alles für Sachsen-Anhalt. Alles für Deutschland.“ Wer Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen verbreitet oder öffentlich verwendet, kann mit einer Geldstrafe oder sogar einer Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren bestraft werden, heißt es im Strafgesetzbuch.

Eine Freiheitsstrafe schließt das Gericht allerdings zum aktuellen Zeitpunkt aus. Wenn der Tatvorwurf bestätigt werde, gehe die Kammer davon aus, dass eine Geldstrafe tat- und schuldangemessen sein könnte, sagt der Vorsitzende Richter Jan Stengel am Dienstag. Ein Verlust der Amtsfähigkeit und der Wählbarkeit wäre damit ausgeschlossen. Die Fähigkeit, öffentliche Ämter zu bekleiden und Rechte aus öffentlichen Wahlen zu erlangen, kann ein Gericht nur bei einer Freiheitsstrafe von mindestens sechs Monaten aberkennen.

Dann steht Höcke auf und beginnt mit seiner Einlassung. „Ich empfinde mich als sehr rechtstreuen Bürger“, sagt er. „Ich bin völlig unschuldig, ich habe mir nichts vorzuwerfen.“ Höcke sieht sich nicht nur als unschuldig, sondern auch als Opfer. Hunderte Menschen würden davon leben, „mir auf den Fersen zu sein, mich zu jagen, jeden Satz zu analysieren“, behauptet er. „Ich habe das Gefühl, dass ich auf dem Kieker bin.“ Er habe nicht gewusst, dass der Slogan auch von der SA benutzt worden sei, sagt Höcke dann. Auch als Geschichtslehrer müsse er das nicht wissen. „Die Universalgeschichte der Menschheit ist das weiteste Feld, das wir haben. Der Geschichtslehrer ist kein Universalgelehrter.“

Höcke hält nacheinander mehrere Geschichtsbücher hoch. Mit dem einen sei er als Schüler im Leistungskurs unterrichtet worden, andere habe er als Lehrer verwendet. „Nichts, aber auch gar nichts steht da vom Slogan der SA drin“, sagt Höcke. Vor ihm liegt ein Ordner mit Dokumenten, laut Höcke sind es seine Examenzeugnisse. „Ich habe kein einziges Seminar zum Thema Nationalsozialismus in der Universität belegt“, sagt er. „Das ist nicht untypisch für ein Geschichtsstudium.“ Mit dem Nationalsozialismus habe er „nichts, aber auch gar nichts am Hut“, sagt der AfD-Politiker. „Ich distanziere mich von jeder Art der Diktatur.“

Staatsanwalt Benedikt Bernzen will das nicht gelten lassen. „Mir ist aufgefallen, dass Sie in vielen Reden Vokabeln verwenden, die ich ad hoc mit der NS-Zeit in Verbindung bringe“, sagt er. So hatte Höcke etwa den damaligen SPD-Chef Sigmar Gabriel im März 2016 während einer Rede in Erfurt als „Volksverderber“ bezeichnet. In „Mein Kampf“ bezeichnet Adolf Hitler Juden als „hebräische Volksverderber“. „Haben Sie ‚Mein Kampf‘ gelesen?“, fragt Bernzen. „Nein“, antwortet Höcke.

Oberstaatsanwalt Ulf Lenzner erinnert Höcke zudem an dessen Verwendung des Begriffs „Tat-Elite“, während einer Rede im rechtsextremen Institut für Staatspolitik im November 2015. „Tat-Elite“ war eine der Selbstbezeichnungen der SS. „Sie bedienen sich in auffälliger Weise einer Sprache, die den Schluss zulässt, dass Sie recht detaillierte historische Kenntnisse über das Vokabular im Dritten Reich haben“, sagt Lenzner. „Es sieht nicht nach Zufall aus, dass das passiert.“ Diese Sprache sei „genauso im 19. Jahrhundert zu finden“, rechtfertigt sich Höcke.

Der Ankläger konfrontiert Höcke am Nachmittag schließlich noch mit einigen Sätzen aus dessen im Jahr 2018 erschienenen Gesprächsband „Nie zweimal in denselben Fluss“. Die „Grenze des Sagbaren“ müsse „immer wieder mit kleinen Vorstößen erweitert werden“, sagt der AfD-Politiker darin. „Wir müssen selbstsicher unsere Positionen vertreten, auch in der Sprache, die wir für richtig erachten – ob das den Etablierten nun passt oder nicht.“ Wie das gemeint sei, will der Staatsanwalt zum Ende der Vernehmung wissen. Ein großer Teil der Deutschen erlebe eine „Herrschaft der politischen Korrektheit“ sowie eine Einschränkung der Meinungsfreiheit, antwortet Höcke. „Wir sitzen hier nicht, weil wir irgendeinem gesellschaftlichen Meinungskonsens zum Durchbruch verhelfen wollen, sondern weil wir einen Gesetzesverstoß sehen“, entgegnet Oberstaatsanwalt Lenzner.

Fortgesetzt wird die Verhandlung am 3. Mai. Dann werden der Schluss der Beweisaufnahme und die Plädoyers der Staatsanwaltschaft sowie der Verteidigung erwartet.

Union legt eigenen Plan für Wirtschaftspolitik vor

Antrag hat große Schnittmengen mit FDP-Papier. CDU/CSU ruft Liberale auf, an Umsetzung „mitzuwirken“

Nachdem die FDP-Führung kurz vor ihrem Parteitag ein Zwölf-Punkte-Papier „zur Beschleunigung der Wirtschaftswende“ beschlossen hat, reagiert die Union mit einem eigenen Vorstoß: WELT liegt ein Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vor, das den Titel „Wirtschaftspolitische Orientierungslosigkeit der Bundesregierung beenden – Für eine echte ‚Wirtschaftswende‘“ trägt. Er soll am Freitag in den Bundestag eingebracht werden und enthält große inhaltliche Übereinstimmungen mit einigen Punkten des „Wirtschaftswende“-Papiers der Liberalen.

Die FDP habe vor ihrem Parteitag am kommenden Wochenende „ein ganzes Feuerwerk von Ankündigungen und Forderungen platziert“, schreibt die Union. Vertreter der anderen Ampel-Frakturen hätten diese Forderungen ablehnend kommentiert. Wieder zeige sich, dass die Regierung zerstritten und

nicht handlungsfähig sei. Die Liberalen hätten mehrere Punkte von früheren Unionsforderungen übernommen. Ein kräftiges und konzentriertes Paket zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Deutschland sei nicht zu erwarten. Die Union dagegen habe bereits zuvor klare Vorschläge für ein Sofortprogramm für die Wirtschaft vorgelegt. Am 18. März habe der CDU-Vorstand außerdem ein Konzept für eine neue Grundsicherung vorgestellt. Mehrere der darin benannten Punkte habe die FDP in ihrem Präsidiumsbeschluss vom 8. April nun übernommen. „Jetzt wäre es entscheidend, wenn die FDP jetzt auch tatsächlich mitwirken würde, wenigstens einen Teil dieser Punkte zügig voranzubringen, um unser Land wieder auf Wachstumskurs zu bringen“, so die Union. Wenn es Finanzminister Christian Lindner (FDP) ernst damit wäre, eine „Wirtschaftswende“ herbeizuführen

und nicht nur ein Show-Feuwerk vor ihrem Parteitag abzubrennen, sollte die Ampel-Regierung zügig Entlastungen von Unternehmen und Verbrauchern umsetzen. Sprich: Die Liberalen sollten im Bundestag trotz Koalitionsdisziplin dem Unions-Antrag zustimmen.

„Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, zeitnah echte Entlastungen für Betriebe sowie Bürgerinnen und Bürger umzusetzen, um den Wirtschafts- und Investitionsstandort Deutschland wieder auf Wachstumskurs zu bringen“, heißt es im Papier, das sechs Kernpunkte beinhaltet: Den Solidaritätszuschlag zumindest stufenweise zu streichen; Steuern auf einbehaltene Gewinne auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau von 25 Prozent zu senken; den Grundfreibetrag und den Kinderfreibetrag für das sächliche Existenzminimum in gleichem Maße wie das Bürgergeld anzuheben; Arbeitsan-

reize für Mehrarbeit zu setzen und dafür Steuervorteile für geleistete Überstunden einzuführen; zeitnah die kalte Progression für die Jahre 2025 und 2026 auszugleichen; und die Vermittlungsbeihilfen der Jobcenter in Zeiten des Arbeitskräftemangels zu stärken, stärkere Sanktionen bei verweigerter Arbeitsaufnahme im Bürgergeld einzuführen sowie die Hinzuverdienstregeln im Bürgergeld im Zusammenspiel mit Kinderzuschlag und Wohngeld leistungsgerechter zu gestalten.

Mit inhaltlichen Übereinstimmungen mit dem FDP-Plan sind offensichtlich: Auch dieser fordert etwa die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags, steuerliche Vorteile für Überstunden eine regelmäßige Anpassung des Einkommensteuertarifs und der Freibeträge sowie und eine Reform des Bürgergelds und verschärfte Sanktionen für Job-Verweigerer. JR/DO



Blick von einem Aussichtspunkt im Nationalpark Vulkan Arenal

NACHHALTIGES
LEBEN

Der kleine Wasserfall bahnt sich seinen Weg durch das satte Grün, plätscherndes Wasser und das Gezwitscher der Vögel sorgen für Postkartenambiente. Die Luft ist glasklar. Wohin der Blick auch schweift, Wald, Natur und Wasser.

VON TOBIAS KÄUFER
AUS RIO DE JANEIRO

Das Bio-Reservat Monteverde in Puntarenas in Costa Rica kommt der europäischen Vorstellung eines Paradieses ziemlich nah. Das beeindruckend schöne Stückchen Erde ist eines von unzähligen Beispielen für die bemerkenswerte Transformation, die das mittelamerikanische Land in den letzten Jahrzehnten durchgemacht hat.

Noch in den 1980er-Jahren kamen aus Costa Rica Schlagzeilen wie zuletzt aus dem Amazonas Südamerikas: Das Land zwischen Panama und Nicaragua leistete sich eine der höchsten Abholzungsraten der Welt. Wie Brasilien war auch in Costa Rica gegen Ende des 20. Jahrhunderts die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Nutzflächen die Hauptursache dafür, dass der Waldbestand kontinuierlich zusammenschmolz. Ende der 1980er-Jahre waren in dem Land, dessen Lage und Klima eine besonders reiche Vegetation erlaubt, nur noch 21 Prozent der Landesfläche bewaldet, jedes Jahr gingen rund 51.000 Hektar verloren. In dieser Region war das besonders gravierend, denn Costa Ricas Nebelwälder gelten als außergewöhnlich artenreich und unverzichtbar für die Biodiversität.

Ein knappes halbes Jahrhundert später begrüßt das wiederaufgeforstete Land Reisende aus aller Welt mit einem beachtlichen Ökotourismusangebot zwischen Meeresschutzgebieten und Nebelwäldern. Costa Rica beweist damit, dass abgeholzte Wälder nicht unwiederbringlich verloren sind – und Umweltschutz statt Zerstörung eine nachhaltige Quelle für Wohlstand sein kann. Auch deshalb

lohnt sich für EU-Länder der Blick nach Costa Rica, denn die Zahl der gerodeten Waldflächen in Europa nimmt seit Jahren stark zu. Dass man sich in Brüssel auf ein Verbot für den Import von verschiedenen Waren und Rohstoffen aus Entwaldungsgebieten geeinigt hat, ändert wenig an den heimischen Problemen vieler Länder. So sind etwa die Wälder des EU-Mitglieds Rumänien massiv von illegaler Abholzung betroffen. Costa Ricas Erfolg macht aber auch Hoffnung für andere Regionen auf der Welt.

„Die Schaffung von Nationalparks und die Entwicklung von Anreizen haben einen Prozess der Umkehrung der Entwaldung eingeleitet“, erklärt Gilmar Navarrete, Direktor des Nationalen Finanzierungsfonds für die Forstwirtschaft (Fonafifo) dem Portal „Diario Financiero“. Um aus Costa Rica wieder ein Land der Wälder zu machen, wurde eine Zwei-Stufen-Strategie angewandt: In einem ersten Schritt investierte die Regierung in die Einrichtung von Nationalparks. Das schützte zunächst ausgesuchte Regionen, zur Wiederaufforstung gerodeter Flächen war es dennoch ein weiter Weg. Immerhin aber setzte ein Umdenken ein. So wie früher konnte es nicht weitergehen, wa-

ren sich Gesellschaft und Politik einig. „Der zweite wichtige Meilenstein war die Finanzierungsquelle. Diese basiert auf dem Verursacherkriterium“, erklärt Gilmar Navarrete. Anders ausgedrückt: „Wer verschmutzt und zerstört, der muss bezahlen.“ Ein Paradigmenwechsel, der sich nun auszahlt.

Der nächste entscheidende Schritt war die Reform des Geschäftsmodells hinter der Landnutzung. Statt flächenintensiver Landwirtschaft sorgte die Politik Ende der 1990er mit einem neuen Forstgesetz für alternative wirtschaftliche Anreize. Finanziert wurde die Reform über die Benzinsteuer.

Besitzer von landwirtschaftlichen Finca bekamen für wiederaufgeforstete Flächen pro Hektar jährlich 60 US-Dollar ausbezahlt, als eine Art Gegenleistung, weil sie Umweltleistungen wie Wasser und Biodiversität bereitstellten. Heute schützt allein dieses Programm 276.000 Hektar im Land, was annähernd die Fläche Hessens gleichkommt. Zudem bestrafen strenge Gesetze seitdem die missbräuchliche Nutzung von Landflächen. Gewissermaßen ist es ein Konzept von Zuckerbrot und Peitsche, mit dem Costa Ricas Regierung Landeigen-

tümer in seine Nachhaltigkeits-Strategie einbindet.

Die 60 US-Dollar pro Hektar waren aber nur ein Türöffner, denn das Land veränderte sein Nutzungskonzept für Land grundlegend. Während der Ökotourismus stetig anstieg und damit neue Einnahmen ins Land kamen, ging die landwirtschaftliche Nutzung gleichzeitig deutlich zurück. Beanspruchte die Agrar-Industrie 1982 noch 25 Prozent der Landfläche, waren es 2019 nur noch 4,2 Prozent. Aus Agrar-Industriellen wurden häufig Ökotourismusanbieter. Zwischen 1990 und 2019 verdreifachte sich die Zahl der Besucher in Naturschutzgebieten von 500.000 auf 1,7 Millionen, Tendenz weiter steigend. (Öko-)Tourismus ist längst ein wichtiger Baustein des nationalen Wirtschaftskonzepts und machte zuletzt acht Prozent des Brutto-Sozialprodukts aus. Bis 2027 sollen weitere rund fünf Milliarden US-Dollar in die Branche fließen. Für das bevölkerungsmäßig kleine Land eine beachtliche Anstrengung. Costa Rica will eine Art Vorreiter werden und zeigen, dass sich Tourismus und Nachhaltigkeit nicht ausschließen. Heute gelten zwei Drittel des Landes wieder als bewaldet.

KEHRTWENDE IM KAMPF GEGEN DAS WALDSTERBEN

Costa Rica verzeichnete einst eine der höchsten Abholzungsraten weltweit. Dann kam ein Paradigmenwechsel, von dem nicht nur die grüne Lunge, sondern auch die Wirtschaft des Landes profitierte

Doch auch Costa Rica ist mit Herausforderungen konfrontiert. Die Coronapandemie ließ die Tourismus-Industrie vorübergehend zusammenbrechen. Hinzu kommt: Die auf erneuerbaren Energien basierende Versorgung ist durch Wetterphänomene angreifbar. Der starke Rückgang der Niederschläge im vergangenen Jahr sowie eine ungewöhnliche Veränderung der Winde zwangen das Land dazu, zunehmend Strom auf Basis fossiler Brennstoffe zu produzieren und diese für den Betrieb von Wärmekraftwerken zu importieren. Inzwischen erwägt Präsident Rodrigo Chaves sogar einen Wiedereinstieg in die Erdöl- und Erdgasexploration, auch wenn ihm dabei heftiger Gegenwind entgegen schlägt. Der Kongress des Landes fürchtet um das über Jahre aufgebaute grüne Image Costa Ricas.

Mit seinem Vorstoß hat Chaves unfreiwillig auch den Blick auf die Finanzierung des ökologischen Kurses gelenkt. Bislang kommt das Geld dafür aus von internationale Organisationen wie dem UN-Entwicklungsprogramm. Anfang Februar berichtete Umweltminister Franz Tattenbach, dass seine Behörde weitere 3,59 Millionen US-Dollar für die erfolgreichen Resultate der Umweltstrategie erhalten hat. Insgesamt profitierte Costa Rica seit 2014 von internationalen Zuwendungen im Umfang von rund 40,8 Millionen Dollar.

Die Weltbank bewilligte zudem 60 Millionen US-Dollar als Anerkennung dafür, dass Entwaldung und Waldschädigung rückgängig gemacht wurden. Doch das alles wird nicht reichen, um die Kosten für den Umbau und Erhalt weiter zu decken.

Nun ist eine Debatte über eine Art Umweltsteuer entbrannt. Ein Indiz dafür, das Touristen bereit sein könnten, eine solche Steuer zu akzeptieren, leiten Befürworter davon ab, dass ein freiwilliges Programm zum Ausgleich von Urlaubsemissionen rund 600.000 US-Dollar einbrachte. Ein Paradies gibt es nun einmal nicht kostenlos.

London bereitet Abschiebungen nach Ruanda vor

Rückführungen sollen noch diese Woche beginnen

Großbritannien wird in den nächsten Tagen damit beginnen, irregulär eingereiste Migranten in Abschiebehaft zu nehmen, um sie anschließend nach Ruanda abzuschieben. In der Nacht zum Dienstag billigte das britische Oberhaus den Plan der Regierung, der Abschiebungen in das ostafrikanische Land unabhängig von der Herkunft der Migranten vorsieht. Der Schritt löste bei der Opposition, Menschenrechtsgruppen sowie bei den Vereinten Nationen und dem Europarat heftige Kritik aus.

Premierminister Rishi Sunak hatte schon vor der Abstimmung angekündigt, die Abschiebeflüge von Asylbewerbern in das ostafrikanische Land würden „in zehn bis zwölf Wochen“ beginnen. Bereits in dieser Woche sollen die für den ersten Flug ausgewählten Menschen in Abschiebehaft genommen werden. „Wir sind bereit, die Pläne liegen vor und diese Flüge werden auf jeden Fall starten“, erklärte Sunak.

London hatte den Plan vor zwei Jahren angekündigt, das Vorhaben wurde von der Regierung als eine der wichtigsten Maßnahmen im Kampf gegen die illegale Einwanderung bezeichnet. Mitte Januar billigte das britische Unterhaus das Gesetz. Es sieht vor, dass irregulär eingereiste Migranten künftig ohne Prüfung ihres Asylantrags aus Großbritannien nach Ruanda geschickt werden können, unabhängig davon, woher sie kommen.

Die britische Regierung erhofft sich davon eine abschreckende Wirkung auf Migranten. Die entsprechende Vereinbarung wurde zuvor mit der Regierung in Kigali beschlossen. Die Opposition kritisiert das Vorhaben ebenso wie Menschenrechtsaktivisten. Doch auch unter den Konservativen von Premierminister Sunak ist das Abkommen umstritten. Hardliner innerhalb der Tory-Partei des Premierministers geht der Plan der Regierung nicht weit genug, liberale Tories wiederum befürchten, Großbritannien könne gegen internationale Recht verstoßen.

Der UN-Menschenrechtsbeauftragte Volker Türk erklärte, das Vorhaben bedrohe die Rechtsstaatlichkeit und stelle „weltweit einen gefährlichen Präzedenzfall“ dar. Der Menschenrechtskommissar des Europarats, Michael O’Flaherty, kritisierte, dass das Gesetz die Umsetzung einer Politik der Abschiebung von Menschen nach Ruanda ermöglichen würde, ohne dass die Behörden ihre Asylanträge vorher geprüft haben.

Das Oberhaus, in dem keine Partei eine Mehrheit hat, hatte die Verabschiedung des Vorhabens verzögert, indem es den Plan wiederholt mit Änderungen an das Unterhaus zurückschickte. Das Gesetz muss noch von Staatsoberhaupt König Charles III. unterzeichnet werden. Dieser hatte den Plan wiederholt als „fürchterlich“ bezeichnet.

Der britische Plan sieht die Zahlung erheblicher Beträge an Ruanda im Gegenzug für die Aufnahme von Migranten vor. Ruanda zeigte sich „zufrieden“ über die Entscheidung in London. Die Behörden des Landes freuten sich darauf, „die nach Ruanda umgesiedelten Menschen willkommen zu heißen“, erklärte Regierungssprecherin Yolande Makolo.

Das Vorhaben wurde von Beginn an juristisch angefochten. Ein für Juni 2022 geplanter Flug mit Migranten nach Ruanda wurde nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte kurzfristig gestrichen. Mit dem nun debattierten Text sollte auf den Obersten Gerichtshof in London reagiert werden, der das ursprüngliche Vorhaben im November für illegal erklärt hatte. Der Text definiert Ruanda als sicheres Drittland. Zwar präsentiert sich das ostafrikanische Land mit 13 Millionen Einwohnern als einer der stabilsten Staaten Afrikas. Präsident Paul Kagame wird jedoch vorgeworfen, in einem Klima der Angst zu regieren, indem er unter anderem die Meinungsfreiheit unterdrückt.

Sunaks Regierung steht unter wachsendem Druck, die hohe Zahl an Asylsuchenden zu reduzieren, die von Nordfrankreich über den Ärmelkanal mit kleinen Booten kommen. Die Pläne des Premierministers könnten noch durch rechtliche Schritte aufgehalten werden. UN-Rechtsexperten haben darauf hingewiesen, dass Fluggesellschaften und Luftfahrtbehörden gegen internationale Menschenrechte verstoßen könnten, wenn sie sich an den Abschiebungen beteiligen.

Wie tief ist die UNRWA von der Hamas unterwandert?

Kommission zur Arbeit des Palästinenserhilfswerks legt Bericht vor. Kritiker monieren Besetzung und Vorgehensweise des Gremiums

Das palästinensische Flüchtlingshilfswerk UNRWA hat eine Reihe von Problemen, die politische Neutralität seiner Mitarbeiter sicherzustellen, ist aber weiter von zentraler Bedeutung und unerlässlich für die Wohlfahrt der Palästinenser. Das ist die Quintessenz eines am Montag veröffentlichten Untersuchungsberichts, den UN-Generalsekretär Antonio Guterres in Auftrag gegeben hatte. Israel hatte zwölf UNRWA-Mitglieder beschuldigt, am Massaker vom 7. Oktober an jüdischen Zivilisten teilgenommen zu haben.

VON CLEMENS WERGIN

Das „Wall Street Journal“ hatte zudem in Bezug auf israelische Geheimdienstquellen berichtet, dass 1200 UNRWA-Angestellte den Terrororganisationen Hamas oder Islamischem Dschihad angehören. Mehrere Geberländer hatten daraufhin die Zahlungen an die UN-Hilfsorganisation eingestellt.

Kritiker hatten der Kommission im Vorfeld vorgeworfen, einseitig besetzt und nur eingesetzt worden zu sein, um

die von der Hamas unterwanderte Organisation weißzuwaschen. So hatte die Kommissionsvorsitzende, die Französin Catherine Colonna, am 13. Januar – damals noch als Außenministerin ihres Landes – den UNRWA-Chef Philippe Lazzarini getroffen und ihm „die volle Unterstützung für Ihre Arbeit“ zugesichert, die „nützlicher sei als je“.

Besonders einseitig positioniert sind einige der an der Kommission beteiligten Nichtregierungsorganisationen. Das Chr. Michelsen Institute (CMI) in Norwegen beispielsweise ist für seine antiisraelischen Positionen bekannt. Es hatte die Anschuldigungen der Nichtregierungsorganisation UN Watch, die die Israel-Feindlichkeit der UN-Institutionen aufdeckt, schon vor der Zusammenstellung der Kommission als „haltlos“ bezeichnet. Die am Bericht beteiligte UNRWA-Expertin des CMI hatte stets die Terrorkontakte der UNRWA gelehrt und in der Vergangenheit selbst für die umstrittene Organisation gearbeitet. Ein anderer am Bericht beteiligte CMI-Forscher hatte Israel Genozid und ethnische Säuberungen in Gaza vorgeworfen.

Israel-Kritiker hingegen sehen sich in ihrer Skepsis hinsichtlich der israelischen Anschuldigungen bestätigt. So heißt es in dem Bericht, Israel habe seit 2011 Listen der UNRWA-Angestellten übermittelt bekommen, habe aber nie Probleme mit einzelnen Personalien angemeldet. Und auch die jüngsten Anschuldigungen seien nicht belegt worden. „Israel hat öffentliche Anschuldigungen gemacht, wonach eine signifikante Anzahl von UNRWA-Angestellten Mitglieder von Terrororganisationen sind“, so die Autoren. „Israel muss dafür aber noch stets unterstützende Beweise vorlegen.“

Das Problem ist nur: Die Kommission beschäftigte sich tatsächlich gar nicht damit, tiefgehend die Infiltration der UNRWA durch die Hamas aufzuarbeiten, für die es viele Belege gibt. Die Leiterin der Untersuchungskommission, die ehemalige französische Außenministerin Catherine Colonna, stellte am Montag klar, dass die israelischen Anschuldigungen gar nicht Teil der Untersuchung waren. „Das ist eine separate Mission und es ist nicht Teil unseres Mandats“, sagte Colonna. Dafür gibt es

eine separate interne Untersuchung der UN. Das ist die Crux der Untersuchung, die die Vergangenheit und Gegenwart nicht aufarbeitet, sondern eine „Überprüfung von Mechanismen und Prozeduren“ sein will, um „sicherzustellen, dass die UNRWA sich an das humanitäre Prinzip der Neutralität hält“. Und so bürokratisch und prozessfixiert liest sich das Ganze denn auch.

Scharfe Kritik daran kommt von UN Watch. „Das ist eine komplette Weißwäscher, die hunderte von Seiten und

”

DAS IST EINE SEPARATE MISSION UND NICHT TEIL UNSERES MANDATS

CATHERINE COLONNA,
Kommissionsvorsitzende

tausende von Screenshots und Videos ignoriert, die wir der Kommission geschickt haben, und die Beweise beinhalten über die unter UNRWA-Angestellten weit verbreitete Unterstützung von Terrorismus und die systematische Weigerung der UNRWA, das zu stoppen“, sagt UN-Watch-Chef Hillel Neuer. Tatsächlich hatte die Kommission in einem Aufruf zur Einsendung von Beiträgen seltsame Regeln aufgestellt, was sie als Informationen akzeptieren würde. So wurden solche ausgeschlossen, „die exklusiv basieren auf Berichten, die von Massenmedien verbreitet werden“. Dazu dürfte dann wohl auch die Auswertung von Telegram- und Facebook-Posts durch UN Watch zählen, die seit 2015 180 Terrorsympathisanten unter UNRWA-Angestellten identifizieren konnten. Ein anderes Ausschlusskriterium war noch seltsamer. So weigerte sich die Kommission, Informationen anzunehmen, „die individuelle Fälle schildern“. Man fragt sich, wie Israel denn die Beteiligung von UNRWA-Mitgliedern am Massaker vom 7. Oktober hätte beweisen sollen, ohne jeden einzelnen Fall konkret zu belegen.

Russland kündigt verstärkten Beschuss an

Moskau zielt auf westliche Waffen in der Ukraine ab

Nach der Ankündigung der neuen US-Militärhilfe für die Ukraine hat Russland einen noch stärkeren Beschuss des von ihm seit mehr als zwei Jahren angegriffenen Nachbarlandes angekündigt. „Wir werden die Intensität der Schläge gegen logistische Zentren und Lager westlicher Waffen erhöhen“, sagte Russlands Verteidigungsminister Sergej Schoigu bei einer Besprechung hochrangiger Militärs am Dienstag.

Westliche Militärexperten hatten seit Tagen davor gewarnt, dass Russland das Zeitfenster bis zum Eintreffen der neuen Waffen und Munition für die Ukraine für eine Intensivierung seiner Angriffe nutzen könnte. Nach dem US-Repräsentantenhaus muss noch der Senat in Washington über das Hilfspaket von 61 Milliarden US-Dollar (rund 57 Milliarden Euro) abstimmen. Danach will US-Präsident Joe Biden es freigeben.

Obwohl Moskau bei seinem Beschuss häufig Objekte der zivilen Infrastruktur zerstört, behauptet die russische Militärführung, nur militärische Ziele zu bekämpfen. Vor allem Energieanlagen in der Ukraine hatten die russischen Streitkräfte bombardiert. Nach Angaben Schoigus hat die russische Armee an der Front die Zügel fest in ihrer Hand. Die ukrainischen Soldaten würden aus ihren Positionen zurückgedrängt, sagte er. Die Gegenoffensive Kiews sei gescheitert. „Seit Beginn der militärischen Spezialoperation belaufen sich die Verluste der ukrainischen Streitkräfte auf fast eine halbe Million Soldaten“, sagte Schoigu. Dagegen hatte der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj Ende Februar die Zahl der eigenen Gefallenen mit 31.000 angegeben. Westliche Militärexperten schätzen die Verluste – Gefallene und Schwerverwundete – auf beiden Seiten auf mehr als jeweils 100.000.

Bei den jüngsten russischen Luftangriffen auf die südukrainische Hafengaststadt Odessa sind nach ukrainischen Behördenangaben neun Menschen verletzt worden, darunter vier Kinder. Der Drohnenangriff in der Nacht zum Dienstag habe zudem Wohnhäuser beschädigt und einen Brand ausgelöst, teilte der ukrainische Notfalldienst im Onlinekanal Telegram mit. Darüber hinaus wurde nach Angaben der Behörden ein Mensch in der angrenzenden Region Mykolajiw durch herabfallende Trümmer einer abgeschossenen Drohne verletzt. Die ukrainische Armee teilte ihrerseits mit, in der vergangenen Nacht 15 von insgesamt 16 russischen Drohnenangriffen auf die Ukraine abgewehrt zu haben. Neben Odessa und Mykolajiw stand demnach auch die Hauptstadt Kiew unter Beschuss. Bei den Drohnen soll es sich um Schahed-Drohnen aus iranischer Produktion gehandelt haben. Die Ukraine wird aktuell fast jede Nacht angegriffen, die Schwarzmeerregion ist dabei besonders oft im Visier russischer Truppen.

dpa, AFP



Die Ukraine braucht Waffen aus dem Westen für die Verteidigung gegen die russischen Invasoren

Die mächtigen Ukraine-Lobbyisten

Diesmal wurde Andrzej Duda nicht im Weißen Haus in Washington von seinem Amtskollegen Joe Biden empfangen. Der polnische Präsident wurde im Trump Tower in Manhattan vom ehemaligen US-Präsidenten Donald Trump begrüßt. „Wir hatten vier großartige Jahre zusammen“, sagte Duda in der Lobby des Gebäudes, in dem sich Trumps New Yorker Wohnsitz befindet. „Er ist mein Freund“, meinte daraufhin Trump über Duda, der seit 2015 polnischer Präsident ist.

VON STEFANIE BOLZEN UND PHILIPP FRITZ
AUS WASHINGTON UND WARSCHAU

Die beiden Männer sollen sich über eine weitere militärische Unterstützung für die Ukraine und eine Erhöhung der Ausgaben der Nato-Staaten für Verteidigung unterhalten haben. Duda forderte erstmals im März während eines Besuchs in Washington öffentlich, das Bündnisziel für alle Mitglieder von zwei auf drei Prozent zu erhöhen.

Es ist etwas, das Trump gefallen haben dürfte. Der geißelte die Europäer schon während seiner Regierungszeit ab 2017 regelmäßig und lautstark wegen zu niedriger Ausgaben – vor allem Deutschland, das aktuell lediglich aufgrund des sogenannten Sondervermögens für die Bundeswehr in Höhe von

hundert Milliarden Euro das Zwei-Prozent-Ziel einhalten kann. Polen gibt mehr als vier Prozent seiner Wirtschaftsleistung für die Armee aus und ist damit der Spitzenreiter in der Nato.

Kurz nach der Begegnung von Trump und Duda stimmte das US-Repräsentantenhaus nach einer monatelangen Blockade durch die Republikaner Militärhilfen für die Ukraine im Wert von 61 Milliarden Dollar (rund 57 Milliarden Euro) zu. Viel ist seitdem über die Gründe für den Sinneswandel eines Teils der republikanischen Partei spekuliert worden. War es ein Treffen des Sprechers des Repräsentantenhauses Mike Johnson mit ukrainischen Christen? Waren es inneramerikanische Dynamiken oder parteipolitische Erwägungen? Vielleicht war es die Einsicht, dass mit einer Niederlage der Ukraine auch amerikanische Interessen gefährdet wären?

Vielleicht aber war es auch die Überzeugungsarbeit von Polens Präsident Duda? Der ist immerhin ein alter Freund des wahrscheinlichen republikanischen Präsidentschaftskandidaten Trump. Von einem „gesamteuropäischen Einsatz“ hingegen spricht gegenüber WELT ein hoher EU-Diplomat. „Natürlich sah es zwischenzeitlich so aus, als liefen wir gegen eine Wand. Aber dann hat sich die Wand doch bewegt“, so der Diplomat weiter.

Warschauer Diplomaten sollen in den USA bei der Einigung auf milliardenschwere Hilfen für Kiew eine wichtige Rolle gespielt haben

Denkbar ist, dass all diese Dinge eine Rolle gespielt haben. Was indes wenig bekannt ist: Polen hat in den vergangenen Wochen eine diplomatische Offensive in Washington gestartet, um dafür zu sorgen, dass die Ukraine doch noch die dringend benötigte Militärhilfe erhält. Polnische Politikberater, Diplomaten und Politiker wie zum Beispiel der Vorsitzende des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten im polnischen Parlament, Pawel Kowal, tummelten sich zuletzt verstärkt in den USA.

Einige Wochen vor Dudas Visite bei Trump, vor der Präsident zusammen mit Premierminister Donald Tusk im Weißen Haus. Dass Staats- und Regierungschef zusammen empfangen werden, ist ungewöhnlich, dazu auch noch

diese beiden. Denn Duda und Tusk entstammen unterschiedlichen politischen Lagern, die sich eigentlich spinnfeind sind. „Auch wenn Präsident Andrzej Duda und ich in fast allen politischen Fragen unterschiedlicher Meinung sind, müssen und werden wir bei der Sicherheit unseres Heimatlandes gemeinsam handeln“, schrieb Tusk nach dem Treffen mit Biden auf „X“. Die Aussage zeigt, dass aus polnischer Sicht die eigene Sicherheit direkt von der Ukraine abhängt. Als Frontstaat an der Ostflanke der Nato, als militärisches Schwergewicht und Drehkreuz für westliche Waffenlieferungen in die Ukraine ist Polen zu einem der zentralen Mitglieder des Bündnisses avanciert. Auch der Besuch von Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg und Rishi Sunak am Dienstag in Warschau zeugt davon.

In Polen hat der britische Regierungschef ein 500 Millionen Pfund (knapp 580 Millionen Euro) schweres Hilfspaket für die Ukraine angekündigt. In einer Stellungnahme der britischen Regierung hieß es zuvor, dass Sunak Premierminister Tusk anbieten möchte, britische Jets vom Typ Eurofighter Typhoon nach Polen zu verlegen. Nach seinem Polenbesuch reist Sunak weiter zu Kanzler Olaf Scholz nach Berlin. Traditionell enge Beziehung unterhält Polen jedoch in die USA. „Als Land an der Ostflanke der Nato sind wir dazu ver-

dammt, uns um gute Beziehungen zu Washington zu bemühen – und zwar in beide Richtungen. Die USA sind für uns das einzige Land, das ein glaubhafter Sicherheitsgarant ist“, sagt im Interview mit WELT Marek Swierczynski, Experte für Sicherheitspolitik von der Denkfabrik Polityka Insight.

Tatsächlich verfügt Warschau über ein gewisses Instrumentarium, über das andere europäische Staaten nicht verfügen, um Einfluss in Washington auszuüben. „Dass Polen so viel Geld für Verteidigung ausgibt, wird in Washington natürlich wahrgenommen“, sagt Experte Swierczynski. Polen übererfüllt seit Jahren das Zwei-Prozent-Ziel, wofür die polnische Regierung schon von Trump gelobt wurde.

Bei dem wichtigsten sicherheitspolitischen Partner erzeugt das Vertrauen über Parteigrenzen hinweg. Hinzu kommt, dass Polen beim Thema Rüstung deutlich stärker als andere europäische Nato-Mitglieder auf US-Produkte setzt. So schafft das Land aktuell etwa den Tarnkappen-Jet F-35 an, Apache-Hubschrauber, Hunderte von Abrams-Kampfpanzern und vieles mehr. Polen erhalte mittlerweile günstige Kredite aus den USA für seine Rüstungsanschaffungen, erklärt Swierczynski. „Das zeigt, wie wichtig sie für die US-Industrie sind. Sie sichern Arbeitsplätze und spülen Geld in die Kassen. Das erzeugt eine gegenseitige Abhängigkeit“, so der Experte weiter.

Darüber hinaus leben acht bis zehn Millionen Polen oder Menschen polnischer Abstammung in den USA. Viele von ihnen fühlen sich ihrer Heimat weiterhin verbunden und machen auch ihre Wahlentscheidung davon abhängig, ob ein Kandidat die Sicherheitsinteressen Polens berücksichtigt. Trump umschmeichelte schon während seines Wahlkampfes 2017 die polnische Diaspora, die sogenannte Polonia. Auch demokratische Politiker finden häufig warme Worte für die „Polish Americans“. Ein Grund: Polen leben neben New York vor allem in den „swing states“ im Mittleren Westen, in denen bisweilen einige Tausend Stimmen ausreichen, um einen Staat in der Präsidentschaftswahl zu gewinnen. Daran könnte Duda Trump in New York erinnern haben.

Zu Details des Gesprächs aber schweigt die polnische Seite. Das Treffen zwischen Duda und Trump mithin ist ein Signal an die übrigen Europäer, dass die polnische Politik im Fall eines Wahlsiegs Trumps als Türöffner ins republikanische Establishment fungieren kann – unabhängig davon, wie groß der Anteil Polens an der Freigabe des Ukraine-Pakets nun tatsächlich war. „Wir können und müssen mehr tun, etwa für die Luftverteidigung der Ukraine. Der US-Kongress fordert die Lieferung von Langstreckenraketen. Bleibt der Kanzler trotzdem bei seiner Weigerung, Taurus zu liefern?“, so Norbert Röttgen (CDU) im Gespräch mit WELT.

Röttgen war gerade erst in einer Delegation des „Weimarer Dreiecks“ auch mit polnischen Kollegen in Washington. „Der große finanzielle Einsatz der EU-Staaten hat den proukrainischen Kräften unter den Republikanern den Gewinn des Votums einfacher gemacht – durch die Botschaft, dass sich in Europa und in Deutschland etwas verändert. Dass wir viel Geld in die Hand nehmen, ist von großer Bedeutung für diese Koalition der Willigen. Das schafft Verbindung.“

Steinmeiers Härtetest in Ankara

Der Bundespräsident besucht die Türkei und trifft dort auch auf Staatspräsident Erdogan. Die Vorzeichen für das Zusammentreffen sind denkbar schlecht

Wie sollte das deutsche Staatspräsidenten einem Gesprächspartner gegenüberstehen, der die Terrororganisation Hamas als „Freiheitskämpfer“ bezeichnet und wenige Tage zuvor noch den Auslandschef der Hamas, Ismail Haniyya, empfangen hat? Wie diskutiert man mit jemandem, der Israel des Völkermordes bezichtigt, Netanjahu mit Hitler vergleicht und immer wieder Antisemitismus befeuert?

VON JAN PHILIPP BURGARD
AUS ISTANBUL

Selbst für einen Staatsmann mit jahrzehntelanger außenpolitischer Erfahrung sind diese Fragen nicht einfach zu beantworten. Für Frank-Walter Steinmeier dürfte der Besuch beim türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdogan zu einem der heikelsten Termine seiner Amtszeit gehören.

In der Welt der Diplomatie ist nicht nur von Bedeutung, wen man wo trifft, sondern auch wann. Deshalb ist das Timing von Steinmeiers Reise in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert. Zum ersten Mal überhaupt seit seinem Amtsantritt vor sieben Jahren besucht der

Bundespräsident die Türkei. Und sein erster Termin führt ihn nicht, wie allgemein üblich, in die Hauptstadt Ankara, sondern nach Istanbul. Dort trifft der Bundespräsident den Bürgermeister Ekrem Imamoglu von der Oppositionspartei CHP, die Präsident Erdogan bei den Kommunalwahlen kürzlich eine schmerzhaft Niederlage zugefügt hat.

Für das Treffen wurde der historische Istanbuler Bahnhof Sireki ausgewählt. Von hier aus brachen Tausende türkische Auswanderer in Richtung Deutschland auf. Ihre Geschichte will Steinmeier nachzeichnen und ihren Beitrag zum deutschen Wirtschaftswunder würdigen. Doch der Rundgang durch den symbolträchtigen Bahnhof wird von proplästinensischen Demonstranten gestört, die plötzlich an einem gegenüberliegenden Gleis auftauchen. Etwa 50 Menschen brüllen auf Türkisch Parolen wie „Mörder Deutschland“ und „Genozidunterstützer“. Steinmeiers Foto haben sie auf Plakate gedruckt – in ei-

ner Reihe mit Benjamin Netanjahu und Adolf Hitler.

Deutschlands Solidarität mit Israel stößt in Teilen der türkischen Gesellschaft auf Ablehnung. Auffällig ist, dass die Demonstranten trotz der großen Polizeipräsenz überhaupt in die Nähe des deutschen Staatsoberhauptes kommen. Und es überrascht, wie viel Zeit

sich die Sicherheitskräfte lassen, um den Protest aufzulösen. In der Türkei ist man ein wesentlich schnelleres Durchgreifen gewohnt. Mancher in der deutschen Delegation will da nicht an Zufall glauben. Vielleicht habe ja Erdogan ein Empfangskomitee der ganz besonderen Art geschickt, heißt es hinter vorgehaltener Hand.

Die Unterstützung der Hamas durch Erdogan ist offenbar nicht nur symbolischer Natur. Israelische Geheimdienste werfen seiner Regierung vor, die finanzielle Infrastruktur der Terrororganisation in der Türkei zu billigen. „Die Hamas unterhält in der Türkei ein weit verzweigtes und sehr bedeutendes Geschäftsnetz. Die Türkei ist das Finanzzentrum der Hamas. Das Hauptfinanzbüro der Organisation befindet sich in Istanbul und ist für das Finanzgebaren der Hamas verantwortlich, auch in Zusammenarbeit mit dem Iran“, sagt der frühere israelische Geheimdienstoffizier

Uzi Shaya WELT. „Die Türkei fungiert mithilfe von Wechselstuben als wichtiges Transitland für den Austausch von Hamas-Geldern aus dem Iran ins Westjordanland und Gaza. Außerdem besitzen die Hamas und ihre Führer legale Unternehmen, die auf dem türkischen Aktienmarkt tätig sind, unter anderem in den Bereichen Immobilien, Hotels und Tourismus“, so Shaya. Der Gesamtwert dieser so genannten „Hamas-Unternehmen“ in der Türkei belaufe sich auf mehrere hundert Millionen Dollar.

Es wird interessant, ob der Bundespräsident das Thema Terrorfinanzierung bei Erdogan zumindest unter vier Augen ansprechen wird. Öffentlich Kritik am türkischen Präsidenten zu üben, ist ein heikles Unterfangen. Denn es gibt realpolitische Zwänge. Deutschland braucht Erdogan für einen neuen Flüchtlings-Deal, als Partner in der Nato und möglicherweise als Vermittler im Ukraine-Krieg. Obwohl Erdogan seine Verbundenheit mit Kiew erklärt hat, pflegt er weiterhin einen engen Draht nach Moskau und hat geholfen, ein Abkommen auszuhandeln, das es der Ukraine zwischenzeitlich ermöglicht hat, auf dem Seeweg Getreide zu exportieren. Erdogan beherrscht es meisterhaft, Abhängigkeiten zu schaffen und sich dann als geopolitischen Player zu inszenieren.

Der Machiavelli vom Bosphorus könnte als Nächstes versuchen, sich zum Vermittler in den Verhandlungen über die Freilassung der israelischen Geiseln aufzuschwingen. Denn dem Vernehmen nach gerät Katar, das diese Rolle bisher ausgefüllt hat, immer mehr an seine Grenzen. Die Verhandlungen sind massiv ins Stocken geraten. Erdogan mit seinen guten Kontakten zur Hamas-Führung könnte diese Lücke füllen.

Kurzum: Der Westen kann es sich nicht leisten, auf Erdogan zu verzichten. Auch deshalb kommt es auf jedes Wort an, das der Bundespräsident an diesem Mittwoch im Präsidentenpalast von Ankara wählt. Das gilt für das Gespräch hinter verschlossenen Türen und noch viel mehr für die anschließende gemeinsame Pressekonferenz. Der Bundespräsident steht auf der weltpolitischen Bühne vor einem Härtetest. Geht er ihm, trotz aller Abhängigkeiten von Erdogan in dessen Gegenwart den Hamas-Terror klar zu verurteilen?



Bundespräsident Steinmeier am Dönerspieß

DPA/BERND VON JURCZENKA

LEITARTIKEL

Wie Deutschland sich selbst lähmt

Immer noch und scheinbar unzerstörbar ist das überkommene Bild der Deutschen in der Welt geprägt von preußischer Pickelhaube und Panzerkolonnen der Wehrmacht, von einer geradezu fürchterlichen Effizienz, ob in der Wirtschaft oder beim Fußball, genialen Erfindern und einem weltweit einmaligen Organisationstalent, das aus den Trümmern des Zweiten Weltkriegs einen langjährigen Export- und vierfachen Fußballweltmeister geformt hat. Freilich hat der Mythos deutscher Unbesiegbare in den letzten Jahren stark gelitten. Die globale Ehrfurcht vor deutscher Überlegenheit ist dahin. Die Deutschen können keine Großflughäfen und unterirdischen Bahnhöfe mehr bauen, es sei denn mit jahrzehntelanger Verspätung und vielfacher Kostenexplosion. Auch im Verteidigungsbereich gehören wir eher zu den Schlussleuchten des Westens, hätte die Bundeswehr doch im Falle eines russischen Angriffs gerade mal Munition für ein paar Tage, und auf dem Weg zur Front könnte die eine oder andere der 4000 maroden Brücken unter der Last des Leopard 2 zusammenbrechen, während in südwestlicher Richtung kilometerlange Staus kriegsunwilliger Post-Germanen die Straßen verstopfen würden, die in die Toskana und Provence führen, seit jeher hedonistische Fluchtburgen pazifistischer Bundesbürger.

Und dann ist da noch die Angst, jene Angst, die nicht aktiv und selbstbewusst oder, wie Reinhold Messner sagt, durch „Selbstermächtigung“ überwunden wird, sondern in prinzipieller Ängstlichkeit verharrt. Die Älteren erinnern sich noch an das berüchtigte Schlagwort von der „German Angst“, die stets den Untergang vor Augen hat, ob durch Atomraketen oder den Super-GAU, vergiftetes Gemüse oder kosmische Strahlung.

Manche Beobachter vermuten dahinter ein latentes Bestrafungsbedürfnis, das aus dem epochalen, aber nicht eingestandenen (Schuld-)Gefühl kommen könnte, für die monströsen Verbrechen der Nazi-Zeit nicht wirklich angemessen bestraft worden zu sein. So fürchtet man die ungewisse Rache des Schicksals, dem man sich zu fügen hätte. Der russische Diktator hat das längst verstanden und spielt mit dieser psychologischen Unterwerfungsbereitschaft, die vor allem in den ostdeutschen Bundesländern spürbar ist.

Im Augenblick lähmen die Ampel-Republik unzählige Ängste. So hat Bundeskanzler Olaf Scholz offenkundig Angst vor Wladimir Putin, der die Lieferung von Taurus-Raketen gewaltig übelnehmen und Deutschland „in den Krieg hineinziehen“ könnte. Auch gegenüber dem aggressiven iranischen Mullah-Regime war und ist „Deeskalation“ die erste Bürgerpflicht, wenn schon die „feministische Außenpolitik“ beim Raketenbeschuss auf Israel versagt hat.

Junge Menschen draußen im Lande haben ihrerseits Angst vor der Arbeitswelt – nicht wie einst vor Arbeitslosigkeit, sondern davor, den furcht-

Die hiesigen Debatten sind geprägt von Angst, Opportunismus, Unterwerfung. Das liegt am historischen Masochismus der Deutschen, wird aber verstärkt durch die mächtigsten Funktionsträger im Land

REINHARD MOHR



„BLOSS NICHT DRÜBER REDEN!“ IST ZUM MANTRA GEWORDEN

baren Belastungen einer 35-Stunden-Woche nicht gewachsen zu sein. Eine fein austarierte „Work-Life-Balance“ mit Schwerpunkt Life scheint für viele eine Zwischenlösung zu sein. Daneben haben viele junge Leute auch ganz private Bindungsängste, weil tragische Fehlentscheidungen naturgemäß nicht auszuschließen sind. So bleibt vieles in der Schwebe zwischen Mann, Frau, queer, divers, transgender oder sonstig non-binär. Und natürlich haben sie Angst vor einer Zukunft mit Klimakatastrophe, Krieg und dem ewigen Konflikt mit der unübersichtlichen, bedrohlichen Realität, in der man neuerdings auf jedes Wort achten muss.

Die woke Botschaft verbreitet nun auch der Inlandsgeheimdienst, dessen „Schlapphüte“ sich früher lieber in Anonymität hüllten. „Meinungsfreiheit ist kein Freibrief“ dekretierte der oberste deutsche Verfassungsschutz Thomas Haldenwang in der FAZ. Seinen geschassten Vorgänger Hans-Georg Maaßen hat er schon im Visier. Die „verfassungsschutzrechtliche Relevanz von Äußerungen“ hänge nicht davon ab, „ob diese strafbar oder illegal sind“. Diffuse „Anhaltspunkte“ genügen, wenn „diese etwa Ausdruck eines Bestrebens sind, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beseitigen“, zum Beispiel die „Delegitimierung des Staates“ – ein ganz neues Delikt. So wird die neue Ängstlichkeit schon in jungen Jahren geübt – der Hang zu einem Opportunismus, der unangenehme Konfrontationen möglichst schmerzfrei und ohne Blessuren auszuweichen versucht. Die neue „Achtsamkeit“ ist die Zwillingsschwester dieser Ängstlichkeit, denn letztlich besteht die gesamte Wokeness-Bewegung, obwohl kein originäres Produkt „Made in Germany“, aus einer Kultur der Einschüchterung und Angst.

Ironie der Geschichte: „Überwachen und Strafen“ – unter diesem Titel beschrieb der linke französische Philosoph Michel Foucault einst die disziplinierende Technik der subtilen Machtausübung in einer repressiven Gesellschaft. In ihrem Buch „Der neue Kulturkampf“ hat die Frankfurter Ethnologie-Professorin Susanne Schröter die innere Logik dieser „Cancel-Culture“ beschrieben, die als Ideologiekritik begann und in einem ideologischen Fanatismus endete, der keine Andersdenkenden mehr kennt, sondern nur noch Gleichgesinnte und ihre Feinde.

„Sagen, was ist!“ war einst der Schlachtruf von deutschen Revolutionären – und Vorbildern der heutigen Linken – wie Ferdinand Lassalle und Rosa Luxemburg, wobei die Debatte darüber, was denn nun sei und was sein solle, das Wesen von offener Gesellschaft, Freiheit und Demokratie überhaupt erst ausmacht. Doch auch diese gesellschaftliche Debatte ist heutzutage von Angst geprägt. *Bloß nicht drüber reden!* ist zum Mantra in großen Teilen der Medienöffentlichkeit geworden.

Am stärksten wirkt es beim Thema Asyl-, Flüchtlings- und Integrationspolitik. Über die problematischen Folgen der massenhaften Einwanderung hängt immer noch ein Schleier aus Selbsttäuschung und Beschönigung. Darüber legt sich noch der regierungsamliche Phrasennebel vom bunten „Zusammenland“, wo niemand zurückgelassen wird, ein grünes Wirtschaftswunder auf uns wartet und die klimaneutrale Bullerbü-Republik am Horizont all der wunderbaren Windräder schon zu erkennen ist: Die Ampel-Republik als Potemkin'sches Wozzeidorf, das die Sinne seiner Bürger zu täuschen versucht. Dazu braucht es nicht einmal die demnächst durch die Republik ziehenden Rauchschwaden des selbst angebauten Cannabis.

forum@welt.de

KOMMENTAR

Konsequenzen ziehen

JÖRG WIMALASENA



Europa will sich unabhängig machen von autoritären Alleinherrschern, die die Pressefreiheit im eigenen Land unterdrücken und Feldzüge gegen andere Völker führen. Deshalb versuchen Deutschland und die EU die Gas-Abhängigkeit von Russland zu beenden. Stattdessen kauft man nun das Gas (wenn auch in geringeren Mengen) bei einem autoritären Alleinherrscher, der die Meinungsfreiheit unterdrückt und Feldzüge gegen andere Völker führt.

Die Rede ist von Aserbaidschan und dessen Präsidenten Ilham Alijew. Im vergangenen Jahr vertrieb dessen Armee rund 100.000 Armenier aus der umstrittenen Region Bergkarabach. Und was die Regierung in Baku von der Pressefreiheit hält, machte sie am vergangenen Wochenende klar.

Am Flughafen verhafteten Sicherheitskräfte den aserbaidschanischen Journalisten Imran Alijew, der unter anderem als Ortskraft (so genannter „Stringer“) für den deutschen Fernsehsender ZDF arbeitet und über Korruptionsfälle in seinem Heimatland berichtet. Ihm werden Schmuggel und Geldwäsche vorgeworfen – eine häufige Anschuldigung gegen missliebige

Berichterstatter. Dem Reporter drohen mehrere Jahre Haft. Und Alijew (nicht verwandt mit dem Präsidenten) ist längst nicht der einzige Journalist, den das Regime weggesperrt hat.

Das diese Festnahme nur wenige Tage vor dem Besuch von Präsident Alijew bei Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) in Berlin erfolgte, kann nur als zynischer Ausdruck des eigenen Untastbarkeitsgefühls gewertet werden. Denn Aserbaidschan wird vor allem von der EU hofiert, die Gas von Baku kauft. Das Land wurde aber auch von Scholz in Energiefragen als „Partner von wachsender Bedeutung“ bezeichnet.

Sich von Russland zu trennen und dann dem nächsten Regime anzubiedern – das kann man machen, sollte dann aber auf Vorträge über wertegeleitete Außenpolitik verzichten. Das mindeste, das Olaf Scholz bei seinem Treffen mit Alijew am Freitag machen sollte, ist den aserbaidschanischen Präsidenten auf den Fall des verhafteten Journalisten anzusprechen – und ihm auch in Sachen Bergkarabach noch einmal ins Gewissen zu reden. Und EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, die den Gas-Deal mit Aserbaidschan einfädelt, sollte erst recht dafür Verantwortung übernehmen, dass die Regierung in Baku sich mäsigt. Oder aber, sie zieht die Konsequenzen: Kein Gas mehr aus Aserbaidschan!

joerg.wimalasena@welt.de

KOMMENTAR

Wohl bekomm's

ALAN POSENER



Letzte Woche war ich im polnischen Poznan, von wo vor 180 Jahren mein deutschsprechender jüdischer Urgroßvater nach Westen aufbrach, um sein Glück zu machen. Beim Rundgang durch die Stadt fallen einem viele deutsche Markennamen und Ketten auf, von teuren Küchengeräten bis Billigtextilien, noch mehr aber ein anderer deutscher Export: die zahllosen Dönerbuden. In den vergangenen Jahrzehnten sind viele türkischstämmige Menschen aus Deutschland nach Osten aufgebrochen, um ihr Glück zu machen. Sie sind, auch dank der EU, so erfolgreich, dass der wichtigste Lieferbetrieb für deutsche Dönerbuden im polnischen Szczecin – früher Stettin – zu finden ist.

So geht kulturelle Aneignung, das kulturelle Im- und Exportgeschäft, seit Jahrtausenden – und nicht erst, seit eine semitische Prinzessin aus dem heutigen Libanon auf dem Rücken eines notgeilen Stiers nach Kreta kam und Europa gründete. Die Griechen waren stolz auf ihre – meist erfundenen – asiatischen Wurzeln, importierten Architektur und Göttinnen, astronomische und mathematische Kenntnisse aus Ägypten und Mesopotamien.

Jahrhunderte später kehrten die von den Griechen weiterentwickelten Kenntnisse über die Araber und den Hof des deutschen Stauffer-Kaisers Friedrich II. nach Europa zurück.

Wenn also Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier den Berliner Dönerbudenbesitzer Arif Keles bei seinem Staatsbesuch in die Türkei mitnahm, um mit ihm gemeinsam beim Bankett einen Döner zuzubereiten und zu servieren, so hat das schon seine Richtigkeit. Entgegen allen Träumereien der „Identitären“ (deren Sprecher übrigens sein Geld mit dem Vertrieb eines amerikanischen Massenprodukts, des T-Shirts, verdient) und ihrer islamistischen Spiegelbilder gibt es keine klar konturierten kulturellen Identitäten – war die Welt doch immer schon ein Mischmasch einander bekämpfender und befruchtender Produkte.

Dass Steinmeier in Istanbul von Pro-Hamas-Demonstranten empfangen wurde, bezeugt ja den Erfolg eines anderen deutschen Exports, des Antisemitismus damaliger Identitärer, der in den 1920er-Jahren eine Verbindung mit dem Islamismus einging und nun reimportiert wird; und eines westlichen Exports, der Meinungsfreiheit. Darauf also einen „Alman-Döner“, wie die nicht nur an der Warthe, sondern auch am Bosphorus populäre deutsche Weiterentwicklung des Lammfleischgerichts in der Türkei genannt wird. Dazu eine Coke. Wohl bekomm's.

forum@welt.de

GASTKOMMENTAR

Drei Probleme, die die Ampel lösen muss

Die Soziale Marktwirtschaft war seit der Begriffsprägung 1946/47 ein Projekt der Versöhnung. Mit der „irenenischen Formel“ war und ist darin ein Streben nach gesellschaftlichem Ausgleich angelegt. Die Kompromissfindung in Berlin ist aber ein knapper Gut geworden. Und es ist davon auszugehen, dass es in den nächsten Jahren noch knapper wird: Die Koalitionsbildung wird durch immer mehr Akteure im Parlament schwerer. Und doch sind sie in einer pluralistischen Gesellschaft unverzichtbar. Vor allem sind Kompromisse die Voraussetzung von Handlungsfähigkeit. Und die politische Mitte muss zeigen, dass sie handlungsfähig ist – sonst stärkt sie den Rand und untergräbt die Statik der Demokratie. Mit drei Beispielen wollen wir nun aufzeigen, wie die Ampelparteien mit einer gemeinsamen angebotspolitischen Agenda für die nächsten zehn Jahre drei entscheidende Weichen stellen können.

Die größte Bremse für die Wachstumserwartungen hierzulande ist der sich verschärfende Fachkräftemangel. Die SPD muss sich von der Aversion lösen, Bürger im Rentenalter weiterarbeiten zu lassen und Arbeitszeiten für Arbeitswillige zu flexibilisieren. Ohne dabei das Renteneintrittsalter per se zu thematisieren, können für die großen Jahrgänge, welche in den nächsten zehn Jahren in Rente gehen, starke Anreize zum Verbleib am Arbeitsmarkt über das Erreichen des Rentenalters hinaus gesetzt werden. Viele Bürger wollen weiterarbeiten, was sich aber oft steuerlich nicht rechnet. Der Verbleib am Arbeitsmarkt ließe das Produktionspotenzial vom demographischen Wandel ein Stück weit entkoppeln und gäbe dem Einzelnen neue Freiheitsräume, auch um das Problem der Altersarmut zu lindern.

MORITZ SCHULARICK UND STEFAN KOLEV



Die aktuell größte Gefahr für die Freiheit der europäischen Demokratien ist der russische Angriffskrieg in der Ukraine. Die FDP steht vor der harten Frage, ob der Finanzminister angesichts der momentanen Zuspitzung des Krieges und dessen unabsehbaren Länge irgendwann den ukrainischen Partnern erklären will, dass es für die weitere Beschaffung von Waffen und Munition kein Geld mehr gibt. Deutschland und Europa müssen zudem angesichts der Bedrohungslage in den nächsten Jahren massiv in ihre Sicherheit investieren und durch langfristige Abnahmeverträge den Kapazitätsaufbau in der Rüstungsindustrie vorantreiben. Wenn etwas so Außerordentliches passiert, müssen Liberale die Regeln ihrer Ordnungspolitik updaten. Die Kreditfinanzierung dieser enormen fiskalischen Anstrengung ist geboten, denn die ansonsten notwendigen deutlichen Steuererhöhungen oder massiven Ausgabenkürzungen sind in keiner absehbaren Koalition durchsetzbar und auch makroökonomisch zumindest kurzfristig problematisch. Der deutliche Ausbau des Bundeswehr-Sondervermögens ist ein Weg, der einen Kompromiss zwischen Mitte-Links und Mitte-Rechts am wahrscheinlichsten macht.

Einer der wichtigsten Flaschenhälse für die Innovationsdynamik in Deutschland ist die Dysfunktionalität des Wohnungsmarkts und der

Kollaps der Neubautätigkeit. Die Grünen müssen sich gegen die Not-In-My-Backyard-Kultur und das Regulierungsdickicht positionieren, die seit Jahren verhindern, dass sich deutsche Städte flächen- und höhenmäßig verdichten. Wenn hierzulande mehr als die Prozessinnovationen des meist im ländlichen Raum befindlichen Mittelstands entstehen sollen, muss der urbane Raum als Hoffnungsträger für echte Innovationen des digitalen Zeitalters und als Magnet für die erhoffte Zuwanderung von Fachkräften entfesselt werden. Dafür sind Flächen wie das Tempelhofer Feld in Berlin notwendig, deren Nutzung seit Jahren durch kurzfristige NIMBY-Kultur blockiert wird. Die Deckelung von Mieten und die Regulierungsdichte rauben den Städten Dynamik, indem sie ältere Generationen auf Kosten der nachkommenden bevorzugen.

Das hier vorgeschlagene Maßnahmenpaket aus Mobilisierung des Arbeitskräftepotenzials von Rentnern, Investitionen in Sicherheit und einer Dynamisierung der Wohnungsmärkte würde allen Koalitionären schmerzhaftes Kompromiss abringen. Es würde aber gleichzeitig einen starken Impuls für mehr Wachstum, mehr Sicherheit und den dringend benötigten Strukturwandel der deutschen Wirtschaft geben.

■ Stefan Kolev ist Leiter des Ludwig-Erhard-Forums für Wirtschaft und Gesellschaft in Berlin und Professor für Wirtschaftspolitik an der Westfälischen Hochschule Zwickau.

■ Moritz Schularick ist Präsident des Kiel Instituts für Weltwirtschaft und Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Sciences Po (Paris).

LESERBRIEFE

Bevormundung

Zu: „Demokratie VON OBEN HERAB“ vom 18. April

Der Buchtitel „Demokratie und Revolution“ wirkt bereits verstörend, auch wenn die Absicht, sich auf dem heiß umkämpften Markt Geltung zu verschaffen, durchschaubar ist. Demokratie ist ein ständiger Lernprozess und dafür braucht es die freien Bürger mit solider Bildung, die dazu befähigt, sich mit Mut des eigenen Verstandes zu bedienen (Kant), ohne Bevormundung von oben und abseits jedweder Massensuggestion aus allen Richtungen. Das zeitlose Gefühl für Maß und Mitte ist dabei eine wichtige Konstante im konservativen Kern und braucht keine Beschwörung von Außen.

Monika Spiegel, Baden-Baden

Meinungsfreiheit

Zu: „Der Staat muss auch polemische Kritik aushalten“ vom 18. April

Es ist eine durch nichts gerechtfertigte Einschränkung der Meinungsfreiheit der Bürger unseres Landes durch unsere Regierenden, wenn diese mit allen nur möglichen Mitteln, darum bemüht sind, jegliche Kritik an ihrer Tätigkeit im Keim zu unterbinden – und das bei gleichzeitiger Verleumdung und in zunehmenden Maße auch mittels der Verfolgung von Kritikern. Die nun erfolgte Verhängung von Einreiseverboten scheint die neueste Idee unserer Regierenden zu sein – offensichtlich mit dem Ziel, kritische Stimmen zum Schweigen zu bringen. Gelingen wird das aber nicht!

Frank Wunderlich, Thüringen

Ihre Post an: DIE WELT, Brieffach 2410, 10888 Berlin, E-Mail: forum@welt.de

Leserbriefe geben die Meinung unserer Leser wieder, nicht die der Redaktion. Wir freuen uns über jede Zuschrift, müssen uns aber das Recht der Kürzung vorbehalten. Aufgrund der sehr großen Zahl von Leserbriefen, die bei uns eingehen, sind wir leider nicht in der Lage, jede einzelne Zuschrift zu beantworten.

Mehr Geduld, Kommunikation und Feingefühl

Gerade für Frauen könnte eine Ärztin von Vorteil sein

Ältere Frauen, die im Krankenhaus von einer Ärztin statt von einem Arzt behandelt werden, haben bei bestimmten Erkrankungen eine geringere Sterblichkeitsrate. Zu diesem Schluss kommt eine Studie in den „Annals of Internal Medicine“. Ausgewertet hatte man Daten von 700.000 Patientinnen und Patienten ab 65 Jahren, die zwischen 2016 und 2019 ins Krankenhaus kamen; 31,1 Prozent der Frauen und 30,6 Prozent der Männer wurden von Ärztinnen behandelt.

VON ALICE LANZKE

Laut einem Team von Forschern der Universität Tokio, der Harvard-Universität und der Universität von Kalifornien waren die Sterblichkeitsraten innerhalb von 30 Tagen nach der Behandlung bei Frauen, die von Ärztinnen behandelt wurden, etwas niedriger. Insbesondere bei Nervensystemerkrankungen wie Demenz. Zudem mussten Frauen bei Erkrankungen der Nieren und Harnwege seltener ein weiteres Mal in die Klinik, wenn sie von Ärztinnen behandelt worden waren. Insgesamt lag die Sterblichkeitsrate für Patientinnen bei 8,15 Prozent, wenn sie von einer Frau behandelt wurden, gegenüber 8,38 Prozent bei der Behandlung durch einen Mann. Ein Unterschied, der klein, aber klinisch signifikant sei.

Das Studententeam vermutet, dass Ärzte den Schweregrad der Erkrankung bei Frauen vielleicht unterschätzen, was die Behandlung verzögern könnte. Zudem kommunizieren Ärztinnen möglicherweise besser mit ihren Patientinnen, so dass es wahrscheinlicher ist, dass diese wichtige Informationen erhalten, die zu besseren Diagnosen und Behandlungen führen. Und schließlich würden Frauen über bestimmte Themen offener mit Ärztinnen sprechen und sich von diesen auch lieber untersuchen lassen.

Für diese drei Annahmen finden sich laut Ute Seeland, welche an der Universität Magdeburg die bundesweit erste Professur für Geschlechtersensible Medizin und Prävention mit Hochschulambulanz hat, in der Literatur durchaus Hinweise. Sie hält die in der Arbeit beobachteten Effekte zwar für gering, die diskutierten Gründe für die Unterschiede aber für grundsätzlich möglich. Ein Problem in diesem Kontext ist, dass in Studien zu Krankheiten und Medikamenten Frauen oft unterrepräsentiert sind. Aufgrund dieser Lücke war etwa lange Zeit nicht bekannt, dass sich ein Herzinfarkt bei Frauen anders zeigen kann als bei Männern. „Und der Herzinfarkt ist nur eine Erkrankung, bei der wir diese Unterschiede sehen“, sagt Seeland. So erklären sich wohl auch die Unterschiede bei Nervensystemerkrankungen: „Demenz kommt bei Frauen häufiger vor als bei Männern – mit diesem Wissen könnten Ärztinnen derartige Erkrankungen bei ihren Patientinnen möglicherweise ernster nehmen.“ Da eine längere Lebenserwartung von

”

WICHTIG ZU WISSEN:
WIE SICH
ERKRANKUNGEN
JEWEILS ZEIGEN

UTE SEELAND
Universität Magdeburg

Frauen im Vergleich zu Männern dann eine längere Leidenszeit bedeuten würden. Noch dazu brauche die Behandlung von Demenzerkrankten Zeit – und Geduld: Eine Eigenschaft, die stereotyp Frauen zugeschrieben werde. Einer Leipziger Studie von 2014 zufolge sprechen Ärztinnen anders mit Patientinnen und Patienten als männliche Kollegen: Die befragten Krebskranken waren zufriedener, wenn die Kommunikation gut ist, was Ärztinnen offenbar besser gelang.

Warum Frauen von der Behandlung durch Ärztinnen konkret profitierten, könne durch das Studiendesign indes nicht beantwortet werden, meint Seeland. Auch nicht, ob Frauen von der Behandlung durch Ärztinnen profitierten, oder ob andere Faktoren eine Rolle spielten. Sie schließt sich der Forderung des Studententeams nach mehr Forschung in diesem Bereich an.

DPA



NASA/JOHNS HOPKINS UNIVERSITY APPLIED PHYSICS LABORATORY/SOUTHWEST RESEARCH INSTITUTE/REARBITUN/WELT

Das weiße Herz des Eiszwerger

Im Juli 2015 flog die US-amerikanische Raumsonde „New Horizons“ nach über neunjähriger Flugzeit am Zwergplaneten Pluto am Rand unseres Sonnensystems vorbei und lieferte erstmals hoch aufgelöste Bilder und Daten zur Erde. Dabei zeigte die Aufnahmen ein großes helles Herz auf der Oberfläche des sogenannten Eiszwerger. Jene Struktur wird „Tombaugh Regio“ genannt – nach dem US-Astronomen Clyde Tombaugh, der Pluto vor fast 100 Jahren entdeckte. Eine internationale Gruppe von Astrophysikerinnen und Astrophysikern um Harry Ballantyne von der Universität Bern hat sich nun mit dem Rätsel der Entstehung und Beschaffenheit von Plutos Herz befasst. Entstanden ist es wahrscheinlich durch die Kollision mit einem Eisbrocken. Das ergaben Simulationen, über die das Team im Fachjournal „Nature Astronomy“ berichtet. Die Studie stellt zudem infrage, ob sich unter der Oberfläche des Eiszwerger, der seinen Status als neuer Planet vor Jahren verloren hat, wirklich ein Ozean befindet. Bei den Analysen konzentrierte sich das Team auf „Sputnik Planitia“, den tropfenförmigen Teil der hellen Struktur. Das Erscheinungsbild sei darauf zurückzuführen, dass es überwiegend mit weißem Stickstoff-Eis gefüllt ist“, so Ballantyne. Und Co-Autor Martin Jutzi ergänzt, dass die längliche Form darauf hindeute, dass es sich um einen Schrägaufprall handelte.

Protokolle des Robert-Koch-Instituts (RKI) haben die Pandemie wieder in die öffentliche Debatte gerückt. Darin zeigt sich, dass auch Experten verordnete Maßnahmen anzweifeln. Klaus Stöhr übt Kritik.

WELT: Erstaunlich schnell ist die Aufregung um die Protokolle des Corona-Krisenstabs am Robert-Koch-Institut verklungen. Nun hat der SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich die Einsetzung eines Bürgerrats und einer politisch-wissenschaftlichen Kommission zur Aufarbeitung der Corona-Pandemie vorgeschlagen. Was halten Sie davon?

KLAUS STÖHR: Ein Bürgerrat ist vielleicht gut, um wieder ein Stück mehr Vertrauen in die Politik zu gewinnen. Um die Fehler bei der nächsten Pandemie nicht zu wiederholen, ist aber die vorgeschlagene Kommission viel entscheidender. Wie die aufgestellt und welche Themen die abarbeiten sollte, haben wir (die Initiative Pandemieaufarbeitung, zu der 37 Wissenschaftler und Mediziner zählen und die über 600 weitere unterschrieben haben, *Anm. d. R.*) bereits in unserem ersten offenen Brief 2023 zusammengefasst. Leicht wird die Aufarbeitung wohl nicht werden.

VON EDDA GRABAR

Nach der Veröffentlichung der Protokolle des Krisenstabs erhitzten sich die Gemüter an der Frage, wer die Hochstufung der Corona-Lage im März 2020 von einem mittleren auf ein hohes Risiko veranlasst hat. Die Diskussion um die Hochstufung ist vielleicht sogar irrelevant, denn die hätte auf jeden Fall geschehen müssen, vielleicht sogar eher.

Wieso?

Selbst die drastischen Schritte der chinesischen Regierung zum Anfang der Pandemie – Abriegelung einer Millionenstadt und später ganzer Provinzen – konnten die Virusausbreitung nicht verhindern. Da musste klar gewesen sein, dass wir auf eine Pandemie zusteuern. Man hätte also frühzeitig die Seucheninfrastruktur und mindestens genauso wichtig, mit ehrlichen Worten die Bevölkerung für eine angemessene Teilnahme an der Bekämpfung mobilisieren müssen.

Zu Beginn war die Bereitschaft der Bevölkerung sehr hoch, die Pandemie zu bekämpfen.

Ja, aber unter falschen Voraussetzungen. Zu meiner Überraschung glaubten von der Bundesregierung bestellte Berater, dass sich das Virus „austrocknen“ ließe, also an die Null-Covid-Utopie. Das war und ist epidemiologisch Unsinn.

Warum das?

Weil man ein pandemisches Virus nicht zurückhalten kann, man kann zu Beginn einer Pandemie nur seine Ausbreitung verlangsamen. Zunächst mit den sogenannten nicht-pharmazeutischen Maßnahmen, um das Gesundheitswesen nicht zu überlasten und um Zeit für die Impfstoffentwicklung und -produktion zu gewinnen. Ein nationales Krisenkoordinati-

onszentrum koordiniert die Gesundheitsüberwachung und erhebt Daten für die Erfolgskontrolle der Maßnahmen und nimmt die notwendigen Kurskorrekturen vor. Dazu kommen die strategische Kommunikation und Bevölkerungsbeteiligung.

Wie verlangsamt man Ihrer Meinung nach einen Ausbruch am effektivsten? Mit den Methoden, die wir alle erlebt haben: Quarantäne, Kontaktnachverfolgung, Kontaktreduzierung. Auf Forschungsseite konzentriert man sich auf die offenen Fragen, die in der jeweiligen Phase für die Bekämpfung entscheidend sind. Etwa die Länge der Inkubationszeit, Dauer der Virusausscheidung und Fragen der Diagnostik. Aber auch: wel-

die Inzidenz gering war, hätte man die nicht vermeidbaren Infektionen unter den nicht-vulnerablen Gruppen, also Jugendlichen, jungen Erwachsenen zulassen müssen. Im Endergebnis kamen viele der Einschränkungen oft zum falschen Zeitpunkt, einige Maßnahmen nicht mit der richtigen Intensität oder es waren schlicht die falschen. Das summierte sich schließlich dazu, dass Deutschland in den meisten internationalen Todesfallstatistiken bestenfalls im Mittelfeld rangiert.

Das sind schwere Vorwürfe.

Die Protokolle sind eine weitere Bestätigung, dass man das vorhandene Wissen häufig in den Wind schlug.

Deutschland – wurden die Kontaktbeschränkungen dosiert und waren Großteils freiwillig. Grundschulen wurden etwa gar nicht geschlossen, weiterführende Schulen nur für eine kurze Phase. Die Wirtschaft und das Leben wurden nicht in dem Maße heruntergefahren – man hat die Gesellschaft besser mitgenommen.

Aber Schweden steht, was die Covid-Toten angeht, nicht besser da als Deutschland.

Erstens: Auch in Schweden wurden Fehler gemacht, weil man in der ersten Welle die Älteren und Altersheime besser hätte schützen müssen. Und zweitens: Die Zahl der Covid-Toten ist ja nicht der

dass das Infektionsgeschehen an Schulen nicht maßgeblich vorangetrieben wurde und deren Schließungen nicht Mittel seien, um Pandemien einzudämmen.

Darüber hinaus wurde offensichtlich im RKI im Dezember diskutiert, dass Lockdowns zum Teil schwerere Konsequenzen hätten, als Covid selbst. Für einige andere Länder war es bereits Mitte 2020 klar, dass sie die Schulen nicht mehr schließen. Dazu zählt die Schweiz bis auf zwei Kantone und bald darauf Frankreich. Obwohl Frankreich sowohl hohe Infektionszahlen als auch viele Todesfälle registrierte, hatte man dort früher erkannt, dass Kinder eben keine Treiber der Pandemie waren, und auch den gesamtgesellschaftlichen Schaden gesehen.

Der deutsche Expertenrat aus Wissenschaftlern, die die Regierung berieten, sprach sich aber für Schulschließungen aus!

Ja, zeigt das vielleicht die Qualität der Beratung? Aber es ist die Aufgabe der Politik sich einen strukturierten Prozess der Wissensbeschaffung zu organisieren. Viele der Mitglieder in dem Rat waren ja Fachfremde oder ohne Erfahrung in der Seuchenbekämpfung. Es gab keinen Virologen oder Hygieniker. Etwa zwei Drittel der Toten kamen aus Alters- und Pflegeheimen: im Expertenrat war kein Pflegefachmann.

Dafür fanden sich dort Mathematiker und Physiker, sogenannte Modellierer. Sie berechneten, dass Kinder in den Klassen dieselbe Luft atmen und damit eben doch für einen entscheidenden Verteilungseffekt in der Gesellschaft sorgen. Waren deren Berechnungen falsch?

Die Modelle hatten Schwächen, weil sie teils von einem ungebreiteten, exponentiellen Wachstum ausgingen. Wichtiger ist, das mathematischen Ergebnisse von Modellen von erfahrenen Seuchenfachleuten in einen epidemiologischen Bekämpfungskontext gestellt werden müssen.

Was muss die Aufarbeitung leisten?

Der Ansatz muss größer sein: wie sollen sich die Fachinstitute einschließlich RKI in Deutschland künftig für die Seuchenbekämpfung aufstellen? Die Frage, ob das RKI wirklich dem Ressortminister unterstehen soll, ist wichtig. Noch essentieller ist es sicherzustellen, dass die Politik sich des vorhandenen Wissens vor der politischen Entscheidung bedient. Auf fachlicher Ebene wurden ja durchaus vernünftige Schlussfolgerungen gezogen, aber auf der politischen Ebene wurde das offensichtlich systematisch negiert. Fraglich für mich ist, warum sich das RKI teilweise auf den Pressekonferenzen zum Sprachrohr der Politik gemacht hat. Hätte man seitens der RKI-Führung nicht auch öffentlich das eine oder andere Mal eine andere Position vertreten müssen? Oder eben sagen: Das trage ich nicht mit, ich packe hier meine Koffer –? So konsequent zu sein, hätte einem auf Evidenz, Wissenschaft und Seuchenbekämpfung fokussiertem RKI gut gestanden.

„Zum falschen Zeitpunkt, in der falschen Intensität“

Der Epidemiologe Klaus Stöhr wirft dem Robert-Koch-Institut vor, sich nicht ausreichend von politischen Entscheidungen distanziert zu haben

Zur Person

Epidemiologe **Klaus Stöhr** leitete das Globale Influenza-Programm der WHO, entwickelte Pandemie-Pläne und war Sars-Forschungskoodinator.



PAZ/DPA/SVEN HOPE

che Altersgruppen spielen die größte Rolle bei Erkrankungen und Virusverbreitung? Später geht es vor allem um Wirkung und Nebenwirkungen der Maßnahmen, einschließlich gesundheitsökonomischer Fragen.

Herr Stöhr, Sie gelten als Kritiker der deutschen Corona-Politik. Wenn man Sie so hört, kann man den Eindruck gewinnen, Deutschland habe vieles richtig gemacht.

Einiges schon; auf die lange Strecke gesehen, hat die Politik aber evidenzarm agiert und auch ohne die Wirkung der Maßnahmen zu evaluieren. Ich glaube deswegen auch nicht, dass man die RKI-Protokolle so dringend benötigt; geschwärtzt oder nicht. Es war etwa schnell klar, dass vor allem Ältere und Vorerkrankte häufiger schwer erkranken oder sterben. Doch statt sich beim Schutz auf Risikogruppen zu konzentrieren, hat man sich unverhältnismäßig auf Kinder und Jugendlichen fokussiert. Es war richtig zu versuchen, im Winter die Kurve der Infektionen flach zu halten, um die Krankenhäuser nicht zu überfordern. Aber im Sommer 2020, als

Aber hätte man nicht Ältere und Vorerkrankte gefährdet, die mit diesen in Kontakt gekommen wären? Um das zu minimieren, gibt es Hygienekonzepte.

Die funktionieren vielleicht in Pflegeeinrichtungen, aber nicht im Alltag. Die Konsequenzen der strikten Eindämmung waren doch letztendlich viel schlimmer: wenn man die Kurve im Winter flach halten will, muss man die ja unvermeidbaren Infektionen auf eine andere Jahreszeit verschieben. Ansonsten riskiert man, dass der Winterpeak noch stärker ausfällt und damit noch mehr Infektionen im Winter und Infektionsdruck auf die Vulnerablen. Genau das ist passiert: Hätte man im Sommer 2020 zuvor unvermeidbare Infektionen zugelassen, wäre diese Entwicklung sicherlich schwächer ausgefallen.

Also wie in Schweden? Das wurde hierzulande harsch kritisiert.

Es ist nicht so, dass die Schweden keine Maßnahmen getroffen hätten. Sie haben ebenfalls die Kontakte reduziert. Im Unterschied – vor allem zu

entscheidende Parameter. Entscheidend ist die Übersterblichkeit und da steht Schweden deutlich besser da.

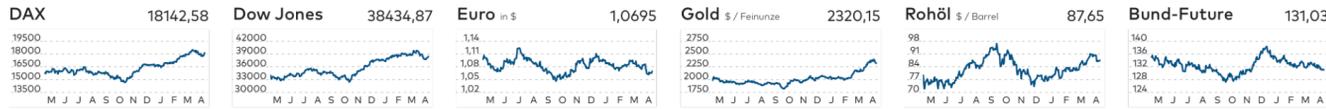
Am RKI nahm man den schwedischen Weg durchaus ernst. In den Protokollen wird am 4. Juni 2020 ein geschwärtzter Experte zitiert: „der schwedische Ansatz hätte funktionieren können“, wäre die hochvulnerable Bevölkerung besser geschützt worden.

Nun ja, im RKI sitzen ja kluge Leute, die die Literatur kennen.

Warum wurden die Einschätzungen der RKI-Experten nicht offen diskutiert? Gute Frage. Das ist es, was man der damaligen RKI-Leitung vorwerfen muss: Man hätte sich von einigen dieser Maßnahmen distanzieren oder sie zu mindestens einordnen müssen, aber das ist nicht passiert. Dadurch machte sich das RKI zum Handlanger politischer Fehlentscheidungen.

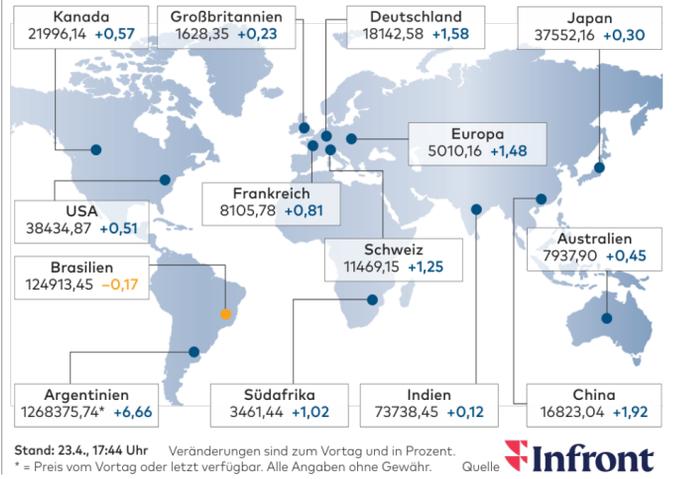
In den RKI-Protokollen liest man zudem im Dezember 2020 – Tage vor den nächsten Schulschließungen –

BÖRSEN-WELT:



DAX		Gold		Rohöl		Bund-Future	
Kurs in €	Veränderung Vortag in %	Kurs in €	Veränderung Vortag in %	Kurs in €	Veränderung Vortag in %	Kurs in €	Veränderung Vortag in %
Adidas NA	+1,8	227,90	+1,8	2320,15	+0,2	87,65	+0,1
Airbus	+0,7	147,6	+0,7	2320,15	+0,2	87,65	+0,1
Allianz vNA	+1,4	120,1	+1,4	2320,15	+0,2	87,65	+0,1
BASF NA	+1,0	198,6	+1,0	2320,15	+0,2	87,65	+0,1
Bayer NA	+0,1	40,25	+0,1	2320,15	+0,2	87,65	+0,1
Beiersdorf	+0,9	24,96	+0,9	2320,15	+0,2	87,65	+0,1
BMW St.	+0,6	113,4	+0,6	2320,15	+0,2	87,65	+0,1
Brenntag NA	+1,3	66,32	+1,3	2320,15	+0,2	87,65	+0,1
Commerzbank	+2,8	9,11	+2,8	2320,15	+0,2	87,65	+0,1
Continental	+0,0	58,20	+0,0	2320,15	+0,2	87,65	+0,1
Covestro	+0,5	35,86	+0,5	2320,15	+0,2	87,65	+0,1
Daimler Truck	+0,5	27,57	+0,5	2320,15	+0,2	87,65	+0,1
Dt. Börse NA	+1,6	8,90	+1,6	2320,15	+0,2	87,65	+0,1
Dt. Post NA	+0,2	152,6	+0,2	2320,15	+0,2	87,65	+0,1
Dt. Telekom	+1,0	36,04	+1,0	2320,15	+0,2	87,65	+0,1
E.ON NA	+0,4	18,50	+0,4	2320,15	+0,2	87,65	+0,1
Fresenius	+1,0	10,43	+1,0	2320,15	+0,2	87,65	+0,1
Hann.-Rück NA	+1,8	23,93	+1,8	2320,15	+0,2	87,65	+0,1
Heidelb. Mat.	+1,5	65,24	+1,5	2320,15	+0,2	87,65	+0,1

INDIZES



Richtig viele Freunde scheint der Bundeskanzler in der Wirtschaft aktuell wahrlich nicht zu haben. Seit Monaten prangern Unternehmenslenker den fehlenden Reformeffekt der von ihm geführten Ampel-Regierung ungewohnt offen an, vor wenigen Tagen erst hat BDI-Chef Siegfried Russwurm der Politik verbal eine ordentliche Tracht Prügel verabreicht. Dass Olaf Scholz beim vom Branchenverband BdB ausgerichteten Bankentag in Berlin nicht mit derlei Unannehmlichkeiten rechnen muss, macht Christian Sewing schon bei der Vorstellung seines wichtigsten Gastes deutlich. Dessen „Blick für den Wert eines starken Finanzsektors“ wisse man sehr zu schätzen, lobt der Chef der Deutschen Bank, der als BdB-Präsident auch so etwas wie der oberste Cheflobbyist der Branche ist.



Bundeskanzler Olaf Scholz spricht beim Deutschen Bankentag zu den Teilnehmern

VON CORNELIUS WELP

Damit spielt Sewing natürlich nicht auf die vermeintliche und noch immer nicht restlos aufgeklärte Unterstützung des früheren Hamburger Bürgermeisters für die in den Cum-Ex-Skandal verstrickte Bank M.M. Warburg an. Er umwirbt Scholz vielmehr als Verbündeten auf dem Weg zur Vervollendung der Europäischen Kapitalmarktunion. Das politische Lieblingsprojekt der Finanzindustrie habe nun auch dank der freundlichen Hilfe aus dem Kanzleramt „endlich wieder Schwung“ aufgenommen, sagt Sewing. Scholz nimmt die verbale Umarmung gerne an und präsentiert sich gleichzeitig als zu äußerster Tatkraft entschlossener Das-Land-Voranbringer.

Beim Empfang am Vorabend der Veranstaltung hatten die Bankmanager noch reihenweise davon berichtet, wie schlecht die Stimmung ihrer mittelständischen Kunden ist. Die fragile Lage hat der Bankenverband mit der Wahl des Mottos „Navigieren durch unruhige Zeiten“ aufgegriffen, auf Bildschirmen im Saal des Veranstaltungssaals am Ber-

Kanzlers neue Freunde

Beim Bankentag gibt sich Olaf Scholz als entschlossener Reformler – und Förderer einer lange verfeimten Branche

Dabei gibt Scholz zunächst zu, dass es gerade nicht so rund läuft, wie er es gerne hätte. „Das ist zu wenig, da geht mehr“, sagt er. In seiner Wahrnehmung schöpft die deutsche Wirtschaft ihr Potenzial aber nicht wegen, sondern trotz der Arbeit der Ampel-Regierung nicht voll aus. Denn es seien vor allem externe Faktoren wie die wirtschaftliche Abkühlung Chinas und die schnell gestiegenen Leitzinsen, die das Wachstum

linier Westhafen wogen deshalb während der gesamten Veranstaltung digitale Wellen sanft auf und ab. Scholz greift die maritime Thematik gerne auf. Für die Politik ginge es nun darum, „den Standort eines Schiffes zu bestimmen und auf richtigem Kurs zu halten“. Warum er sich für den richtigen Kapitän hält, legt er anschließend ausführlich dar.

Was er und die anderen Regierungsmitglieder in Berlin machen, verfolgt nach seiner Darstellung dagegen ein klares Ziel: „Wir wollen ein starkes Industrieland bleiben“, ruft Scholz fast schon leidenschaftlich. Als Beweis dafür, dass seine Regierung als Wegbereiter für dieses Ziel fungiert, präsentiert Scholz eine aus seiner Sicht pralle und bereits abgearbeitete Fortschrittsagenda. So habe man etwa „alle Hebel in Bewegung gesetzt, um mehr Arbeitskräfte zu haben“. Er verweist er auf den Ausbau der Ganztagsbetreuung und die erleichterte Einwanderung von Fachkräften, zudem setze er sich dafür ein, dass „es attraktiver wird, über die Rente hinaus zu arbeiten“.

So geht das weiter. „Wir sorgen für bezahlbare Energie“, lobt Scholz die eigene Arbeit. Beim Ausbau der Erneuerbaren habe man das erforderliche Tempo erreicht, beim Solarstrom liege man gar „über dem Soll“. Das Baurecht werde vereinfacht, Genehmigungsverfahren sollen deutlich beschleunigt werden. Zudem gehe man den „Investitionsstau“ an, in diesem Jahr mache die Regierung dafür 10 Milliarden Euro locker, und auch für die kommenden Jahre seien hohe Ausgaben geplant. Zu diesen zählt Scholz auch die hohen Subventionen für Halbleiterfabriken. Diese seien von großem Nutzen für die Regionen und den deutschen Mittelstand. Denn durch sie entstünden „Cluster“. Und die seien „Schlüssel, um bei der Transformation erfolgreich zu sein“.

Die Darstellung einer Nation im Hochgeschwindigkeitsmodernisierungsmodus erstaunt auch einige Zuhö-

rer. „Niemand hätte hier übermäßige Selbstkritik erwartet“, sagt ein hochrangiger Banker. „Etwas mehr Einsicht hätte man schon erwarten können.“ Offene Widerworte muss Scholz hier allerdings nicht fürchten. Sie wären auch ausgesprochen unfreundlich. Schließlich stellt sich der Kanzler als verlässlicher Verbündeter und Förderer jener Branche dar, zu der Politiker noch vor einigen Jahren demonstrativ auf Abstand gingen. Ja, in den Jahren nach der Finanzkrise 2008 hätten die Banken in der Kritik gestanden, sagt der Kanzler. Aber der Gesetzgeber, die Bankenaufsicht und „insbesondere die Banken selbst“ hätten ihre Lektionen gelernt. Während der Corona-Pandemie habe die Branche mit Finanzierungen und Liquidität dann an der Seite der Politik gestanden. Dieser Einsatz habe gezeigt, dass die Finanzindustrie heute nicht mehr „Teil des Problems, sondern Teil der Lösung“ sei.

Die Floskel ist seit Jahren fester Bestandteil aller Reden Sewings. Dass Scholz sie nun exakt übernimmt, darf der Chefbanker als großen Erfolg verbuchen. Aber dabei bleibt es nicht. Auch Scholz' Ausführungen zur Kapitalmarktunion könnten aus einem Positionspapier des Verbands stammen. Die für die Zukunft erforderlichen Investitionen von bis zu 500 Milliarden Euro im Jahr seien nur mit privatem Kapital zu leisten. Deshalb brauche Europa einen „tieferen und leistungsfähigeren Kapitalmarkt“ mit besseren Rahmenbedingungen für den grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr, gemeinsamen Insolvenzregeln und einem gestärkten Verbriefungsmarkt. Er wolle die sperrige Materie zu einem „Thema von höchster Priorität“ machen, sagt Scholz.

Von so viel Zuneigungsbekundung wirkt selbst Banker Sewing geradezu überwältigt. „Als ich den Bundeskanzler nach draußen begleitet habe, habe ich

ihm herzlichst gedankt“, sagt er. „Mehr geht nicht!“ Mit Kritik hält er sich in seiner Rede denn auch merklich zurück. Immer wieder referiert er, was Scholz so alles ausgeführt habe, um dann bloß zu ergänzen, dass vermutlich „noch mehr möglich“ sei. Das trübt die Freude kaum, offenbar endlich mit schon lange gesendeten Botschaften durchzudringen. So könne die Branche wohl auf merkliche Entlastungen bei der Regulierungslast hoffen. Den gemeinsamen Kapitalmarkt sieht Sewing als wichtigstes Mittel zur Behebung der aktuellen Strukturschwäche. Kürzlich habe er mit einem „Großinvestor“ gesprochen, der 200 Milliarden Euro weltweit anlegen wolle, berichtet er. 185 Milliarden davon seien für die USA bestimmt, die Summe für Europa habe der Investor nicht beziffern können. „Wir brauchen den einheitlichen Markt, um diese Gelder zu bekommen“, sagt Sewing. Auf Freund Scholz kann er bei diesem Ziel zählen.

EU beschließt neue Schuldenregeln

Reform lässt mehr Spielraum für Investitionen, ist teilweise aber auch strenger

Nach monatelangen Verhandlungen zwischen den Mitgliedstaaten hat das Europäische Parlament die Reform der Schuldenregeln für den Staatshaushalt der EU-Länder beschlossen. Die Abgeordneten stimmten am Dienstag in Straßburg für ein Reformpaket, das hochverschuldeten Ländern mehr Spielraum für Investitionen geben soll. Zugleich sollen die neuen Regeln die Staaten allerdings dazu zwingen, hohe Schulden schneller abzubauen.

Die bisherigen Schuldenregeln der EU sind seit dem Frühjahr 2020 ausgesetzt, um den Regierungen milliarden-schwere Hilfen für die Wirtschaft zu erlauben. Mit der Reform werden die Maastricht-Kriterien wieder eingeführt: Die jährliche Neuverschuldung eines Euro-Landes darf nicht über drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP)

liegen. Zudem sieht der Pakt eine maximale Gesamtverschuldung von 60 Prozent des BIP vor. Mit der Reform bekommen die Regierungen allerdings mehr Spielraum und sollen etwa selbst Pläne vorlegen, wie sie ihre Schulden in den kommenden Jahren abbauen wollen. Dafür bekommen sie bis zu sieben Jahre Zeit, deutlich mehr als bislang. Davon könnten hochverschuldete Länder wie Griechenland, Italien, Spanien und Frankreich profitieren.

Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) setzte in den Verhandlungen allerdings auch neue, striktere Regeln für den Schuldenabbau durch. Staaten mit einem hohen Defizit von mehr als 90 Prozent des BIP sollen verpflichtet werden, die Neuverschuldung deutlich zu reduzieren, pro Jahr im Schnitt um einen Prozentpunkt. „Es ist an der Zeit, dass die Schuldenregeln

endlich wieder zur Anwendung kommen“, begrüßte der wirtschaftspolitische Sprecher der Christdemokraten im Europaparlament, Markus Ferber (CSU), die Entscheidung. Es komme nun jedoch auf die Umsetzung an: „Wenn die Kommission den Vollzug der Regeln wieder so schleifen lässt, wie in den vergangenen Jahren, ist das neue Regelwerk zum Scheitern verurteilt.“

„Die neuen Fiskalregeln sind realistischer als die heute bestehenden“, erklärte der finanzpolitische Sprecher der SPD im Europaparlament, Joachim Schuster. Die Kommission will die neuen Regeln konsequenter anwenden als bislang – unter dem bisherigen Stabilitäts- und Wachstumspakt waren nie Strafen verhängt worden. Von einer „zukunftsfeindlichen Reform“ sprach hingegen der Grünen-Haushaltspolitiker Rasmus Andresen.

HPA
Hamburg Port Authority

XM Cyber
Ein Unternehmen der Schwarz Gruppe

Wir schützen das Tor zur Welt.

XM Cyber schützt nicht nur den Hamburger Hafen vor Cyberangriffen, sondern auch Ihr Unternehmen oder den öffentlichen Sektor.

Die Software analysiert 24/7 alle Schwachstellen Ihrer Infrastruktur aus Sicht der Angreifer und zeigt auf, wie Sie effizient den Schutz Ihrer wichtigsten Daten und Systeme erhöhen. Beheben Sie dann priorisiert und in einem Schritt zahlreiche Schwachstellen, Fehlkonfigurationen und vieles mehr mit der führenden Lösung für Continuous Threat Exposure Management (CTEM). XM Cyber läuft auf der vertrauenswürdigen und sicheren STACKIT Cloud aus Deutschland.

Elektro für die Masse – so lautet das erklärte Ziel von Politik und Autoherstellern. Inzwischen wird diese Strategie mit Leben gefüllt. Denn es kommen immer mehr „normale“ E-Autos auf den Markt – also Fahrzeuge, die als alltagstauglich gelten, für die Verbraucher dennoch keine Oberklasse-Preise zahlen müssen.

VON NANDO SOMMERFELD

WELT hat fünf besonders spannende Modelle jeweils mehrere Wochen in der Stadt, auf dem Land und der Autobahn getestet – und klare Favoriten identifiziert.

HONDA E:NY1
Hondas Elektro-Debut war vielversprechend. Der Honda-e, der vor einigen Jahren auf den Markt kam, ist zwar ein spezielles Auto, aber ein gelungener Flitzer für die Stadt. Umso enttäuschender fiel der Alltagsstest des Honda e:NY1 aus. Der Wagen enttäuschte von Tag zu Tag mehr. Zuerst offenbarte sich der hohe Verbrauch. Er lag während des Tests zwischen 26 und 32 Kilowattstunden (kWh) auf 100 Kilometern, was für einen SUV in der Kompaktklasse ungewöhnlich viel ist. Entsprechend niedrig ist die Reichweite. In der Stadt waren maximal 250 Kilometer drin. Für die Autobahn ist dieser Honda sogar gänzlich ungeeignet. Denn wer mit Tempo 140 fahren will, müsste alle 150 Kilometer pausieren – und zwar ziemlich lange, denn die Ladegeschwindigkeit ist ebenfalls nicht sehr hoch. Auch der Spaßfaktor tendiert bei diesem Auto gen null. Die Beschleunigung ist erstaunlich träge. Der Hersteller erklärt dieses Manko jedoch zur Absicht. Man habe die elektrotypische Beschleunigung vermeiden, „um der Reisekrankheit vorzubeugen“. Der eigentliche Skandal jedoch ist der Preis. Besser gesagt, es war der Preis. Der lag ursprünglich bei rund 48.000 Euro. Dass so viel Preis für so wenig Auto eine Frechheit ist, wurde auch den Honda-Managern schnell klar. Der Betrag wurde in einem ersten Schritt auf fast 40.000 Euro gesenkt. Doch damit nicht genug: Bis Ende Juni 2024 erhalten Privatkunden zusätzlich einen 9100-Euro-Rabatt.

Fazit: 30.000 Euro sind für einen kompakten Elektro-SUV ein guter Preis. Allerdings nur für einen guten Elektro-SUV. Davon jedoch kann beim e:Ny keine Rede sein.

OPEL ASTRA ELECTRIC

Dieser elektrische Opel kommt bescheiden daher. Lediglich ein dezentes „e“ deutet darauf hin, dass dieser Wagen eine Seltenheit ist. Ein batteriebetriebener Mittelklasse-Kombi, also eine klassische Familienkutsche, ist immer noch eine Rarität im E-Segment. Leider ist der Astra electric auch nur Mittelmaß. Viele Elektrofahrzeuge präsentieren sich im Inneren modern und minimalistisch. Der Astra nicht. Hier sieht alles aus wie immer. Das muss nicht schlimm sein, wäre die Zeit nur optisch stehen geblieben. Doch auch die Software ist altbacken. Eine kluge elektrische Routenplanung bietet Opel hier nicht an. Gute E-Fahrzeuge liefern auch in den anderen Kategorien bessere Werte. Der Astra erreicht mit durchschnittlich 18 kWh auf 100 Kilometern zwar einen vernünftigen Verbrauch. Doch die kleine Batterie lässt nur relativ geringe Reichweiten zu. In der Stadt sind es rund 300 Kilometer, auf der Autobahn nicht viel mehr als 200. Auch die Ladegeschwindigkeit überzeugt nicht vollends. Den angegebenen Maximalwert von 100 kW erreicht der Wagen an den



NACHHALTIGES FAHREN

FÜNF E-AUTOS FÜRS VOLK

Das Angebot an bezahlbaren Elektro-Pkw nimmt zu. WELT hat einige interessante Modelle im Alltag getestet und bemerkenswerte Unterschiede ausgemacht

Schnellladesäulen nur selten, meistens liegt er deutlich darunter. Die Folge: Auf längeren Reisen ist die Familie in ihrer „Kutsche“ viel länger unterwegs als bisher in ihrem Verbrenner.

Fazit: Diese Autos sind es, die die Menschen dann doch noch vom Umstieg auf die E-Mobilität abhalten. Zumal auch hier der Preis ein Manko ist. Kostet der Astra electric in der Basisversion rund 46.000 Euro, ist die Verbrenner-Variante fast 10.000 Euro günstiger. Hier gibt es wenig Gründe, den Kostennachteil in Kauf zu nehmen.

HYUNDAI IONIQ 6

Eine immer wiederkehrende Szene beschreibt die größte Stärke des Ioniq 6 am besten. Egal, wann der WELT-Autor mit dem Auto in die Ladeparks einfuhr, er hat sie immer als Erster verlassen. Die Ladegeschwindigkeit des zweiten vollelektrischen Hyundai ist bemerkenswert gut. Fast vergleichbar mit dem Level des Porsche Taycan, des absoluten Ladeweltmeisters. Der Ioniq 6 hat

es dennoch nicht leicht. Denn die Erwartungen an dieses Auto sind groß. Mit seinem neuen Elektro-Exemplar hat Hyundai in Deutschland plötzlich etwas zu verlieren. Seinen guten Ruf. Man könnte es als Last des Erfolges bezeichnen, die nun auf dem Ioniq 6 liegt. Dieser Wagen ist das zweite vollelektrische Modell von der so hochgelobten E-Plattform der Koreaner. Dieser Wagen wird an dem gemessen, was sein Vorgänger konnte. Der Ioniq 5 gilt nämlich vielen Experten als erstes wirklich rundum gelungenes E-Auto, das nicht aus einer Tesla-Fabrik stammte. Gute Reichweite, schnelles Laden, schicke Optik, fehlerfreie Software – und das alles zu einem vernünftigen Preis.

Um es vorwegzunehmen: Der Ioniq 6 enttäuscht nicht. Das Design ist zwar Geschmackssache. Die subjektive Meinung des WELT-Testers lautet: Das Auto wirkt optisch wie eine krasse Mischung aus Tesla, Porsche und Käfer. Unstrittig ist der niedrige Verbrauch. In der

Stadt lag dieser zwischen 15 und 16 kWh auf 100 Kilometern. Auf der Autobahn verbraucht das Auto selbst bei Tempo 140 maximal 25 kWh. Das ist ein guter Wert und bedeutet, dass man gute 300 Kilometer am Stück schafft. Und wie erwähnt: Die Ladepausen werden auf langen Reisen nicht besonders lang sein. Im Schnitt erreichte der Ioniq 6 während der Testfahrten Ladewerte von et-

wa 190 kW, in der Spitze sogar 230 kW. Das bedeutet: in 20 Minuten kommen wieder rund 250 Kilometer Autobahnreichweite dazu. Erwartbar gut funktioniert auch die elektrische Routenführung. Man sieht gut, wo die nächsten Säulen liegen, ob sie frei, belegt oder außer Betrieb sind – und wie schnell man dort laden kann. Hier kommt keine Reichweitenangst auf.



Volvo EX30 TWIN

Fazit: Das Auto erreicht ein Level, welches an die vergleichbaren Modelle von Tesla heranreicht. Allerdings: Mit der großen 77-kWh-Batterie kostet der Wagen mehr als 60.000 Euro. Selbst abzüglich des aktuellen Sonderrabattes von 7000 Euro ist das ein stolzer Preis – den etwa das vergleichbare Model 3 von Tesla unterbietet.

VOLVO EX30 TWIN

Der EX30 ist der Beginn einer neuen Elektro-Offensive der Schweden. Es handelt sich um einen kleinen SUV. Von außen schließt er an die guten modernen Volvos an, innen überrascht er mit einem schlanken und modernen Interieur. Die elektrische Routenplanung überzeugt, die Software funktioniert gut und gibt dem Fahrer die Sicherheit, immer zu wissen, wo sich die nächste Ladestation befindet, wie schnell diese lädt und mit wie viel Energie man dort dann ankommt. Die Bedienung ist jedoch ziemlich kompliziert und wenig intuitiv. Der Verbrauch soll laut Hersteller bei rund 17 kWh auf 100 Kilometern liegen, in der Realität sind es eher 22 kWh, was zu einer maximalen Reichweite von etwa 300 Kilometern führte. Man kann sich mit dem Auto zwar auf die Autobahn wagen, kommt dort aber nur knapp 250 Kilometer weit. Geschwindigkeiten jenseits von Tempo 120 sind nicht ratsam. Auch die Ladegeschwindigkeit schwankt stark. Sie kann bei 150 kW liegen, meistens sind es jedoch eher 80 kW. Das bedeutet, während des Tests muss auf Fernstrecken meistens rund 30 Minuten pausiert werden, um neue 150 Kilometer Reichweite nachzuladen. Der Preis der von WELT getesteten TWIN-Motor-Variante liegt bei gut 50.000 Euro, was sehr viel für einen Wagen dieser Größe ist.

Fazit: Der erste vollelektrische Volvo ging im Jahr 2020 mit dem XC40 Recharge (heute EX40) an den Start. Von einem echten Entwicklungssprung innerhalb von vier Jahren – wie ihn etwa Mercedes, BMW oder auch VW hingelegt haben –, kann keine Rede sein. Da hätte man für den EX30 mehr Fortschritt erwarten können.

TOYOTA BZ4X

„Was für ein langweiliges Oma-Auto“, rief das Patenkind des WELT-Testers gleich auf der ersten Fahrt von der Rückbank herüber. Es hatte recht. Der erste rein elektrische Toyota mit dem seltsamen Namen ist eine Enttäuschung. Schon optisch ist der Wagen langweilig. Das wäre noch vertretbar, wenn er stattdessen bei den wichtigen Kriterien überzeugen würde. Tut er aber nicht. Eine elektrische Routenplanung ist mit dem bZ4X nicht machbar. Die Navigation ist lächerlich schlecht: mit viel Mühe findet man irgendwo Ladestellen auf der Karte, ohne zu erkennen, ob sie frei sind oder wie schnell man dort lädt. Ein Hinweis, mit welcher Geschwindigkeit das Auto gerade lädt, fehlt ebenfalls. Dabei wären diese Informationen wichtig. Denn die Reichweite ist ebenfalls mäßig. Ladegeschwindigkeiten von 50 bis 70 kW an den Hochleistungssäulen sind enttäuschend. Immerhin: Mit den Preisen ist Toyota inzwischen deutlich nach unten gegangen. Inklusiv aller Rabatte ist der Wagen für inzwischen rund 35.000 Euro zu haben.

Fazit: Da benötigt Toyota so viele Jahre, um endlich ein erstes Elektroauto auf den Markt zu bringen und dann kommt mit dem bZ4X ein so halbherziges Ergebnis heraus. Dieses Auto besitzt das Niveau der Elektromobilität von vor fünf Jahren. Ein Armutszeugnis für den immer noch größten Autobauer der Welt.

„Es wäre kontraproduktiv, das Verbrennerverbot wieder zu ändern“

In Eisenach stellt Opel den Grandland vor, das größte Fahrzeug der Marke und ein Versprechen für die elektrische Zukunft. Opel-Chef Huettl mahnt die Politik

Eine enorme Karosserie schwebt an gelben Stahlträgern über das Montageband im Opel-Werk Eisenach. Gerade ist an dieser Stelle ein noch unfertiger Grandland an den Arbeitern vorbeigezogen, doch dieses Modell ist deutlich größer. Zwei Männer nehmen Schrauben in die Hand, einer greift sich den schwarzen Stoßfänger für die Front. Dann ziehen sie die Schrauben für das Bauteil fest an dem großen SUV – dem neuen Opel Grandland.

VON DANIEL ZWICK

Just hat Florian Huettl, Chef der Marke Opel, in seinem Thüringer Werk das neue Modell vorgestellt. Es ist das größte SUV, das Opel je auf den Markt gebracht hat. Zwar 30 Zentimeter kürzer als der Opel Diplomat aus den 1960er-Jahren, dafür aber höher. Im Ver-

gleich zum Vorgängermodell ist der Grandland deutlich gewachsen. Elektrisch kommt er auf eine Reichweite von bis zu 700 Kilometern, die Batterie soll binnen 26 Minuten wieder aufgeladen sein. Die Arbeiter im Werk trainieren gerade jeden Handgriff für die Produktion. Ab der zweiten Jahreshälfte soll die Serienproduktion laufen.

Das größte Modell der Marke wird hier als Elektroauto vom Band laufen – und als Verbrenner. Auch der neue Opel Frontera kommt in diesem Jahr wahlweise mit Benzin- oder Elektromotor. Die beiden Modelle werden die letzten Verbrenner der deutschen Automarke sein. „Wir halten an unserem Plan fest, Opel bis 2028 in Europa zur rein elektrischen Marke zu machen“, sagt Opel-Chef Florian Huettl im Gespräch mit WELT. Die Elektromobilität werde „einer breiten Käuferschicht den Übergang zu einer CO₂-neutralen Mobilität

erlauben“. Ab 2025 werde jedes neue Opel-Modell nur noch rein batterieelektrisch in den Markt gebracht.

Der elektrische Grandland ist für das kleine Autowerk in Eisenach mit derzeit 100 Mitarbeitern deswegen ein wichtiges Signal. Neben der Montage sind in derselben Halle ein paar neue Roboter eingezogen. Sie montieren die schweren Batterien für das Elektroauto und die Plug-in-Hybrid-Variante. Eisenach, das ist die Botschaft dieser neuen Arbeitsstation, wird in der Elektromobilität eine Zukunft haben.

Wichtig ist im Rahmen des Stellantis-Konzerns vor allem, dass Eisenach nun Fahrzeuge auf Basis der neuen Plattform Stla Medium produzieren kann, auf denen Autos fast aller Marken, darunter Fiat, Peugeot, Citroën, aufbauen werden. In Rüsselsheim baut Opel neben eigenen Modellen auch Fahrzeuge der Schwestermarke DS. Das wäre tech-

nisch nun auch in Eisenach möglich. Allerdings gibt es im Konzern einen harten Wettbewerb der Werke untereinander. Und die Lohn- und Energiekosten sind beispielsweise in Polen oder Nordafrika weit niedriger als in Eisenach. Natürlich habe Eisenach nicht die Kostenstruktur anderer Standorte, sagt Huettl. „Aber für ein Fahrzeug im Segment des Grandland ist es wettbewerbsfähig, denn es produziert agil und in sehr hoher Qualität. Jedes Werk im Konzernverbund muss wettbewerbsfähig sein und permanent daran arbeiten.“ Durch die Solaranlage beispielsweise sollen die Stromkosten deutlich sinken.

Die neue Realität von Opel im Konzern Stellantis bedeutet noch weniger Eigenständigkeit als unter der jahrzehntelangen Eigentümerschaft von General Motors. Die Entwicklungsabteilung in Rüsselsheim ist deutlich geschrumpft, das Design machen sie dort noch selbst.

Dafür ist die Marke aber Unternehmensangaben zufolge profitabel – was sie unter GM jahrelang nicht war. „Den Mitarbeitern in der Produktion in Eisenach kann es egal sein, ob die Entwicklung der Fahrzeuge in Turin oder den USA stattfindet. Sie profitieren vom Verbund im Stellantis-Konzern“, sagt Frank Schwoppe, Dozent für Automobilwirtschaft an der FHM Hannover. Huettl, der im vergangenen Jahr als Opel-Chef angetreten ist, hat mit den Sparprogrammen nicht viel zu tun. Er kann eine Wachstums-Story verkaufen – und nimmt den Wettbewerb mit den eigenen Schwestermarken sportlich. Tatsächlich steigen die Verkaufszahlen von Opel wieder deutlich an, auch außerhalb Europas. Und der Elektroanteil wächst.

Noch fehlt es Opel aber an einem günstigen elektrischen Kleinwagen. Daran arbeite man, verspricht Huettl. „Wir

wollen ein Elektroauto für 25.000 Euro auf den Markt bringen. Einen genauen Zeitpunkt kann ich noch nicht nennen. Der neue Corsa Electric für unter 30.000 Euro und der Frontera Electric sind wichtige Schritte dahin“, sagt er. Opel habe treue Kunden mit viel Markensympathie. „Die wollen wir alle mitnehmen in die Elektromobilität.“ Mit dem Grandland gibt es nun alle Opel-Modelle auch in einer rein elektrischen Variante.

Huettl lehnt politische Vorstöße wie etwa die des bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder (CSU) ab, die versuchen, den Verbrenner noch länger am Leben zu erhalten. „Wir stehen hinter dem Verbrennerverbot in Europa. Es wäre kontraproduktiv, diese Entscheidung wieder zu ändern“, sagt der Opel-Chef. „Bei einer anderen Politik würden wir unsere Strategie nicht grundlegend ändern.“

Norwegens Widerstand gegen Stromspeicher-Plan

Kritik an der zgedachten Rolle als Dienstleister der deutschen Energiewende

Kunden des schwedischen Einrichtungshauses Ikea sollten sich nicht wundern, falls ihnen zur Standleuchte „Kinnahult“ oder zur Hängelampe „Högvind“ bald noch ein passender Liefervertrag für „Strom“ dazugelegt wird: Original skandinavischer Ökostrom für den preis- und umweltbewussten Lampenkäufer. Jedenfalls baut der führende Ikea-Vertrieb Ingka Group jetzt gemeinsam mit Partnern den ersten Meereswindpark Sørlige Nordsjø II vor der norwegischen Küste. Das Milliardenprojekt ist der erste Schritt Norwegens hin zu den geplanten 30 Gigawatt Offshore-Leistung, mit denen sich das Land weiter elektrifizieren will.

VON CARSTEN DIERIG UND DANIEL WETZEL

Ob die grünen Kilowattstunden norwegischer „Elektricität“ auch an Kunden in Deutschland fließen, ist zuletzt allerdings wieder unsicher geworden. Denn die Norweger sehen Stromexporte inzwischen zunehmend kritisch. „Über diese Kabel exportieren wir unseren Strom nach Europa – und importieren die hohen Preise“, gab der norwegische Strompreisaktivist Olav Sylte unter anderem dem „Spiegel“ zu Protokoll. Das einträgliche Geschäft mit den Stromexporten sorgt auf einmal für heftige Debatten im Parlament. Im 5,5-Millionen-Volk rumort es, die Regierung in Oslo ist alarmiert.

Auch die Bundesregierung sollte alarmiert sein. Denn lange Jahre wurde Norwegen von deutschen Energiewendepolitikern als „Batterie der Energiewende“ betrachtet. Überschüssige Wind-



Das Wasserkraftwerk Rjukan-Notodden in Norwegen

und Solarenergie aus Deutschland sollte als Pumpenstrom nach Skandinavien geleitet werden, um Stauseen zu befüllen. Bei Strommangel in Deutschland sollte die in den Pumpspeichern geparkte Energie dann wieder zurückfließen. Zu diesem Zweck wurde das nordische Königreich direkt mit Dithmarschen in Schleswig-Holstein verbunden: Das 620 Kilometer lange Stromkabel „Nordlink“ nimmt jedoch bislang kaum deutschen Ökostrom auf, wie jüngst auch der

„NDR“ berichtete. Weil Elektrizität in Deutschland teuer bezahlt wird, exportieren die Norweger viermal mehr Strom, als sie über das Handelskabel importieren. Was für die norwegischen Exporteure ein gutes Geschäft ist, treibt freilich die inländischen Knappheiten und damit die Strompreise nach oben.

In Norwegen jedenfalls regt sich Widerstand. „Billiger Strom wird hier als öffentliches Gut gesehen, das praktisch nichts kosten darf“, weiß Michael Kern,

der Geschäftsführer der Deutsch-Norwegischen Handelskammer (AHK) in Oslo. Zuletzt aber sei der Strom auch in Norwegen nicht mehr so billig gewesen wie gewohnt. „Insbesondere im Süden, wo die großen Seekabel liegen, sind die Preise deutlich gestiegen“, berichtet Kern am Rande einer Delegationsreise anlässlich der weltgrößten Industrieschau Hannover Messe. Die Rede ist von zeitweise dem Fünffachen im ersten Jahr des Ukraine-Krieges. „Strom ist deswegen zum Tagesgespräch geworden in Norwegen.“ Zwar sind die Preise mittlerweile wieder gesunken, das alte Niveau haben sie laut AHK-Vertreter Kern aber nicht wieder erreicht. Und das dürfte auch so bleiben. Zumal die Überdeckung bei der Stromproduktion in Norwegen dahinschmilzt angesichts der voranschreitenden Elektrifizierung von Wirtschaft und Verkehr.

„Wir müssen wegkommen von den fossilen Energien – und das schnell“, sagt Jan Christian Vestre, bislang Wirtschaftsminister und nach einer Kabinettumbildung künftig zuständig für das Ressort Gesundheit. Denn das Geschäft sei nicht nachhaltig. Und Europa habe schon genügend Jahre verloren. „Die Nachfrage nach grünem Strom ist um ein Vielfaches größer als die Menge, die wir produzieren können“, sagt Vestre. Die Regierung wolle dem Mangel zuerst mit dem Ausbau der Windkraft begegnen, kündigt Vestre an: „Wir wollen die Kapazitäten daher in den nächsten beiden Dekaden verdoppeln.“ Geplant sind neue Kapazitäten von mindestens 30 Gigawatt. Dafür sollen rund 1500 schwimmende Windkraftanlagen auf der Nordsee installiert werden. Die aktuelle Regierung – ein Minderheitskabinett aus der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der Zentrumspar- tei – hebt sich damit von der Vorgängerregierung ab, die Windräder an Land aufstellen wollte, schnell und zahlreich. „Die Menschen sind wahnsinnig geworden und wollten das nicht in unserer wunderbaren Natur haben“, beschreibt Vestre. Die Energiewende – der Minister nennt das deutsche Wort, während er ansonsten Englisch spricht – könne nur mit Akzeptanz funktionieren.

Spionage ist alltäglich im deutschen Maschinenbau

Cybersicherheitsvorfälle in jedem vierten Betrieb

Vier Festnahmen binnen zwei Tagen wegen des Verdachts der Spionage für China gab es zuletzt in Deutschland. Es wird vermutet, dass der Nachrichtendienst des chinesischen Ministeriums für Staatssicherheit (MSS) die Personen angeworben hat, um sich Zugang zu Technik-Daten und Forschungsergebnissen zu verschaffen, zum Beispiel zu Schiffsantrieben und zu Lasertechnik. Zudem sollen über die Mittelsmänner gegen Bezahlung auch Speziallaser ohne Genehmigung nach China geliefert worden sein, obwohl solches Gerät grundsätzlich der sogenannten Dual-Use-Verordnung der EU unterliegt, weil es auch militärisch nutzbar gemacht werden und nicht allein zivilen Zwecken dienen könnte.

VON CARSTEN DIERIG

Wirklich überraschend kommen diese Erkenntnisse nicht. „Deutsche Geheimdienste wissen seit Jahren, dass China sehr aktiv in Deutschland und auch in anderen westlichen Ländern ist“, sagt Florian Schimikowski, Geheimdienstexperte und Sammlungsleiter beim Deutschen Spionagemuseum in Berlin. Und auch in betroffenen Branchen weiß man um das Späh-Interesse. „Spionage ist ein großes Thema im Maschinenbau“, sagt zum Beispiel Steffen Zimmermann, der Leiter des Kompetenzzentrums Industrial Security beim Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA), gegenüber WELT. Besonders im Fokus stünden dabei neben den nun betroffenen Branchenbereichen Antriebs- und Lasertechnik auch Segmente wie Halbleiter oder erneuerbare Energien.

Spioniert wird dabei nach Angaben von Zimmermann ganz klassisch über Personen, zunehmend aber digital. „Durch die fortschreitende Digitalisie-

rung ist das Ausspähen leichter geworden“, beschreibt der VDMA-Experte, der auf der weltgrößten Industrieschau Hannover Messe eine neue Studie zur Sicherheit des Maschinenbaus vorgestellt hat. Schon jeder vierte Branchenbetrieb aus Deutschland war jüngst Opfer eines sogenannten signifikanten Cybersicherheitsvorfalls. Dazu zählen gezielte Hackerangriffe, um an Geschäftsgeheimnisse zu kommen oder um Geld zu erpressen, indem Daten verschlüsselt und dann zum Rückkauf angeboten werden. „Vielfach werden Cyberangriffe auch zu einer Erpressung gemacht, um das vorherige Abgreifen von Daten als eigentlichen Grund zu verschleiern“, sagt Zimmermann. Das passiere insbesondere dann, wenn staatliche Stellen hinter einer Attacke stecken.

Betroffen sind laut der Studie, die das Fraunhofer-Institut für Angewandte und Integrierte Sicherheit (AISEC) im Auftrag des VDMA erstellt hat, weniger die kleinen Unternehmen als vielmehr Anbieter in den beiden Größenklassen 250 bis 500 Mitarbeiter und 500 bis 1000 Mitarbeiter. „Mit der Unternehmensgröße steigt sowohl die Angriffsfläche als auch die Attraktivität für Angreifer“, heißt es dazu in der Untersuchung, an der gut 100 Unternehmen aus dem Maschinenbau teilgenommen haben, der mit gut einer Million Beschäftigten und einem Jahresumsatz von mehr als 200 Milliarden Euro zu den wichtigsten Industriebranchen hierzulande gehört.

Großkonzerne wiederum haben üblicherweise einen deutlich besseren Schutz gegen Angriffe von außen. Wobei kürzlich auch bekannt wurde, dass Autobauer Volkswagen offenbar das Ziel chinesischer Hacker war, die über Jahre hinweg Tausende von Daten zur Entwicklung von Motoren und Getrieben abgegriffen haben sollen.

ANZEIGE

„Übersetze meinen Text auf Französisch!“

„Wie wird das Wetter?“

WELT GO!

„Empfehle mir aktuelle WELT-Artikel!“

„Schätze den Wert meines Autos!“

Der neue KI-Assistent für WELT-Abonnenten.

Jetzt testen unter [go.welt.de!](https://go.welt.de)

„Welche Anlagestrategie passt zu mir?“

„Wie wird der US-Präsident gewählt?“

Mathias Döpfner kritisiert China-Politik der Ampel

Springer-CEO publiziert Buch „Der Freiheitshandel“

Das sich in der wirtschaftspolitischen Diskussion einiges verändert hat, merkt man am Montag nicht nur auf dem Podium der Veranstaltung des Kiel Institut für Weltwirtschaft (IfW)...

VON PHILIPP VETTER

Als Zuhörer sind nicht nur Ökonomen und Studenten gekommen, sondern auch hochrangige Mitarbeiter von Wirtschaftsminister Habeck (Grüne) und Finanzminister Lindner (FDP).

Dass es so schnell natürlich nicht geht, ist auch Schularick klar. Schließlich unterscheidet sich die Position seines Gastes klar von der des Bundeskanzlers. Mathias Döpfner, Vorstandschef des Axel-Springer-Konzerns...

Noch kurz vor Putins Einmarsch in die Ukraine sei das als naive Idee abgetan worden, schreibt Döpfner selbst zu Beginn seines Buches. Doch an diesem Abend zeigt sich, dass inzwischen auch profilierte Außenpolitiker und Ökonomen dem Vorschlag etwas abgewinnen können.

in Deutschland“. Handelspolitik werde hierzulande immer noch traditionell verstanden, es gehe fast nur um ökonomische Interessen. Döpfner hingegen verstehe Handelspolitik als „normativ begründete Geopolitik“...

Die Diskussion über kurzfristige Kosten seiner Vision halte er für irreführend. Es sei wie bei einer guten Steuerreform: Da heiße es auch immer, das alles sei nicht refinanzierbar...

Der würde hoch ausfallen. „Dann wird die Welt durch den Plan von Herrn Döpfner fünf bis sechs Prozent ärmer“, sagt Schularick. „Eine Riesenzahl, wenn man das auf die Weltwirtschaft hochrechnet...“

CDU-Außenpolitiker Norbert Röttgen lobt Döpfners Buch als „wichtigen Beitrag zu einer überfälligen Diskussion“.

Das eine Beamtin nach Jahrzehnten im Staatsdienst ihren Abschied einreicht, ist an sich schon ein ungewöhnlicher Vorgang. Dass der Westdeutsche Rundfunk ihr zu diesem Anlass ein ausführliches Interview einräumt...

VON CORNELIUS WELP

Tatsächlich war die 50-Jährige in den vergangenen Jahren zur vermutlich prominentesten Strafverfolgerin Deutschlands avanciert. Ende 2021 kürte sie die Nachrichtenagentur „Bloomberg“ gar zu einer der 50 wichtigsten Personen der Weltwirtschaft.

Seit Brorhilker 2013 mit den Ermittlungen loslegte, hat der Cum-Ex-Komplex gigantische Dimensionen angenommen. In rund 120 Verfahren wird gegen 1700 Beschuldigte ermittelt.



DPA/OLIVER BERG

Abschied und Abrechnung

Oberstaatsanwältin Anne Brorhilker war der Kopf der Ermittlungen zum Cum-Ex-Skandal – bis zu ihrem plötzlichen Abgang. Der ist auch eine Chance

geht. Selbst Vernommene, an denen nichts hängen geblieben ist, erinnern sich mit Schauern an ihre vielstündigen Termine bei den Kölner Strafverfolgern.

Akribie und Härte, so haben es Landespolitiker verkündet, sollen auch das Vertrauen in den Rechtsstaat stärken. Straftäter aus der Finanzwelt sollen nicht nur deshalb milde davongehen...

So weit wie geplant sind die aber noch lange nicht vorangekommen. Nur ein Bruchteil der Verfahren ist bisher zur Anklage gekommen...

langjähriger Vormann Christian Olearius sich in Sachen Cum-Ex an den damaligen Ersten Bürgermeister und heutigen Bundeskanzler Olaf Scholz gewendet hatte.

Für Kritiker aus dem Lager der Beschuldigten ist die Tatsache aber vor allem ein Beleg dafür, dass die Staatsanwaltschaft Medien gezielt mit belastendem Material versorgt.

Seitdem steht der Vorwurf einer möglichen unzulässigen Einflussnahme auf die hauseigenen Steuerbehörden im Raum.

Veröffentlichung der Anteilspreise von Qualitätsfonds – mitgeteilt von Infront Financial Technology GmbH

Nachhaltigkeits-Fonds (ESG)

Table with columns: Währung, ISIN, Rückn., 3J. Perf.

Table with columns: DBA ausgewogen, DBA dynamisch, DBA konservativ, DBA moderat, DBA offensiv

Table with columns: Deka-Nach-ES-St.F.A, Deka-Nach-ImmSel, Deka-NachAkt CF

Table with columns: Deka-NachStrInv CF, Deka-NachStrInv TF, Deka-NachDynamisch CF

Table with columns: Deka-NachMit Asset CF, Deka-NachMit Asset TF, Nachhaltig Gl Champ CF

Table with columns: Deka-NachAkt Glob*, Deka-NachAkt Glob**

Table with columns: ODDO BHF Asset Management, Ekv-PolarisBal DRw, Ekv-PolarisDyn DRw

Table with columns: ÖKOWORLD, ÖkoVision Classic, Klima, Water For Life C, Öko-Karri/Roll, Growing Mkts 2.0

Table with columns: Union Investment, PrivatFonds: Nachh*, UniNachh AktEu*

Table with columns: UniNachh AktGlob*, UniNachh AktDeu*, UniNachh AktDeu**

Table with columns: UniNachh AktDeu***, UniNachh AktDeu****, UniNachh AktDeu*****

Alte Leipziger Trust

Table with columns: Euro Short Term, Aktien Deutschland, AL Trust Euro Relax, AL Trust Stab.

Table with columns: C&P Funds ClassiX*, C&P Funds DetoX*, C&P Funds QuantiX*

Table with columns: Commerz Real, housinvest

Table with columns: DAVIS FUNDS SICAV, Global A*, Value Fund A*

Table with columns: AridDeka CF, BasisStrat Flex CF, BerlinRent Deka

Table with columns: BW Zielfonds 2025, BW Zielfonds 2030, Deka-Europ.Bal. CF

Table with columns: Deka-Europ.Bal. CF, Deka-EuropAkt Str, DekaFonds CF

Table with columns: Deka-GlobAl Bal CF, Deka-MegaTrends CF, Deka-Na.Div Str CF

Table with columns: Deka-Nach Div Rhd, Deka-Sachwer. CF, Deka-Sachwer. TF

Table with columns: DekaSpezial CF, DekaTresor, Div.Strateg.CF A

Table with columns: EuropaBund CF, EuropaBund TF, Frankl.Sparinvest

Die besten Rentenfonds im Vergleich

Table with columns: Titel, ISIN, Preis 23.04., 6 M., 1 J., 3 J., 5 J., Lfd.Kosten %

Alle dargestellten Investmentfonds sind Teilnehmer am Funds Service, sortiert nach 3-Jahresperformance, berechnet nach BVI (Bundesverband Investment und Asset Management) Methode.

Table with columns: UmweltInvest CF, UmweltInvest TF, Weltzins-Invest P

Table with columns: Deka International (Lux), 1822 Str.Chd.Pl., 1822 Str.Chance

Table with columns: Deka-Immobilienfonds, DWS, Offene Immobilienfonds

Table with columns: Flossbach von Storch, Multiple Opp R

Table with columns: Gutmann Kapitalanlage, PRIME VAL Growth A, PRIME VAL IncomeA

Table with columns: HALUCK AUFLAUFSER FUND SERVICES, ERBA Alex.Str.Pf.R*, HAL Europ SmCap Eq

Table with columns: hwb, Hwb Alex.Str.Pf.R*, Hwb Alex.Str.Pf.V*, Hwb Europe Pf.*

Table with columns: Deka-Vermögensmanagement GmbH, Deka-BaAZSt off Z5, Deka-PfSel ausgew

Table with columns: Deka-PfSel dynam, Deka-PfSel moderat, DekaStruk.SChance*

IPConcept (Luxemburg) S.A.

Table with columns: ME Funds PERGAMONFE, ME Funds Special V

Table with columns: LRI Invest S.A., ALTIS Bal Value*, ALTIS Global Res*

Table with columns: MEAG, Dividende A*, ERGO Vermög Ausgew*

Table with columns: ERGO Vermög Flexi*, ERGO Vermög Robust*, EuroBalance*

Table with columns: EuroFlex*, EuroRent A*, EuroRent A**, EuroReturn A*

Table with columns: GlobalAktien*, GlobalBalance DF*, GlobalChance DF*

Table with columns: Metzler Asset Management GmbH, RWS-DYNAMIK A*, RWS-ERTRAG A*

Table with columns: NOBIS, LiLux Convert*, LiLux-Rent*

Table with columns: ODDO BHF Asset Management, Basis-Fonds I Nach*, Substanz-Fonds*

Table with columns: Union Investment, PrivFdk:Kont.*, PrivFdk:Kont.pro*

Table with columns: UniEuroAktien*, UniEuroAktien**, UniEuroAktien***

Table with columns: UniEuroAktien****, UniEuroAktien*****

CSU-Spitzenpolitiker Peter Gauweiler. Assiiert wird diesen noch von Zuarbeitern und Kommunikationsberatern.

In den Verhandlungen geht es oft um Details, um Fundstücke aus einem schier unerschöpflichen Reservoir von potenziellen Beweisstücken. Und um eine enorm komplexe Materie.

Von der Schadenssumme deutlich bedeutendere Komplexe – etwa um die damaligen Landesbanken HSH Nordbank und WestLB – harren deshalb auch gut 15 Jahre nach den vermeintlichen Taten der juristischen Aufarbeitung.

Auf Betreiben des nordrhein-westfälischen Justizministers Benjamin Limbach sollte Brorhilkers Abteilung im vergangenen Herbst aufgespalten werden.

Eine neue Aufgabe hat Brorhilker bereits gefunden – als Geschäftsführerin bei der vom früheren Finanzpolitiker der Grünen, Gerhard Schick, gegründeten Verein Finanzwende.

ANZEIGENSONDERVERÖFFENTLICHUNG

Table with columns: UniRak -net*, MEIRenta*, UniStrat: Ausgew.*

Table with columns: UniStrat: Konserv.*, Union Investment Luxemburg, PrivFdk:Kont.pro*

Table with columns: UniAsia Pac.net*, UniAsia Pacific A*, UniAusssch. net. A*

Table with columns: UniAussschüttung A*, UniDividAss net A*, UniDividendenAss A*

Table with columns: UniDynam.Europa A*, UniDynam.Gl. A*, UniEMGlobal A*

Table with columns: UniEuroKap.Corp.A*, UniEuroKap.Cap.net.A*, UniEuroKap A*

Table with columns: UniGlobal Div A*, UniGlobal Div-net.A*, UniInvest.4.0A*

Table with columns: UniOpti4*, UniSec. BioPha*, UniSec. High Tech.*

Table with columns: UniStruktur*, UniVa. Global A*, Union Invest Real Estate

Table with columns: Unilmmo:Dt.*, Unilmmo:Europa*, Unilmmo:Global*

Table with columns: Universal Lux., Condar/Balance-UI*, Condar/Chance-UI*

Table with columns: CondarTrends-UI*, W&W Int. Asset Mgmt. Dublin, SouthEast Asian Eq*

Table with columns: Warburg Invest, DMüller Prem Akt €

Table with columns: Sonstige, Leading Cities

* Fondspreise etc. vom Vortag oder letzter verfügbar; Währung: € = Euro, \$ = US-Dollar, ¥ = Yen, € = Brit. Pfund, CH = Schweizer Franken, PL = Polnische Zloty.

Alle Angaben ohne Gewähr, keine Anlageberatung und -empfehlung. Alle Fonds mit weiteren Informationen auf monesyspecial.de/fonds

Infront Funds Service, +49 69 26095760 fundservice@infrontfinance.com

Rangnick nach München? Signale mehren sich

Österreichs Nationaltrainer im Kontakt mit den Bayern

Ralf Rangnick hat Medienberichten zufolge Chancen, neuer Trainer des FC Bayern zu werden. Bei den Münchnern rückt der 65-Jährige, der aktuell noch Nationaltrainer in Österreich ist, demnach immer mehr in den Fokus bei der Suche nach einem Nachfolger für Thomas Tuchel. Der ehemalige Bundesligacoach sei Kandidat für die Stelle an der Säbener Straße, berichtete „Münchner Merkur/tz“. Laut des TV-Senders Sky sei Rangnick nicht abgeneigt, nächste Saison die Bayern zu übernehmen. Offizielle Mitteilungen dazu gab es zunächst nicht.

Der deutsche Rekordmeister und Trainer Tuchel trennen sich nach dieser Spielzeit. Die zunächst ebenfalls von den Bayern umworbenen Xabi Alonso, der Bayer Leverkusens zur ersten Meisterschaft der Klubgeschichte geführt hat und Bundestrainer Julian Nagelsmann sagten den Münchnern bereits ab, um in ihren aktuellen Trainerjobs weiterzuarbeiten. Nagelsmann verlängerte seinen Vertrag beim DFB erst kürzlich bis 2026. Auch über andere Namen wie Roberto De Zerbi (Brighton & Hove Albion) oder Unai Emery (Aston Villa) wird spekuliert.

Max Eberl hatte am Wochenende im ZDF gesagt, er hoffe auf eine „zeitnahe“ Entscheidung und dass es „bald“ auf die „Zielgerade“ gehe. „Wir wollen es so schnell wie möglich, aber auch so gründlich wie möglich machen“, unterstrich der Bayern-Sportvorstand. Eine Entscheidung scheint noch in dieser Woche möglich.

Mit Rangnick hatten die Bayern-Bosse um Eberl schon vor den Absagen von Alonso und Nagelsmann gesprochen. Der Baden-Württemberger war in der Bundesliga Trainer beim VfB Stuttgart, Hannover 96, Schalke 04, 1899 Hoffenheim und RB Leipzig. Zudem trainierte er Manchester United in der Premier League, war dort aber wenig erfolgreich. Rangnick ist seit 2022 Auswahltrainer bei den Österreichern, mit denen er sich derzeit auf die Europameisterschaft in Deutschland vorbereitet. Sie werden in Berlin beheimatet sein.

Zuletzt hatte der oft als „Fußball-Professor“ bezeichnete Routinier einen möglichen Wechsel von Wien nach München eher abgelehnt. „Ich habe noch einen Vertrag bis zu den WM-Qualifikationsspielen und unser Fokus liegt jetzt auf der EM“, sagte Rangnick vor wenigen Tagen bei einem Workshop der EM-Trainer. Beim Österreichischen Fußball-Bund (ÖFB) hat er noch einen Vertrag bis zur WM 2026.

Beim Österreichischen Fußball-Bund hat er noch einen Kontrakt bis zur Weltmeisterschaft 2026 – die Bayern müssten sich demnach auf eine Ablösezahlung einstellen, sollten sie den Wunschkandidaten verpflichten wollen. „Ralf Rangnick besitzt ein aufrechtes Vertragsverhältnis, dem ÖFB liegen keine Anfragen vor. Der volle Fokus ist auf die Uefa Euro 2024 gerichtet“, teilte Verbandssportdirektor Peter Schöttel der Nachrichtenagentur APA mit.

Um eine Zusammenarbeit auszuloten, solle der Kontakt zwischen dem FC Bayern und Rangnick nun intensiviert und die gegenseitigen Vorstellungen sollen abgeglichen werden, meldete auch „Sport Bild“. DPA/RC



Der Fall Breno gehört zu den spektakulärsten Kriminalfällen der Bundesliga-Geschichte

Seine Frau hielt Breno für tot

Der Hausbrand in der Villa des Bayern-Stars beschäftigte Klub und Gerichte lange. Vor zehn Jahren kam der Brasilianer auf freien Fuß. Längst hat er einen Wandel vollzogen

VON TORSTEN RUMPF

Um zu verstehen, wie tief der Fall des brasilianischen Fußballers Breno, heute 34, war, muss man zurück ins Jahr 2008; zum Zeitpunkt, als Karl-Heinz Rummenigge ihn als „Verpflichtung für die Zukunft“ pries. Der damalige Vorstandschef wusste, dass er im Buhlen um Breno Konkurrenten wie Real Madrid und Juventus Turin ausgestochen hatte. Die zwölf Millionen Euro Ablöse überwies Rummenigge mit Kuschhand an den FC São Paulo.

Der damals 18-Jährige galt als eines der größten Abwehrtalente des Weltfußballs, wurde ein Jahr zuvor, als er mit São Paulo Meister geworden war, im Land des Rekord-Weltmeisters zur „Entdeckung des Jahres“ gewählt. Nun wollte er in Deutschland durchstarten, glücklich werden – als Fußballer und als Mensch.

Es kam ganz anders. Das Schreiben, das dieser Redaktion vorliegt, ist datiert auf den 4. April 2016, acht Jahre nach Brenos Wechsel nach München und fünf Jahre nach einer Tragödie, die in dieser Form bis heute einmalig ist im deutschen Fußball. Die nackten Zahlen: 785.995,58 Euro forderte die bayerische Landesbrandversicherung ein. 177.954,65 Euro an Mietverbindlichkeiten kamen dazu und weitere 12.446,76 Euro an Anwaltskosten. Der Stromversorger E.ON mahnte 4633,21 Euro an, 98.222,96 Euro die Landesjustizkasse Bamberg. Plus Zinsen machte das insgesamt 1.080.253,10 Euro, die Breno bezahlen musste. Wegen jenes Abends, als er sein Haus abbrannte. Und das kam so.

Der Brasilianer hatte schon früh in seiner Karriere mit Verletzungen zu kämpfen, vor allem die Knie machten ihm zu schaffen. Im März 2010 erlitt er einen Kreuzbandriss, und als er sich wieder herangekämpft hatte, wurde ihm am 19. September 2011 mitgeteilt, dass er sich einer weiteren Knie-Operation unterziehen müsse – seiner bereits Dritten. Ein Schock für Breno, dem in München auch nach drei Jahren noch immer nicht der Durchbruch gelungen war.

Er war am Boden zerstört – und spülte den Frust mit Alkohol runter. Laut seiner Frau Renata, mit der er bis heute zusammen ist, habe Breno eine Flasche Portwein getrunken und dann einen Whisky geöffnet, als Kumpel und Mitspieler Rafinha bei ihm aufschlug. Der habe Breno eigentlich mit aufs Oktoberfest nehmen wollen, änderte aber den Plan, als er erkannte, in welchem Zustand sich sein Freund befand. Breno war betrunken, hatte neben Alkohol auch Medikamente zu sich genommen –



Blick in Brenos Wohnzimmer nach dem Brand

und verlor unter Einfluss dieses Cocktails die Kontrolle.

Seine Frau beschrieb es im Interview mit „Globoesporte“ so: „Breno begann, in Shorts die Straße hinauf- und hinunterzulaufen, sich auf den Boden zu rollen. Die Polizei sei hinter ihm her, meinte er – und spielte total verrückt.“ Als er wieder ins Haus kam, betrat er das Kinderzimmer, schaute stumm auf seinen schlafenden Sohn Pietro. „Dann bat er mich, auf ihn aufzupassen“, erinnert sich Renata. Breno öffnete das Schlafzimmerfenster, um herauszuspringen. „Ich umarmte ihn und betete. Aber er versuchte es wieder, da konnte ich ihn nicht mehr halten. Er stürzte aus etwa vier Meter Höhe. Für mich war klar: Jetzt ist sein Knie völlig kaputt. Aber er stand auf, rannte weg und rief nur noch: Ich muss Rafinha helfen“, sagte Renata. Auch sie verließ das Haus aus Angst, dass etwas Schlimmes passieren könnte, rief Rafinha an und bat um Hilfe: „Ich saß im Auto an der Ecke, es war fast Mitternacht. Wenig später sah ich Polizeiautos in unsere Straße einbiegen. Für mich war klar: Breno hat sich umgebracht.“ Sie sprang aus dem Wagen, rannte Richtung Haus – und sah Flammen aus den Fenstern schlagen. „Als ich ankam, brannte es bereits überall. Ich

schrie, die Polizei solle doch hineingehen und meinen Mann retten. Ich kniete auf dem Boden und flehte die Feuerwehrleute an, das Haus zu betreten. Aber sie sagten, das sei nicht mehr möglich.“

20 Minuten lang hielt die Ehefrau Breno für tot – bis ein Polizist ihr sagte, dass ihr Mann am Leben sei. Er saß abgeschirmt in einem Polizeiwagen. Rafinha nahm Renata und die Kinder mit zu sich nach Hause, Breno wurde in ein Krankenhaus gebracht. Beim Bayern-Star wurden noch am Tatort 2,5 Promille Alkohol im Blut gemessen. Das Gebäude brannte völlig aus. Zwar war der Auslöser des Brandes zunächst unklar, der Verdacht fiel aber schnell auf den Fußballer. Wegen des Verdachts der schweren Brandstiftung wurde er vier Tage später in Untersuchungshaft genommen, nach knapp zwei Wochen gegen eine Kaution von 500.000 Euro entlassen. Am 11. April 2012 erhob die Staatsanwaltschaft München I Anklage, das Gericht verurteilte Breno am 4. Juli 2012 zu drei Jahren und neun Monaten Freiheitsstrafe.

Später erklärte er seiner Frau, warum er die Villa angezündet hatte. „Er sagte, als er nach Hause kam und weder mich noch die Kinder fand, sei er verrückt geworden und habe gedacht, ich wäre ge-

gangen. Er konnte sich nicht an die Szene erinnern, in der er etwas angezündet hatte, um das Feuer zu entfachen. Ich glaube, dass er sich wirklich nicht daran erinnern kann, was passiert ist“, sagte Renata.

Bei einem Besuch später in São Paulo erinnerte sich Breno an seine Haftzeit: „Die ersten sechs Monate waren sehr schwierig. Ich konnte kaum schlafen. Ich dachte ständig an meine Frau, an meine Kinder, an meine Eltern. Denn immer wieder dachte ich: Du sitzt im Gefängnis, bist kein freier Mann mehr, kannst nicht mehr bei deiner Familie sein. Das tat so weh. Wir haben viel geweint, als mich meine Mutter, meine Frau und meine Kinder besuchten.“

Seine Zelle war nur 8,5 Quadratmeter groß. Besuch bekam er vom heutigen Bayern-Ehrenpräsidenten Uli Hoeneß, von Wolfgang Dremmler, der Leiter des Jugendleistungszentrums des deutschen Rekordmeisters war, und von Rafinha. Er habe im Gefängnis viel gebetet, sagte Breno: „Und ich habe viele Tränen vergessen, als ich die ersten Briefe bekam, die Fotos meiner Kinder sah. Ich ging sogar auf die Toilette, damit mein Zellengenosse mich in der Situation nicht sah. Ich schaute mich immer wieder im Spiegel an – und es tat mir sehr weh.“

Wegen guter Führung durfte Breno ab dem 19. August 2013 bis zu seiner Haftentlassung im Dezember 2014 als Freigänger das Gefängnis tagsüber verlassen. Im Rahmen einer Resozialisierungsmaßnahme arbeitete er im Büro der Jugendleitung der Bayern und im Trainerstab der zweiten Mannschaft. Einen neuen Vertrag bekam er bei den Bayern nicht mehr. Breno ging zurück nach Brasilien. Sein ehemaliger Klub FC São Paulo verpflichtete ihn. 2021 beendete er seine Profi-Laufbahn bei Vasco da Gama.

Heute ist Breno 34 Jahre alt und kann wieder lachen. Die Fußballschuhe hat er an den Nagel gehängt. 2023 sprach ihm das Arbeitsgericht in Rio rund eine Million Euro an Ausgleichszahlung zu, nachdem er gegen seinen letzten Klub Vasco da Gama wegen Vertragsbruchs gerichtlich vorgegangen war. Geld, das er gut gebrauchen konnte, denn die Schulden aus Deutschland drücken ihn noch heute.

Einen „ganz bitteren Abschnitt in meinem Leben“ nennt er die Zeit: „Ich habe Momente durchgemacht, in denen andere Gefangene versuchten, sich umzubringen. Aber es ist vorbei. Ich habe für die Tat mit meiner Haftstrafe bezahlt“, sagt Breno. Und verspricht: „Ich habe das Negative im Gefängnis gelassen und meine Strafe abgesehen. Ich denke, dass ich heute jedes Detail meines Lebens schätze.“

Darum trinkt Breno heute auch keinen Tropfen Alkohol mehr – wohl wissend, was der in seinem Leben angerichtet hat.

Apple und Fifa verhandeln Rechtevertrag

Klub-WM wird wohl vom Tech-Giganten übertragen

Die Klub-Weltmeisterschaft wird seit ihrem Bestehen ihrem großen Namen nicht wirklich gerecht. Zwar treten die Sieger der kontinentalen Wettbewerbe gegeneinander an, das kleine Turnier, das seit 2005 mit sieben Teams ausgetragen wird, läuft aber unter dem Radar. Dies soll sich ändern. Ab 2025 wird die Klub-WM reformiert und viel größer aufgezogen.

Die Fifa veranstaltet das Turnier vom 15. Juni bis 13. Juli in den USA, insgesamt werden 32 Mannschaften in 63 Spielen um den Titel Klub-Weltmeister antreten, darunter auch der FC Bayern München und Borussia Dortmund. Auch ein großer Name aus der Wirtschaft wird nach Informationen der „New York Times“ dabei sein. Die Fifa steht demnach mit Apple kurz vor einer Einigung für die Übertragungsrechte der Klub-WM. Demnach soll Apple TV+ alle Partien übertragen. Ob die Spiele auch im frei empfangbaren Fernsehen gezeigt werden, ist unklar. Die Fifa und Apple wollen wohl noch im April den Deal bekanntgeben.

Der Erwerb der Rechte für die Klub-WM wäre ein weiterer Schritt in Apples Sportsstrategie. Der Konzern hat bereits die Live-Rechte für die Major League Soccer und auch für einige Spiele in der Major League Baseball. Seine Sport-Inhalte will das US-Unternehmen kontinuierlich ausbauen.

In diesem Jahr wird es keine Klub-WM geben. 2025 werden zwölf der 32 Mannschaften aus Europa kommen. Diese setzen sich aus den vier letzten Champions-League-Siegern und den acht besten Mannschaften der vergangenen vier Jahre zusammen. Neben den Bayern und dem BVB sind bereits die Champions-League-Sieger der Jahre 2021 bis 2023, Chelsea, Real Madrid und ManCity, sowie Paris Saint-Germain, Inter Mailand, der FC Porto und Benfica Lissabon dabei. Auch Atlético Madrid und RB Salzburg werden antreten. STEP

Inter Mailand sichert sich den 20. Meistertitel

Sieg im Stadtderby ebnet Titelgewinn in Italien

Inter Mailand hat zum 20. Mal die italienische Fußball-Meisterschaft gewonnen. Die Mannschaft von Trainer Simone Inzaghi setzte sich am Montagabend mit 2:1 (1:0) im Stadtderby gegen den AC Mailand durch. Inter hat bei noch fünf ausstehenden Spielen einen Vorsprung von 17 Punkten und kann vom Tabellenzweiten AC Mailand nicht mehr eingeholt werden.

Nach dem Triumph konnte Inter-Kapitän Lautaro Martinez die Freudentränen nicht zurückhalten. „Wir haben viel gelitten. Wir haben hart dafür gearbeitet. Was soll ich sagen: Das ist das Schönste in meinem Fußballer-Leben“, sagte der Argentinier beim Sender DAZN und lobte seine Teamkollegen: „Das ist eine Super-Truppe.“

Der Champions-League-Finalist von 2023 hatte im Giuseppe-Meazza-Stadion lange Zeit keine Probleme bei der Meisterkür. Der 36-Jährige Francesco Acerbi ebnete Inter mit seinem Führungstor in der 18. Minute den Weg. Der frühere Gladbacher Marcus Thuram (49.) erzielte mit seinem zwölften Serie-A-Treffer der Saison im ausverkauften San Siro die eigentlich beruhigende Führung – bis Fikayo Tomori (80.) der Anschlussfreier für die Hausherren gelang. In der hektischen Schlussphase mit insgesamt drei roten Karten brachten die Gäste den Vorsprung dann über die Zeit. Inter hat nun den zweiten Stern auf dem Trikot gewonnen – in Italien gibt es für jeweils zehn Meisterschaften einen Stern.

In der Startformation des neuen Meisters standen mit dem Schweizer Torhüter Yann Sommer und dem Franzosen Benjamin Pavard zwei ehemalige Bayern-Profis. Kopf des Teams ist der frühere Leverkusener Hakan Calhanoglu – der 30 Jahre alte türkische Nationalspieler glänzte als Spielgestalter. Stark spielten auch Thuram und der ehemalige Dortmunder Henrich Mchitarjan auf. Der frühere Kapitän der deutschen U21, Yann Aurel Bisseck, saß im Derby auf der Bank. DW

Kehrt Andreas Wolff zurück in die Bundesliga?

Zum Champions-League-Viertelfinale der Handballer verdichten sich Gerüchte um den deutschen Nationaltorwart

Das Getuschel über die derzeit heißeste Personalie im Handball-Kosmos überdeckt den Kampf um die Tickets für das Final Four in der Königsklasse. Vor der Endspiel-Neuaufgabe zwischen Titelverteidiger SC Magdeburg und dem polnischen Top-Klub KS Kielce im Viertelfinale der Champions League gibt es seit Tagen nur ein Thema: Kehrt Nationaltorwart Andreas Wolff im Sommer in die Bundesliga zurück?

Der 33 Jahre alte Weltklasse-Torhüter, der seit 2019 in Kielce sein Geld verdient, soll sich Gerüchten zufolge mit den Magdeburgern bereits über einen Wechsel am Saisonende einig sein. SCM-Trainer Bennet Wiegert wollte das vor dem Hinspiel am Mittwoch (18.45 Uhr/Dyn und DAZN) in Polen weder bestätigen noch dementieren. „Es ist toll, dass der SC Magdeburg mit so tollen

Spielern in Verbindung gebracht wird“, kommentierte er die Spekulationen.

Fakt ist: Magdeburgs Stammtorhüter Nikola Portner ist derzeit wegen einer positiven Dopingprobe suspendiert. Portner bestreitet zwar eine wissentliche Einnahme, dennoch droht ihm eine mehrjährige Sperre. Sollte es dazu kommen, hätte der Pokalsieger auf der Torwart-Position akuten Handlungsbedarf. Wolff seinerseits hat eine Rückkehr nach Deutschland trotz eines bis 2028 gültigen Vertrages in Kielce nie ausgeschlossen. Wiegert verwundert es daher nicht, „dass das jetzt mit dem Fall Nikola Portner auch angeheizt wird“. Er selbst schiebt das Thema beiseite. „Wir haben so viel vor uns, so viele Spiele“, mahnte der Erfolgstrainer.

Gänzlich ausblenden kann Wiegert die Personalie Wolff jedoch nicht. Denn wie es der Zufall will, kreuzen sich die

Wege des Bundesliga-Spitzenreiters und des besten Keepers der Weltmeisterschaft 2023 und Europameisterschaft 2024 ausgerechnet jetzt in der Königsklasse. Und da haben beide Großes vor.

Der SC Magdeburg will den Titel verteidigen, Wolff im dritten Anlauf mit Kielce endlich den Pott holen. „Ich denke, das ist nicht unrealistisch mit unserer Mannschaft“, sagte der deutsche Nationaltorhüter vor einiger Zeit über seine Ambitionen mit dem polnischen Serienmeister.

Im vorjährigen Finale hatte sich der SCM in der Verlängerung mit 30:29 durchgesetzt. Es war das zweite Endspiel-Trauma nacheinander für Wolff, der schon 2022 durch eine Niederlage im Siebenmeterwerfen gegen den FC Barcelona den ersehnten Triumph verpasst hatte. Nun geht es schon im Viertelfinale gegen die derzeit vielleicht beste Mannschaft der Welt.

Die Klub-WM und den DHB-Pokal hat Magdeburg in dieser Saison bereits gewonnen, in der Meisterschaft ist man als Tabellenführer auf Titelkurs – trotz



Andreas Wolff trifft mit Kielce heute auf Magdeburg

der zuletzt zahlreichen Schlagzeilen rund um den Verein. „Was gerade bei uns alles passiert im Umfeld, medial. Das ist schon krass“, sagte Wiegert gegenüber der „Bild“. Er sei froh, dass die Mannschaft „das alles abschüttelt“ und sich nicht aus der Ruhe bringen lasse. Das Ziel in der Champions League heißt Köln, wo am 8. und 9. Juni das Finalturnier ausgespielt wird.

Davon träumt auch der THW Kiel, für den es in der Königsklasse um die letzte Titelchance in dieser Saison geht. Der deutsche Rekordmeister bekommt es im Viertelfinale mit dem französischen Vertreter Montpellier HB zu tun. Eine schwere Aufgabe, wie Kiels Trainer Filip Jicha vor dem Hinspiel am Mittwoch (20.45 Uhr/Dyn und DAZN) warnte: „In Montpellier kommt eine emotional und physisch brutale Herausforderung auf uns zu.“ DW/dpa

„ES IST LEICHT, MIT FLEISCH VIEL GESCHMACK ZU BEKOMMEN“

Wenn der Vater ein Spitzenkoch ist, der gern Innereien aufischt, und die Tochter Veganerin wird, bedeutet das erst mal Konfrontation. Mittlerweile ist Sophie Machreich angehende Köchin – und inspiriert Uwe Machreich

Das Internatsessen war fad und uninspiriert, oder, wie Sophie Machreich es kurz und knapp auf den Punkt bringt, „nicht so geil“.

zu verschmähen: „Du musst wenigstens probieren...!“ Die Klassiker zu bewahren, aber auch mit der Zeit zu gehen und kulinarisch voll auf der Höhe des aktuellen Geschehens zu sein – das ist die Selbstanschätzung, die Uwe Machreich von sich selbst gehabt hat.

Jedenfalls nicht wegen der Tiere oder so, es ist einfach so gekommen.“ Ob das nun für den Rest ihres Lebens so bleibt oder ob sie irgendwann doch wieder einen Zugang zu Fleisch, Fisch oder Milchprodukten findet, das lässt sich Sophie Machreich offen.

Sophie setzt auf den Moment – und der ist für sie vegan. Rund zwei Jahre hält er für sie schon an, und sie vermisst nichts. Als sie dann ihre Eltern besuchen fährt, macht sie etwas, was sie vorher nicht getan hat: Sie kommt zu ihrem Vater in die Küche und legt los.

Es ist der Moment, in dem sich etwas verändert. Aus dem väterlichen Schock entsteht etwas Neues, das der Spitzenkoch mittlerweile zu schätzen weiß. Sophie und Uwe Machreich stehen gemeinsam am Herd.

Der erfahrene Küchenprofi zeigt seiner Tochter Grundlagen. Grundlagen, mit denen ein Essen Geschmack, Kraft und Wumms bekommt – das berühmte kulinarische Feuerwerk, für das es sich lohnt, in der Küche zu arbeiten, sich auf ein selbst zubereitetes Essen zu freuen, für andere zu kochen.

Und zwar vegan. „Das war spontan, und ich weiß gar nicht genau, warum.



Der Vater kocht fleischlastig, die Tochter vegan: Sophie und Uwe Machreich

VON STEFANIE HIEKMANN

Machreich ist einer, der die deftige österreichische Küche liebt und lebt – und sich damit auch überregional einen Namen gemacht hat. Was im „Triad“ aus Küche und Keller kommt, ist dem Restaurantführer Gault&Millau 16 von 20 möglichen Punkten wert – das entspricht in etwa einem Michelin-Stern.

„Ich habe mich wirklich gefragt, ob das jetzt der Dank für alles ist“, sagt Uwe Machreich. Ist es ihm etwa nicht gelungen, seine Vorstellung von gutem Essen aus guten Zutaten, sein Herz für die klassische österreichische Küche und sein Verständnis für Kulinarik an die nächste Generation weiterzugeben?

Sophie Machreich ist schon als Kleinkind durch die Profiküche ihres Vaters gekrabbelt. Schöne Erinnerungen, ein Teil ihrer Kindheit. Aber der Funke für die Gastronomie sprang nicht über. „Ich habe schon als kleines Kind gesagt, dass ich nicht in die Gastro möchte“, erinnert sich die junge Frau. Gastgeberin zu sein, das sei nicht ihre Sache.

Doch als der jungen Frau besagte Internatsküche auf den Magen schlägt, wird sie erfinderisch. Gutes Essen muss her. Sie hat kein Vorwissen und fragt auch nicht den Vater nach seinen Rezepten. Sie legt einfach los.

Weiteres durchgehen, diese Klassiker

zu Gartetechniken, die das Aroma konzentrieren und intensivieren. Uwe Machreich zeigt seiner Tochter die Welt, die ihn schon länger fasziniert, als sie auf der Welt ist. Es ist eine Expressausbildung daheim. Und auch ihm wird allmählich bewusst, dass es zwar leichter sein mag, mithilfe von tierischen Produkten Wohlgeschmack zu erzeugen – aber nicht unbedingt immer besser.

Sophie saugt das Wissen, das sie zuvor nicht interessiert hat, nur so auf. Sie probiert, experimentiert und findet etwas, das sie zuvor nie gesucht hat: Freude am Kochen. Vier Monate bleibt sie in der Küche ihres Vaters. Dann ist sie sich sicher: Sie möchte

Köchin werden. Köchin für die vegane Küche.

Doch das ist gar nicht so leicht. „Eine spezielle vegane Kochausbildung gibt es in Österreich nicht.“ Wer findig ist, wie Sophie Machreich, kann über die Wahl des passenden Ausbildungsbetriebs aber die Richtung vorgeben – und mindestens den Großteil der Lehre im fleischfreien Raum absolvieren.

Sophie Machreich bewirbt sich im Sterne-Restaurant „Tian“ in Wien und bekommt einen Platz. Küchenchef Paul Ivic gehört zu den europäischen Pionieren der vegetarischen und veganen Gastronomie. Für die junge Österreicherin passt das „Tian“ perfekt. „Sehr viele

Leute, die in der veganen Restaurantszene einen Namen haben, hatten hier ihren Startpunkt“, sagt sie. Und: „Hier lerne ich das, was mich selbst interessiert.“ Vielleicht einer der Schlüssel dafür, etwas auch wirklich gut zu machen.

Gemüse, Getreide, Hülsenfrüchte, Gewürze und Kräuter – die vegane Küche ist weitaus vielfältiger und schmackhafter, als viele noch immer glauben. So mancher, der von einem veganen Bekannten „mitgeschleppt“ wurde und eigentlich nicht sonderlich erpicht auf einen fleischlosen Abend war, ist im „Tian“ längst Stammgast.

Vegetarische Küche – das bedeutet bei Paul Ivic nicht, das Fleisch wegzuz-

Table with TV program listings for Wednesday, April 24, 2024. Columns include channel (ARD, ZDF, SAT.1, RTL, 3SAT, ARTE, PRO SIEBEN, KABEL 1, NDR, ZDF INFO, MDR, WDR, HR, BR, SWR, VOX, PHOENIX, EUROSPORT 1 / SPORT 1) and program details (time, title, description).

ZU GUTER LETZT

Das ist der Königstransfer des Theaters

Im Fußball würde man es einen „Königstransfer“ nennen: Jens Harzer wechselt im kommenden Jahr ans Berliner Ensemble. Mit Harzer kommt auch Marina Galic, seine Frau, vom Ensemble des Hamburger Thalia-Theaters in die Hauptstadt. Harzer und Galic stehen immer wieder zusammen auf der Bühne, so im düsteren „Macbeth“ aus Bochum, der dieses Jahr beim Theaterfesten zu sehen ist, und im herrlichen, versponnenen „Das Leben ein Traum“ aus Hamburg.

Es sind endlich wieder gute Nachrichten für das Berliner Ensemble: Vor kurzem setzte eine wildgewordene Sprinkleranlage – während der Pause einer Vorstellung! – den großen Saal unter Wasser, Bühne und Technik wurden beschädigt, kein normaler Spielbetrieb ist möglich. Dass auf dieser Bühne bald der Träger des berühmten Iffland-Rings zu sehen sein wird, den Harzer von Bruno Ganz überreicht bekommen hat, ist nicht nur für den Intendanten Oliver Reese ein Grund zur Freude, sondern auch für das Berliner Theaterpublikum.

Fast zeitgleich wurde bekannt, dass dem Berliner Ensemble ein bekanntes Gesicht verloren geht: Stefanie Reinsperger – unter anderem furios in Bernhards „Der Theatermacher“ – wird wieder ins Ensemble des Wiener Burgtheaters wechseln. Und Harzer? Der spielt in der Eröffnungsinszenierung der Intendanz von Stefan Bachmann den Hamlet. Wie man hört, bekam Harzer auch das Angebot, fest nach Wien zu gehen, er entschied sich aber für Berlin.

Dass Harzer am Berliner Ensemble eine Hauptrolle nach der anderen übernimmt, ist nicht zu erwarten. Das war bei Joachim Meyerhoff an der Schaubühne auch nicht so. Zumal Harzer dafür bekannt ist, stets nur ausgewählte Inszenierungen zu spielen. Auch wird er auf anderen großen Bühnen – wie dem Burgtheater – weiterhin zu sehen sein.

Verstellbar ist, dass es Harzer gelingt, auch seinen geschätzten Regisseur Johan Simons nach Berlin zu locken, der die Spreemetropole sonst eher meidet. Das wäre eine weitere gute Nachricht für das Berliner Theater. JAKOB HAYNER

Umgerechnet 210 Millionen Euro. Das war – nach heutiger Kaufkraft – das Vermögen von Giacomo Puccini beim Zeitpunkt seines Ablebens am 29. November 1924 in einem Brüsseler Krankenhaus nach einer fehlgeschlagenen Bestrahlungstherapie gegen seinen Kehlkopfkrebs. Für das Geld mögen Tylor Swift oder Lady Gaga vielleicht kaum mal aus dem Bett steigen, aber vor 100 Jahren war der Italiener der reichste Musiker seiner Zeit.

Und das hatte er mit nur drei, weltweit gespielten, aber eben auch als Noten im Original oder in Bearbeitungen vervielfältigten, auch für das Grammophon aufgenommenen und selbst in der Stummfilmära bereits vor die Kamera gebrachten Opern geschafft: „La Bohème“ (1896), die das Leben armer Künstler im Pariser Quartier Latin beschreibt; „Tosca“ (1900) über eine eifersüchtige Operndiva, an deren Ende alle Protagonisten tot sind; „Madama Butterfly“ (1904), heute als kulturelle Aneignung geschmäht, damals auf der Exotismus-Erfolgswelle surfend, über eine minderjährige Japanerin, die glaubt, eine Scheinhochzeit binde sie und ihr Kind an einen herzlosen amerikanischen Flottenoffizier.

Die beiden Frühwerke „Le Villi“ (1894) und „Edgar“ (1889) waren damals schon vergessen, sein Durchbruchstück, „Manon Lescaut“ (1893) wurde erst vor etwa 50 Jahren langsam zum Repertoirewerk. Die eigentlich sehr modernen für die New Yorker Metropolitan Opera konzipierten Titel „La fanciulla del West“ (1910) als Vorwegnahme des Western im Kino und der experimentelle „Il trittico“ (1918) als Sammlung dreier, höchst unterschiedlicher Einakter waren zu neu und nicht populär genug, beide Titel sind eigentlich ebenfalls erst seit etwa 30 Jahren regelmäßig zu sehen.

Die 1917, ursprünglich für Wien bestellte, dann in Monte-Carlo uraufgeführte „La rondine“ gilt gleichwohl bis heute als fehlgeschlagene Operette mit einer dünnen Aufführungsgeschichte. Und die zur Triumphtrias sofort aufschließende „Turandot“, neuerlich ein fernöstlicher Opern(alb)traum aus dem märchenhaften China, wurde erst 1926 mit einem Schluss von fremder Hand posthum uraufgeführt.

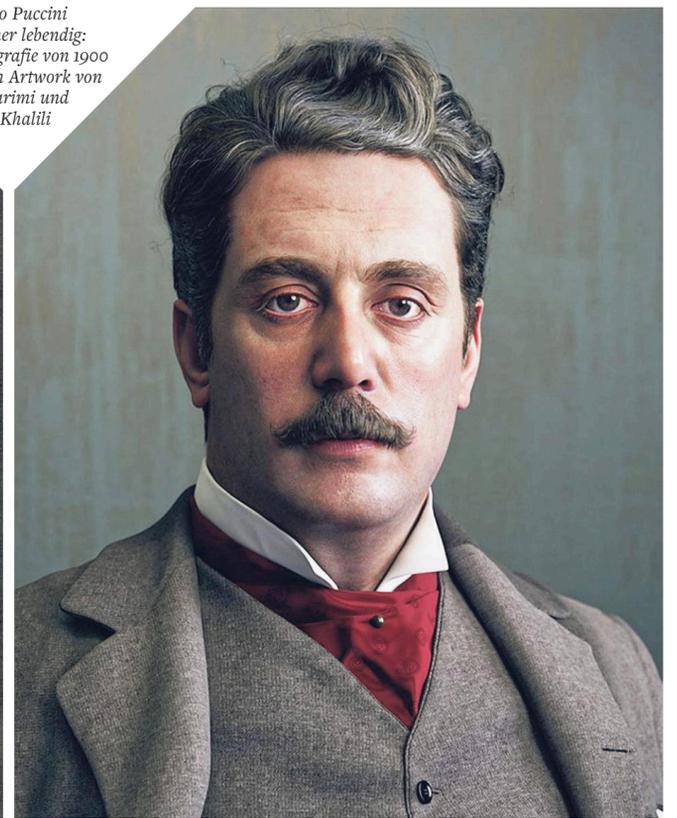
Drei Opern, so melodienselig wie tränenreich – 210 Millionen Euro. Da wäre auch Puccinis größter, in der Oper, mit Orchesterwerken wie Liedern ungleich produktivere Konkurrent Richard Strauss neidisch geworden. Der Bayer war zwar mindestens so geschäftstüchtig wie der Italiener. Doch Puccini hatte einen noch geschäftstüchtigeren Verleger: Giulio Ricordi. Beide Männer wollten mit Musik vor allem eines – Geld verdienen. Das ist ihnen gelungen.

Gelungen ist auch die konzentrierte, in ihrer virtuellen Fülle allerdings überbordende Ausstellung „Opera Meets New Media“, die von Bertelsmann für eine wohl bis 2026 laufende Tournee konzipiert wurde und nun an seinem Berliner Sitz Unter den Linden als erste Station gezeigt wird. Das Thema verpflichtete gewissermaßen: Schließlich will der Mediengigant ebenfalls für die Gründerfamilie wie die Aktienbesitzer deren Vermögen mehren. Bisweilen auch mit Musik.

Die traditionsreiche Casa Ricordi wurde 1956 verkauft, zwischen 1994 bis 2006 gehörte sie Bertelsmann. Doch



Giacomo Puccini bleibt immer lebendig: In einer Fotografie von 1900 und in einem Artwork von Hadi Karimi und Leila Khalili



Der Taylor Swift seiner Zeit

Erst kamen die Opern, dann das visionäre Merchandising: Eine multimediale Puccini-Ausstellung in Berlin erzählt die Geschichte eines schwindelerregenden Welterfolgs – mit Schellackplatten, Partituren, „Tosca“-Bonbons und „Butterfly“-Porzellanfigürchen

während die Verlagsrechte inzwischen bei der Universal mitlaufen, besitzen die Bertelsmänner immer noch das historische, im Mailänder Brera-Palast beheimatete Archiv, das als italienisches Kulturerbe höchster Bedeutung nicht außer Landes darf.

In einem Akt vorbildlichen Unternehmertums hat man diese 200 Jahre zurückreichende Musiksammlung, eine der bedeutendsten der Welt, mit mehr als 5.000 Originalpartituren und 15.000 Briefen, digital aufbereitet und stellt sie seither immer wieder thematisch der Öffentlichkeit vor. Hier liegt quasi das Gedächtnis der italienischen Oper. Und was Giuseppe Verdi für Giulio Ricordis Vater Tito bedeutete, das wurde – nach mühseligen, auch kostspieligen Anfängen – Puccini für dessen Nachfolger: ein enger Freund, aber eben auch eine Geldquelle, die man gemeinsam optimierte.

Puccini war ein Mann seiner Zeit, interessiert an schnellen Autos und technischen Spielzeugen. Und darauf bedacht, seine geistigen Erzeugnisse nicht nur dem Opernpublikum vorbehalten zu sehen, sondern sie auch als Klavierauszüge, Bearbeitungen, Arienplatten, Postkarten und sonstige Werbemittel unter die Völker als kaufende Kunden zu bringen.

Er kümmerte sich ebenso sorgfältig um seine Librettisten, die Motive für seine Musik, die dramatische Effektivität (nicht nur die „Butterfly“ wurde erst als Überarbeitung wirklich ein Erfolg), wie er auch die Bilanzen und Tantiemen beobachtete, sich um Verwertungsrechte und ihren Schutz (in den USA damals ziemlich unzulänglich) sorgte und prozessierte, wenn etwa in Lichtspielhäusern widerrechtlich seine Hits zur Begleitung von Stummfilmen gespielt wurden.

Und so wurden nicht nur zu seinen Lebzeiten zwanzig Opernbearbeitungen seiner Werke legal in die Kinos gebracht, allein achtmal die „Tosca“, die ja wiederum ein geschickter Kalkül auf einem Bühnenbesteller Victorien Sardous für die Theaterdiva Sarah Bernhardt basierte. Es gab ein von berühmten Graphikern wie Adolfo Hohenstein oft im pointierten Jugendstil-Look (in Italien „Liberty“ genannt) nach den Originalvorlagen der wie heute bei Musical-Blockbustern vom Verlag vorgeschriebenen Bühnenausstattung gestaltetes Merchandise – Kalender, Farbblätter, Bonbons, ja ganze Porzellan-sammelsets. Theaterfiguren wurden Marken, bekamen ein Branding.

Giacomo Puccinis Operschaffen war, darüber waren sich alle klar, ein perfektes

Beispiel für das Kunstwerk im Zeitalter seiner beginnenden technischen Reproduzierbarkeit. Und es wurde auch als solches ausgeschlachtet. Und es ist es, auch wenn die Autorenrechte 70 Jahre nach Puccinis Tod abgelaufen sind, bis heute: „Tosca“-Parfüm und „Nessun' dorma“ als tenorschweißtreibender Fußballstadionhit mit Hohes-B-Klimax, „La Bohème“ als „Moulin Rouge“-Mutation vom Kinofilm bis zum Musical.

Vor einiger Zeit sind die Puccini-Opernlogos sogar als Mantelschmuck einer glamourösen Dolce & Gabbana-Altmoda-Show in die Mailänder Scala zurückgekehrt. Schade, das davon nichts in der klugen wie kompakten Schau zu sehen ist. Dafür spielt sie schon zu Anfang mit einem 3D-Kopf Puccinis, der uns sehr direkt-nachdenklich anblickt. KI hat „Turandot“-Szenenbilder in vermeintlich echte Veduten aus dem alten China verwandelt: Da raucht es in den Tempeln, fallen die Blätter, flattern die Vögel und schwingen die Papierlaternen im Wind. Puccini – der letzte Opernkaiser.

Und im finalen Raum ist zu sehen, wie Franco Alfano aus den heute in einer roten Ledermappe mit Seidenschleife aufbewahrten allerletzten, teilweise in ihrem übereinanderschraffierten Ideenrin-

gen wie moderne Kunst aussehenden 23 Skizzenblättern des sterbenden Maestros einen „Turandot“-Schluss erfand. Denn die Opern-Show musste weitergehen. Und das eben nicht als Torso. Die erste komplette Opernübertragung im neuen Radio war eine „Turandot“ aus der Berliner Staatsoper, ebenfalls die erste Operngesamtaufnahme 1938 auf 16 Schellackplatten.

Schon 1912 war Giulio Ricordi gestorben, sein Sohn Tito (der nur sieben Jahre das Haus leitete) wusste aber wie es ging. Er schickte „Madama Butterfly“ auf sechsmonatige USA-Tournee und organisierte erfolgreiche Reisen Giacomo Puccinis nach Buenos Aires und New York.

Und auch dessen Nachfolger heizten den „Turandot“-Hype an. Als dessen Gallionsfigur selbst der tote Schöpfer in allen Medien inszeniert wurde. Mit Moustache, weißem Anzug und Strohhut im schnellen Auto ist auch er eine Ikone. Bis heute. Während die Verkäuferinnen weiter um das Schicksal der der kleinen Frau Schmetterling weinen.

■ Opera Meets New Media – Puccini, Ricordi und der Aufstieg der modernen Unterhaltungsindustrie; Unter den Linden 1, bis 16. Mai 2024

Finsternis im Überfluss

Wie konnte ein Autor um 1600 aus der Antike auf Heute schließen? Luk Perceval verschränkt Shakespeares Stücke über Roms Untergang zum schwarzen Spektakel

Vor 25 Jahren zählte „Schlachten!“ zu dem Aufregendsten, was man im Theater sehen konnte. Der Autor Tom Lanoye und der Regisseur Luk Perceval schufen ein Wimmelbild der Gewalt: In zwölf Stunden wurden acht Königsdramen von Shakespeare gespielt, mittendrin Thomas Thiemie als überragender „Dirty Rich Modderföcker der Dritte“. Nun hat sich Perceval am Wiener Volkstheater mit „Rom“ erneut an ein großes Shakespeare-Panorama gewagt, über den Untergang des römischen Imperiums. Düsternis de luxe.

VON JAKOB HAYNER

Wie dunkel sind die Zeiten des Niedergangs? Stockfinster, lautet die Antwort von Perceval. Nur Lichtkegel von Taschenlampen beleuchten zu Beginn die Gesichter des Ensembles, das sich vor einer großen Mauer verteilt. Obwohl es sich später aufhellt, mit Nebel im dämmrigen Gegenlicht, bleibt es lichtloser Abend. Scheuen die finsternen Machthaber das Licht? Oder wird noch der kleinste Lichtstrahl an Hoffnung für das fragile Großreich vom selbstzerstörerischen Bürgerkrieg geschluckt? Offenbar gehören Orientierungsprobleme zu Untergangsepochen. In wel-

cher der vier selten gespielten römischen Tragödien befinden wir uns gerade? Oder ist das egal? Die 1982 geborene Autorin Julia Jost hat in „Rom“ die Stücke „Titus Andronicus“, „Coriolanus“, „Julius Caesar“ und „Antonius und Kleopatra“ von Shakespeare verarbeitet, zudem zahlreiche weitere Quellen – eine Monumentalcollage.

An einer Stelle des düsteren Parcours heißt es lapidar: „Der Macht ist es egal, wer sie ausübt.“ Und offenbar auch, wer sie spielt. Weil inzwischen auch die Drehbühne Fahrt aufgenommen hat, ist in dem über Mikroports verstärkten Tonbrei kaum auszumachen, wer gerade zu wem spricht. Handeln verflüchtigt sich. Andreas Beck sitzt als zynischer Feldherr Coriolan im Rollstuhl an der Rampe, der Weltekel in Person. Das Volk? Beschissen. Die Politik? Widerwärtig. Lieber Rom den Rücken kehren, als Hochverräter.

Von „Julius Cäsar“ bleiben nur die berühmten Reden von Brutus und Mark Anton erkennbar – „Freunde, Römer, Landsleute!“ –, die hübsche Intrige zuvor wird nicht erzählt. Man ahnt zwar, dass Brutus alles andere als der „ehrenwerte Mann“ ist, als der er gerühmt wird, doch mehr als eine Ahnung der Verlogenheit und Heuchelei ist es

kaum. Ein Kindertrio, erinnernd an die Hexen in „Macbeth“, kommentiert im dialektalen Kauderwelsch das Nichtgesehene. Rom, so denkt man sich, ist echt richtig kaputt.

Rom, die „ewige Stadt“, ist an diesem Theaterabend mehr ein mythischer als ein geschichtlicher Raum. Das Zentrum eines Imperiums, das stets mit den Fliehkräften der eigenen Ausdehnung zu kämpfen hatte. Das mit einem elaborierten politischen und rechtlichen System zu verhindern suchte, dass ein Machtwechsel innerhalb der Eliten nur durch Bürgerkrieg erreicht werden kann. Doch das Bemühen um Stabilisierung scheitert, damals wie heute – wie es gerade im Kino mit Alex Garland's Film „Civil War“ zu sehen ist.

Man fragt sich: Konnte Shakespeare, der aus dem Epochenbruch der Neuzeit in die Geschichte des römischen Imperiums zurückblickte, die Gegenwart prophetisch vorausahnen? Oder ist sein Blick auf das Getriebe der Macht so präzise, dass er bis heute gültig ist? Der Harvard-Professor Stephen Greenblatt spricht in seinem lesenswerten Buch „Der Tyrann“ von „Shakespeares Machtkunde für das 21. Jahrhundert“. Perceval interessiert sich nicht so sehr für die Machtanalyse.

Es ist ein Bilderreigen, den Perceval mit „Rom“ geschaffen hat, begleitet von den hübsch verhallten Sounds der Musikerin Lila-Zoë Krauß. Die Szenen erinnern an Tableaus mit erstarrten Menschen, fast wie Gemälde. Mehr Bewegung als im Schauspiel ist im Wasserrinnsal, das nach der Pause bei unveränderter Beleuchtungssituation die Wand herunterplätschert. Durch den



Szene aus „Rom“ von Julia Jost und Luk Perceval am Wiener Volkstheater

kunstvollen Lichteinfall verwandelt sich der Wasserstreifen in ein kleines Schattenspielwerk. Ist das der Strom der Geschichte, der – zunächst unscheinbar – am Ende das Imperium fortreißen wird?

Oder handelt es sich um einen Verweis auf den Nil? Im zweiten Teil geht es nämlich um Kleopatra und Antonius, das verlorene Liebespaar in Zeiten des Bürgerkriegs, weit weg in Ägypten. Die in rotes Tuch gehüllte Julia Riedler und Frank Genser im strahlend weißen Hemd stehen im Wasserbecken vor der sich aufrichtenden Wand. Die Körper leuchten hell im Kontrast zum dunklen Bühnenhintergrund, wie auf den Gemälden von Caravaggio. „In diesem Palast strahlt schon länger keine Sonne mehr“, sagt Kleopatra.

Wie Kleopatra und Antonius wortlos miteinander ringen, sich an die Wand und ins Wasser werfen, Arme und Beine umeinanderschlingen, drücken und ziehen, ist ein ergreifendes Bild von zärtlicher Brutalität. Ist das noch Kampf oder schon Sex? Man weiß nur, dass es sehr flüchtig ist, wie sie danach sagt: Das Glück dauert nämlich nur so lange wie der „Flügelschlag eines Schmetterlings“. Dieser Wasserringkampf ist der Höhepunkt des Abends, der für alle die

verdüsterten und vernebelten Momente zuvor entschädigt.

Auch der Schluss schwingt sich noch einmal zu größter Bildmächtigkeit auf: Ganz ohne Schauspieler dreht sich die leere Bühne immer weiter, ein knarrendes Weltgetriebe, in dem die Momente des Glücks schon wieder vergessen sind. Man hört nur Riedlers Stimme: „Fühl' ich mich befreit oder leer?“ Ihre letzten Worte sind ein „Hamlet“-Moment: „Einfach schweigen.“ Knapp drei Stunden hat diese Übung des Untergangs gedauert, die wie ihr Gegenstand ist: sehr düster, mit nur wenigen schönen Momenten.

„Rom“ wird anders als „Schlachten!“ kein neuer Theaterhit. Ist der Untergang eines Weltreichs nicht interessant genug, wie Heiner Müller in seinem Gedicht „Mommens Block“ vermutet? Müller hat den Historiker Theodor Mommsen vor Augen, dessen berühmte „Römische Geschichte“ abbricht, sobald es um den Zerfall geht. „Wer wollte das aufschreiben“, fragt Müller, der allerdings mit der Shakespeare-Bearbeitung „Anatomie Titus Fall of Rome“ doch einen Versuch wagte. Auch Percevals „Rom“ nährt den Verdacht, dass Niedergangsepochen für die Kunst letztlich nicht sehr ergiebig sind.